

Zeitschrift für
Familien-
forschung

Journal of Family Research

In diesem Heft:

- Intergenerationale Scheidungstransmission und Aufwachsen in Stieffamilien
- Einflüsse der nichtehelichen Kohabitation auf die Heiratsabsicht
- Der Weg vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden
- Generationsbeziehungen im alternden Europa: Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe
- Forschungsnotizen

ifb-Mitteilungen

Referiert im SSCI

1/2009



ISSN 1437-2940
21. Jahrgang 2009, Heft 1
Verlag Barbara Budrich

Inhalt

Editorial	3
<i>Sonja Schulz</i> Intergenerative Scheidungstransmission und Aufwachsen in Stieffamilien. Gibt es den Transmissionseffekt auch bei Stiefkindern?	5
<i>Daniel Lois, Christina Kunz & Oliver Arránz Becker</i> Fördernde und hemmende Einflüsse der nichtehelichen Kohabitation auf die Heiratsabsicht. Eine nutzen- und kostentheoretische Analyse	30
<i>Julia Marold</i> Mütter im Spannungsfeld zwischen Kind und Beruf. Der Weg vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell im Spiegel familienpolitischer und geschlechterkultureller Entwicklungen in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden	54
<i>Forum</i>	
<i>Karsten Hank</i> Generationenbeziehungen im alternden Europa: Analysepotenziale und Befunde des <i>Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe</i>	86
<i>Forschungsnotizen</i> ifb -Mitteilungen	97

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die *Zeitschrift für Familienforschung/Journal of Family Research* hat sich in den letzten Jahren verstärkt um die Veröffentlichung von Beiträgen zu *Schwerpunktthemen* bemüht.

In diesen von Gastherausgeber(inne)n zusammengestellten und mit einer Einleitung versehenen Schwerpunktthemenheften wird versucht, anhand ausgewählter Beiträge ein aktuelles und akkurates, interdisziplinär angelegtes und empirisch akzentuiertes Bild vom Stand der Forschung zu spezifischen Fragestellungen zu zeichnen.

Dies wird in den nächsten Heften wieder verstärkt der Fall sein: so werden wir die *Armut von Kindern in Europa* in den Mittelpunkt von Heft 2/2009 stellen. In den darauf folgenden Ausgaben werden dann *Partner choice among immigrants in Europe* sowie *Fertilität und Frauenerwerbstätigkeit* thematische Schwerpunkte bilden.

Da wir – neben den regulären Beiträgen – auch weiterhin Schwerpunktthemenhefte veröffentlichen werden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns Vorschläge für mögliche Schwerpunktthemen machen könnten. Deshalb senden wir hiermit einen

call for papers

für Schwerpunktthemen aus. Wenn Sie an einer spezifischen, familienrelevanten Forschungsfrage arbeiten, zu der die Veröffentlichung interdisziplinär angelegter Beiträge im Rahmen eines solchen Schwerpunktes sinnvoll erscheint, dann würden wir uns über ein etwa zwei- bis dreiseitiges Exposé unter Nennung potentieller Autoren freuen. Ihr Exposé senden Sie bitte an folgende E-mail-Adresse

redaktion.zff@ifb.uni-bamberg.de

Die drei Beiträge und eine Einleitung der Gastherausgeberin/des Gastherausgebers können in deutscher oder englischer Sprache verfasst werden. Die Herausgeber(innen) werden dann über die Umsetzung der vorgeschlagenen Themen entscheiden. Die Veröffentlichung dürfte dann ab dem Jahre 2011 erfolgen.

Wir hoffen, dass unser Aufruf Resonanz findet. Natürlich sind wir aber auch weiterhin sehr an der Einreichung regulärer Beiträge interessiert.

Des Weiteren möchten wir das bevorstehende Erscheinen eines Sonderheftes unserer Zeitschrift anzeigen. Im Verlag Barbara Budrich erscheint das von Günter Burkart herausgegebene *Sonderheft 2009* der ZfF/JFR mit dem Titel *Zukunft der Familie. Prognosen und Szenarien*.

Hans-Peter Blossfeld
Geschäftsführender Herausgeber

Kurt P. Bierschock
Redakteur

Sonja Schulz

Intergenerationale Scheidungstransmission und Aufwachsen in Stieffamilien. Gibt es den Transmissionseffekt auch bei Stiefkindern?¹

Intergenerational transmission of divorce and growing up in stepfamilies. Does the transmission of divorce affect stepchildren as well?

Zusammenfassung

Dass Scheidungskinder in ihren eigenen Ehen einem erhöhten Scheidungsrisiko unterliegen, ist in einer Vielzahl von Untersuchungen empirisch nachgewiesen worden. Bisherige Studien haben allerdings nur selten die Art der Folgefamilie nach der elterlichen Scheidung berücksichtigt, obwohl diese zur Erklärung des Transmissionseffekts von Bedeutung ist. In der vorliegenden Untersuchung wird anhand des dritten Familiensurveys des Deutschen Jugendinstituts (2000) überprüft, inwiefern das Aufwachsen in einer Stieffamilie nach der elterlichen Scheidung das spätere Scheidungsrisiko beeinflusst und durch welche vermittelnden Mechanismen sich der Transmissionseffekt erklären lässt. Empirisch zeigt sich, dass Personen aus Scheidungsstieffamilien in besonderem Maße einem erhöhten Scheidungsrisiko unterliegen und dass Geschlechtsunterschiede im Transmissionseffekt bestehen: Für Männer erhöht lediglich das Aufwachsen in einer Scheidungsstieffamilie das eigene Scheidungsrisiko, das Aufwachsen bei einem alleinerziehenden Elternteil hat keinen Effekt. Bei Frauen zeigt sich der Transmissionseffekt sowohl infolge des Aufwachsens bei verschiedenen Alleinerziehenden als auch infolge

Abstract

The link between parental divorce and children's later risk of divorce is well documented empirically, but previous studies have rarely considered the family type following the parental divorce. The post-divorce family type is important, however, for different explanations of the intergenerational transmission of divorce. In this work, the third Family Survey of the German Youth Institute (DJI) (2000) is used to analyse how growing up in a stepfamily after a parental divorce influences the later risk of divorce and which mediating mechanisms are capable of explaining the transmission of divorce. The results of the present study indicate that persons from post-divorce stepfamilies have a particularly high risk of divorce. Sex differences become apparent as well. For men, growing up in a post-divorce stepfamily increases the own risk of future divorce, while growing up with a divorced single parent has no effect. For women, growing up in either post-divorce family type increases the risk of divorce. The increased divorce risk of men raised in post-divorce stepfamilies can be partially explained by their typically lower investment into marriage-specific capital. Concerning women, the stressful

1 Eine frühere Fassung dieser Arbeit ist als Lehrforschungsbericht im Rahmen eines Forschungsseminars zu Lebenslauforschung an der Universität Bielefeld, Fakultät für Soziologie, erstellt worden. Ich möchte Herrn Prof. Dr. Martin Diewald und Herrn PD Dr. Jürgen Flöthmann für die Betreuung und Unterstützung beim Verfassen dieser Arbeit und für fachlichen Rat herzlich danken. Weiter gilt mein Dank den anonymen Gutachter(inne)n für äußerst wertvolle Hinweise zu vormaligen Fassungen des Manuskripts.

des Aufwachsens in einer Scheidungstieffamilie. Das erhöhte Scheidungsrisiko von Männern, die nach der elterlichen Scheidung in einer Stieffamilie aufgewachsen sind, wird zu einem erheblichen Anteil durch ihre geringere Investition in ehespezifische Güter erklärt. Für Frauen aus Scheidungstieffamilien bietet die stresshafte Situation in der Herkunftsfamilie eine zusätzliche Erklärung für ihr erhöhtes Scheidungsrisiko. Die Tradierung des Scheidungsrisikos bei Frauen, die bei einem alleinerziehenden Elternteil aufgewachsen sind, lässt sich in geringerem Maße durch die herangezogenen Mediatorvariablen erklären. Die Befunde werden hinsichtlich ihrer Implikationen für die verschiedenen Erklärungsansätze des Transmissionseffekts diskutiert.

Schlagworte: Transmissionseffekt, Scheidung, Stieffamilie, Geschlechtsunterschied

situation in the family of origin offers an additional explanation of the relationship between growing up in a post-divorce stepfamily and the own risk of divorce. The mediator variables are less capable of explaining the link between growing up with a divorced single parent and the own risk of divorce for women. The findings are discussed with respect to their implications for different explanations of the intergenerational transmission of divorce.

Key words: Intergenerational transmission, divorce, stepfamily, sex difference

Einführung

Dem Phänomen, dass die Ehen von Scheidungskindern einem erhöhten Scheidungsrisiko unterliegen, ist seit den 1970er Jahren seitens der Forschung großes Interesse entgegen gebracht worden. Dieser Befund wird als „intergenerationale Tradierung des Scheidungsrisikos“ oder als „Transmissionseffekt“ bezeichnet. Nachdem der Transmissionseffekt zunächst in den USA erforscht wurde (z.B. Bumpass/Sweet 1972; Pope/Mueller 1976; Mueller/Pope 1977; Glenn/Kramer 1987), haben Diekmann und Engelhardt (1995) den Transmissionseffekt erstmalig auch anhand deutscher Daten nachgewiesen. Der Befund, dass auch in Deutschland Personen aus geschiedenen Herkunftsfamilien einem erhöhten Scheidungsrisiko unterliegen, wurde seitdem mehrfach anhand unterschiedlicher Datengrundlagen repliziert (Diefenbach 1997, 1999, 2000; Wagner 1997; Hullen 1998; Diekmann/Engelhardt 2002; Engelhardt/Trappe/Dronkers 2002).

Seitdem der Zusammenhang zwischen dem Erleben der elterlichen Scheidung und dem Scheidungsrisiko in der Kindgeneration untersucht wird, widmen sich Forscher auch der Frage, ob sich der Transmissionseffekt bei beiden Geschlechtern gleichermaßen zeigt. Die Befunde hinsichtlich dieser Fragestellung sind allerdings recht heterogen.

US-amerikanische Studien kamen relativ übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass sich die intergenerationale Transmission von Scheidung bei Frauen nachweisen lässt (Glenn/Kramer 1987; Bumpass/Sweet 1972; Mueller/Pope 1977; Pope/Mueller 1976). Studien, die nicht ausschließlich auf Frauen beschränkte Samples verwendeten, kamen zu dem Ergebnis, dass auch Männer vom Transmissionseffekt betroffen sind (Glenn/Kramer 1987; Pope/Mueller 1976); die Untersuchung von Glenn und Kramer (1987) deutet jedoch an, dass der Transmissionseffekt bei Frauen stärker ausgeprägt zu sein scheint als bei Männern.

Anhand deutscher Studien zeigen sich teilweise widersprüchliche Befunde: Wagner (1997) findet eine Transmission des Scheidungsrisikos ohne zusätzliche Berücksichtigung

der Art der Scheidungsfolgefamilie nur bei Frauen. Bei Männern zeigt sich kein signifikanter Zusammenhang zwischen dem Erleben der elterlichen Scheidung und dem späteren Scheidungsrisiko in der eigenen Ehe. Diefenbach (1997) hingegen findet bei einer auf ostdeutsche Ehen beschränkten Untersuchung, dass das Erleben der elterlichen Scheidung bei beiden Geschlechtern zu einem erhöhten Scheidungsrisiko führt. Hullen (1998) findet sowohl bei Männern als auch bei Frauen einen Transmissionseffekt, der Zusammenhang zwischen der elterlichen Scheidung und dem Scheidungsrisiko in der Kindgeneration scheint allerdings bei Frauen stärker ausgeprägt zu sein. Diekmann und Engelhardt (1995) hingegen kommen zu dem Ergebnis, dass der Transmissionseffekt bei Frauen eher schwach ausgeprägt ist. Bei männlichen Personen aus Scheidungsfamilien hingegen ist das Scheidungsrisiko im Vergleich zu Personen, die mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen sind, deutlich erhöht.

Bisherige Arbeiten haben eher selten betrachtet, wie sich die Art der Folgefamilie nach der elterlichen Scheidung auf den Transmissionseffekt auswirkt. Mögliche Arten der Folgefamilie sind das Aufwachsen bei einem alleinerziehenden Elternteil und das Aufwachsen in Stieffamilien, denkbar sind jedoch auch andere Arrangements, wie z.B. das Aufwachsen bei Verwandten. Der Frage, wie sich das Aufwachsen in einer Stieffamilie nach der elterlichen Scheidung hinsichtlich der Tradierung des Scheidungsrisikos auswirkt, kommt eine besonders hohe praktische Bedeutsamkeit zu, da Hochrechnungen zufolge ein Fünftel der in den 1990er Jahren geborenen Kinder bis zum 20. Lebensjahr mit der Scheidung der Eltern konfrontiert wird, rund 61 Prozent der Frauen und 55 Prozent der Männer nach einer Scheidung erneut heiraten (Engstler/Menning 2003: 69, 84) und die Zahl der nach einer Scheidung gegründeten nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften, in denen Kindern aus der vorangegangenen Ehe leben, nicht geringer sein dürfte. Viele Kinder werden daher nicht nur die Scheidung ihrer Eltern erleben, sondern darüber hinaus auch noch eine Phase der Familienneugründung mit einem Stiefelternteil.

Einige Erklärungsmöglichkeiten für die intergenerationale Tradierung von Scheidung greifen nur bei bestimmten Arten der Scheidungsfolgefamilie. In Stieffamilien könnten einige der Gründe für die intergenerationale Tradierung von Scheidung außer Kraft gesetzt oder relativiert werden. Denkbar wäre aber auch, dass das Aufwachsen in einer Stieffamilie, etwa durch den zusätzlichen Stress der erneuten Familienreorganisation, den Transmissionseffekt noch verstärkt. Es ist daher notwendig zu untersuchen, ob die intergenerationale Tradierung von Scheidung in verschiedenen Arten der Folgefamilie gleich stark auftritt und welche Erklärungsmöglichkeiten für den Transmissionseffekt verbleiben, wenn die Art der Folgefamilie in die Untersuchung der intergenerationalen Tradierung von Scheidung mit einbezogen wird. Für Deutschland lassen sich bisher erst wenige Studien finden, in denen untersucht wird, ob Personen aus Stieffamilien überhaupt ein erhöhtes Scheidungsrisiko aufweisen und wie sich der Effekt im Vergleich zu Kindern Alleinerziehender darstellt (Wagner 1997; Diefenbach 2000).

Den Resultaten von Wagner (1997) zufolge zeigt sich bei ostdeutschen Ehen ein Zusammenhang zwischen dem Erleben der elterlichen Trennung und dem eigenen Scheidungsrisiko nur dann, wenn die Scheidungsfolgefamilie eine Stieffamilie ist. Die Trennung der Eltern ohne anschließende Gründung einer Stieffamilie erhöht hingegen nicht das Scheidungsrisiko. In Westdeutschland wirkt sich die elterliche Trennung sowohl mit

als auch ohne anschließende Gründung einer Stieffamilie scheidungsrisikoerhöhend aus. Die Trennung der Eltern ohne anschließende Gründung einer Stieffamilie hat jedoch einen etwas stärkeren Effekt. Das Aufwachsen mit einem Stiefelternteil nach dem Tod eines leiblichen Elternteils hat sowohl in West- als auch in Ostdeutschland keinen Einfluss auf das Scheidungsrisiko. Zudem lassen sich in der Untersuchung von Wagner (1997) Geschlechtsunterschiede im Scheidungsrisiko nach Art der Scheidungsfolgefamilie finden: In Westdeutschland erhöht das Aufwachsen in einer Scheidungsfolgefamilie ohne Stiefelternteil nur bei Frauen das Scheidungsrisiko und nicht bei Männern. In Ostdeutschland erhöht das Aufwachsen in einer Stieffamilie nach der elterlichen Trennung das Scheidungsrisiko für Männer und Frauen in etwa gleichem Maße.

Diefenbach (2000) stellt die Hypothese auf, dass Personen, die nach der elterlichen Scheidung bei einem wiederverheirateten Elternteil aufgewachsen sind, einem geringeren Scheidungsrisiko unterliegen als Personen, die bei einem nicht-wiederverheirateten Elternteil aufgewachsen sind. Für diese Hypothese, die klare Annahmen über die Richtung des Zusammenhangs trifft, findet Diefenbach (2000) keine Bestätigung.

Untersuchungen anhand von US-amerikanischen Daten deuten an, dass das Aufwachsen in einer Stieffamilie nach der elterlichen Scheidung das Scheidungsrisiko in gleicher Weise erhöht wie das Aufwachsen bei nur einem Elternteil (Glenn/Kramer 1987; Wolfinger 1999; Teachman 2002). Das Aufwachsen in einer Stieffamilie, die nach dem Tod eines Elternteils gegründet wird, scheint sich jedoch kaum hinsichtlich des späteren Scheidungsrisikos auszuwirken (Glenn/Kramer 1987; Teachman 2002). Zudem beeinflusst die Anzahl der familialen Übergänge bzw. der familialen Reorganisationen das spätere Scheidungsrisiko, wobei eine nicht-lineare Beziehung zu bestehen scheint, indem sich drei oder mehr Übergänge deutlich stärker auf das Scheidungsrisiko auswirken als ein Übergang oder zwei Übergänge (Teachman 2002).

Ziel des vorliegenden Beitrags ist es, zu überprüfen, wie sich der Transmissionseffekt in verschiedenen Arten der Scheidungsfolgefamilie darstellt und durch welche Mediatorvariablen er sich erklären lässt. Da der Forschungsstand bereits andeutet, dass der Zusammenhang zwischen der Ehescheidung in der Elterngeneration und dem Scheidungsrisiko in der Kindgeneration möglicherweise durch das Geschlecht moderiert wird, soll in diesem Beitrag auch überprüft werden, ob sich der Zusammenhang zwischen dem Erleben der elterlichen Scheidung und dem Scheidungsrisiko in der eigenen Ehe für Männer und Frauen in gleicher Weise zeigt und/oder ob Geschlechtsunterschiede in der Erklärung des Transmissionseffekts bestehen.

Im Folgenden wird zunächst die Familienform der Stieffamilie hinsichtlich verschiedener Kriterien beschrieben, die für Erklärungsansätze der intergenerationalen Transmission von Scheidung relevant sind. Anschließend sollen Erklärungsmöglichkeiten des Transmissionseffekts, die bisher in der Forschungsliteratur genannt wurden, vorgestellt werden. Hierbei wird jeweils erläutert, wie sich dem jeweiligen Erklärungsansatz entsprechend die Gründung einer Stieffamilie auswirken könnte. Die Ergebnisse dieser Untersuchung basieren auf ereignisanalytischen Verfahren und werden hinsichtlich ihrer Implikationen für die verschiedenen Erklärungsansätze des Transmissionseffekts kritisch reflektiert.

Zur Familienform der Stieffamilie

Wenn über die Familienform der Stieffamilie Aussagen getroffen werden sollen, stellt sich zunächst das Problem der Definition des Begriffs der Stieffamilie, da als Stieffamilien viele unterschiedliche Familienformen bezeichnet werden, die nur eines verbindet: Zu dem biologischen Elternteil eines Kindes tritt ein sozialer Elternteil hinzu. So umfassen Stiefelternkonstellationen sowohl verheiratete Paare als auch nicht-ehelich zusammenlebende Paare. Des Weiteren können beide Partner Kinder aus einer vorherigen Beziehung in die neu gegründete Familie einbringen oder nur ein Partner und es können weitere gemeinsame Kinder gezeugt werden, so dass Stieffamilien neben leiblichen Geschwistern auch Stief- und/oder Halbgeschwisterkonstellationen aufweisen können. Ferner kann zur Beschreibung von Stieffamilien der Grund für die Entstehung der Stieffamilie mit einbezogen werden: Die leiblichen Eltern des Kindes können getrennt leben oder geschieden sein, ein Elternteil kann verstorben sein oder die Stieffamilie kann gegründet werden, indem eine ledige Mutter mit einem Partner zusammenzieht. Die meisten Stieffamilien werden heute nach einer elterlichen Scheidung gegründet (Teubner 2002: 34). Zudem können Stieffamilien nach Stiefmutter- und Stiefvaterfamilien differenziert werden. In Deutschland wachsen Stiefkinder zumeist in Stiefvaterfamilien auf, lediglich ca. 10 Prozent wachsen in Stiefmutterfamilien auf (Bien/Hartl/Teubner 2002a: 89).

Die Unschärfe der Definition erschwert es, über Stieffamilien in Deutschland gesicherte Aussagen zu treffen. Genaue Zahlen über die Verbreitung und Entwicklung von Stieffamilien sind nicht bekannt, da die amtliche Statistik nicht zwischen traditionellen Kernfamilien² und Stieffamilien unterscheidet, sondern in der Regel auf Haushaltsebene nur ausweist, ob in einem Haushalt Erwachsene mit minderjährigen Kindern leben und ob die Erwachsenen verheiratet sind oder eine nicht-eheliche Lebensgemeinschaft bilden. Ob beide Erwachsene die leiblichen Eltern des minderjährigen Kindes sind, wird nicht separat ausgewiesen.

Anhand von Befragungsdaten gewonnene Erkenntnisse deuten darauf hin, dass sich die finanzielle Situation von Stieffamilien im Allgemeinen nicht von der anderer Paarfamilien mit Kindern unter 18 Jahren unterscheidet. In Stieffamilien sind allerdings häufiger als in Kernfamilien beide Partner erwerbstätig. In Ostdeutschland unterscheiden sich Kern- und Stieffamilien hierbei nicht, sowohl in Kern- als auch in Stieffamilien sind in annähernd der Hälfte aller Familien beide Elternteile erwerbstätig (Bien/Hartl/Teubner 2002a: 92f.).

Stieffamilien sind vermutlich eher instabile Familienformen, da es sich bei der Partnerschaft zwischen dem Stiefelternteil und dem leiblichen Elternteil in vielen Fällen um eine Zweitehe handeln wird. Zweitehen werden jedoch häufiger und schneller geschieden als Erstehen (Wagner/Weiß 2003: 45; Klein 1992). Dies liegt vermutlich auch daran, dass nicht-gemeinsame Kinder (also Stiefkinder) das Scheidungsrisiko erhöhen (Wagner/Weiß 2003: 44) und weniger gemeinsame Kinder geboren werden, die die Ehe stabilisieren können (Klein 1992: 233). Dass Stiefkinder die stiefelterliche Ehe destabilisieren, könnte

2 In Abgrenzung zur Familienform der Stieffamilie werden unter Kernfamilien hier Paarfamilien verstanden, bei denen beide Elternteile die leiblichen Eltern des im gemeinsamen Haushalt lebenden Kindes oder der im gemeinsamen Haushalt lebenden Kinder sind.

darauf zurückzuführen sein, dass Anpassungsprobleme der Kinder an die Stieffamilie und Erziehungsprobleme zu Konflikten in der stiefelterlichen Ehe führen (BMFSFJ 2006: 123). Viele Kinder, die in Stieffamilien aufwachsen, werden daher häufiger als einmal Scheidungen des leiblichen Elternteils und Familienreorganisationen erleben.

Aus Sicht des Kindes ist die Gründung einer Stieffamilie nach der elterlichen Scheidung ein weiteres krisenhaftes zu bewältigendes Lebensereignis, welches sich als Stressor erweisen kann. Nach der Gründung einer Stieffamilie müssen Rechte und Privilegien, Zuwendung und Aufmerksamkeit neu aufgeteilt werden, zudem kann die Beziehung zum außerhalb lebenden Elternteil fraglich werden (Walper 1993). Nur wenige Befunde sprechen für eine verbesserte Allgemeinsituation von Kindern in Stieffamilien im Vergleich zu Kindern Alleinerziehender, häufiger finden sich durch die wiederholte Transformation der Familienstruktur Nachteile für die Persönlichkeits- und Sozialentwicklung der Scheidungskinder (Amato 1993; Walper 1995). Zudem scheinen Väter und Mütter ihren Stiefkindern weniger Unterstützung und Zuwendung entgegenzubringen und sie auch weniger stark zu kontrollieren als ihre leiblichen Kinder (Henderson/Taylor 1999).

Das Hinzutreten von Stief- und Halbgeschwistern kann die Situation für Kinder in einer Stieffamilie zusätzlich erschweren, da nicht „nur“ zu einem neuen Familienmitglied eine Beziehung aufgebaut werden muss, sondern die Familienreorganisation auch die bisherige Geschwisterreihe löst, bei deren Umstrukturierung es zu Rivalitäten und weiteren Konflikten kommen kann (Ewering 1996) und sich das zusätzliche Problem der Gleichbehandlung der leiblichen Kinder und ihrer Stief- und Halbgeschwister durch das Elternpaar ergibt.

Befunde zum Schulerfolg von Stiefkindern deuten ebenfalls darauf hin, dass sich Stiefkinder in einer besonders stressbehafteten Lebenssituation befinden. Betrachtet man die prozentuale Verteilung von Kindern aus verschiedenen Familienformen auf weiterführende Schulen, so zeigt sich, dass 40 Prozent der Kinder aus Kernfamilien ein Gymnasium besuchen, 34 Prozent der Kinder Alleinerziehender und nur 30 Prozent der Stiefkinder (Bien/Hartl/Teubner 2002a: 97).

Hinsichtlich der Frage, ob sich für Jungen oder Mädchen die Anpassung an eine Stieffamilie schwieriger gestaltet, existieren unterschiedliche Auffassungen und Befunde. Durch das Hinzutreten eines Stiefelternteils in die Familie wird häufig eine besonders enge Bindung der Kinder zum verbliebenen leiblichen Elternteil gestört. Die Meinungen, ob Mädchen oder Jungen eine besonders enge Bindung zum alleinerziehenden Elternteil (zumeist der Mutter) aufbauen, sind geteilt: Laut Krähenbühl, Jellouschek, Kohaus-Jellouschek und Weber (2001: 103ff.) übernehmen vor allem Söhne in dieser Zeit Partnerersatzfunktionen, indem sie zum Vertrauten der Mutter werden, jedoch auch Töchter können diese Funktionen übernehmen. Zaslow (1988: 370) sowie Walper (1995: 96; 1993: 434) zufolge wird die Bindung vor allem zwischen Töchtern und alleinerziehenden Müttern in der Phase des Alleinlebens nach der elterlichen Scheidung enger. Die Befunde von Bien, Hartl und Teubner (2002b: 15f.) zum Schulerfolg von Stiefkindern lassen vermuten, dass Jungen durch die Gründung einer Stieffamilie deutlich negativer beeinflusst werden als Mädchen, die von der Gründung einer Stieffamilie, im Vergleich zum Aufwachsen bei Alleinerziehenden, eher leicht zu profitieren scheinen. Die Ergebnisse von Zaslow (1988, 1989) wiederum deuten darauf hin, dass sich die Situation mit dem Hinzutreten eines Stiefelternteils für Kinder, die mit dem gegengeschlechtlichen leiblichen Elternteil auf-

wachsen (zumeist Söhne), verbessert, evtl. da die Kinder sich an ihrem Stiefelternteil (zumeist ein Vaterersatz) orientieren können. Töchter hingegen leiden unter der Scheidung vor allem dann, wenn die Folgefamilie eine Stieffamilie ist.

Da die Befunde zu Geschlechtsunterschieden in der kindlichen Anpassung an die Gründung einer Stieffamilie gemischt sind, lassen sich nicht in analoger Weise Hypothesen über Geschlechtsunterschiede im Transmissionseffekt je nach Art der Scheidungsfolgefamilie aufstellen. Die vorliegende Studie ist daher an dieser Stelle weitgehend explorativ.

Erklärungsmöglichkeiten für die intergenerationale Tradierung von Scheidung

Für die intergenerationale Tradierung von Scheidung existieren zahlreiche Erklärungsansätze (für eine ausführliche Übersicht vgl. Diefenbach 2000). Im Folgenden werden die Geläufigsten aufgelistet und jeweils erläutert, wie sich das Aufwachsen in einer Stieffamilie dem entsprechenden Erklärungsansatz zufolge auswirken sollte. Der Vollständigkeit halber werden auch Erklärungsmöglichkeiten aufgeführt, die bereits bei anderen Autoren keine empirische Unterstützung fanden, um auch hier aufzuzeigen, wie sich das Aufwachsen in einer Stieffamilie als Scheidungsfolgefamilie auswirken könnte.

1. Bei der *Erklärung durch das Fehlen von Ehegattenrollen-Modellen* wird das erhöhte Scheidungsrisiko von Kindern geschiedener Eltern darauf zurückgeführt, dass sie, weil sie in einer unvollständigen Herkunftsfamilie aufgewachsen sind, weniger Gelegenheit hatten adäquate Ehegattenrollen am Modell zu erlernen als Kinder aus vollständigen Herkunftsfamilien (Glenn/Kramer 1987: 811f.; Diefenbach 1997: 93f.). Das Elternpaar fungiert hier für das Kind als Ehegattenrollen-Modell und demonstriert dem Kind, wie sich „ein guter Ehemann“ oder „eine gute Ehefrau“ verhält (Diefenbach 1997: 93). Ein Unterschied im Scheidungsrisiko nach der Art der Unvollständigkeit der Herkunftsfamilie ist nicht erwartbar. Die Gründung einer Stieffamilie könnte den Transmissionseffekt abschwächen, da mit einem Stiefelternteil ein neues Ehegattenrollen-Modell in die Familie hinzutritt.

2. Bei der *Erklärung durch mangelhafte Ehegattenrollen-Modelle* geht es im Gegensatz zum erstgenannten Erklärungsansatz nicht um das Fehlen von Modellen, sondern darum, dass die elterliche Ehe vor der Scheidung konflikthaft war, gescheitert ist und somit keine adäquaten, kompetenten Gatten-Modelle zur Verfügung standen. Personen aus Scheidungsfamilien wenden die negativen, inkompetenten Rollenmodelle, die sie anhand der elterlichen Ehe kennen gelernt haben, später in ihrer eigenen Ehe an (Diefenbach 1997: 93f.; Glenn/Kramer 1987: 812). Als vermittelnde Mechanismen zwischen dem Ehescheidungsrisiko in der Elterngeneration und dem Scheidungsrisiko in der Kindgeneration werden bestimmte erlernte Verhaltensweisen und Fähigkeiten, wie z.B. Konfliktlösungskompetenz und die Fähigkeit mit dem Partner zu kommunizieren, angenommen (vgl. auch Amato/DeBoer 2001). Da Zweitehen einem erhöhten Scheidungsrisiko unterliegen (Wagner/Weiß 2003: 45; Klein 1992), ist es unwahrscheinlich, dass in der stiefelterlichen Ehe bessere Modelle zur Verfügung stehen als in der elterlichen Ehe. Sollten sich die er-

lebten Ehekrisen in ihrer Wirkung akkumulieren, kann daher ein erhöhtes Scheidungsrisiko bei Stiefkindern vermutet werden.

3. Der *Erklärung durch eine größere Bereitschaft zur Scheidung* zufolge führt das Erleben der elterlichen Scheidung dazu, dass eine Ehescheidung bei Problemen in der Ehe leichter auch für die eigene Partnerschaft als denkbare Option wahrgenommen wird („Enthemmungseffekt“) (Diefenbach 1997: 98f.; Glenn/Kramer 1987: 812; Wagner 1997: 253). Eine Abschwächung der intergenerationalen Tradierung von Scheidung durch die Gründung einer Stieffamilie ist nach dieser Erklärung nicht wahrscheinlich, da auch hier die Kinder die willentliche Auflösung der elterlichen Ehe erlebt haben und eben diese Erfahrung für das erhöhte Scheidungsrisiko relevant ist. Möglich wäre auch, dass Personen aus Scheidungsstieffamilien einem höheren Scheidungsrisiko unterliegen als Kinder Alleinerziehender, da sie mit größerer Wahrscheinlichkeit mehr als eine elterliche Scheidung miterlebt haben.

4. Die *Erklärung durch eine geringere Bindung an die Ehe* führt den Transmissionseffekt darauf zurück, dass Scheidungskinder Schwierigkeiten haben, eine Bindung an ihre Ehe zu entwickeln (Diefenbach 1997: 99f.; Glenn/Kramer 1987: 813f.; Amato/DeBoer 2001: 1040f.). Aufgrund der Erfahrung, dass Ehen zerbrechen können, gehen Scheidungskinder in die eigene Ehe ohne die Erwartung, dass diese erfolgreich und stabil sein wird. Dies führt dazu, dass Investitionen in die Ehe unterbleiben, die diese stabilisieren würden („selbsterfüllende Prophezeiung“). Wallerstein (1983: 240) findet Hinweise dafür, dass Scheidungskinder häufig davon ausgehen, ihre eigene Ehe würde ebenfalls scheitern. Die Befunde von Diekmann und Engelhardt (1995) deuten an, dass sich der Transmissionseffekt u.a. durch geringere Investitionen in die Ehe erklären lässt. Die Befunde zur Instabilität von Zweitehen sprechen erneut für einen risikoerhöhenden Einfluss einer Stieffamilie.

5. Bei der *Erklärung durch mangelnde elterliche Kontrolle* wird angenommen, dass in unvollständigen Familien dadurch, dass ein Elternteil als Aufsichtsperson ausfällt und sich auch das Verwandtennetzwerk verringert, nur mangelhafte Kontrolle auf den Heranwachsenden oder das Kind ausgeübt wird (Diefenbach 1997: 96ff.; Glenn/Kramer 1987: 812; Mueller/Pope 1977: 84f.; Wagner 1997: 252). Auf sich allein gestellt, sucht der Heranwachsende nach unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung, was zu früher sexueller Aktivität, suboptimaler Partnerwahl, Frühschwangerschaften und so genannten „Muss-Ehen“ führen kann (zur Kontrolltheorie vgl. auch Hirschi 1969). Aus evolutionspsychologischer Sicht (vgl. Emlen 1997) dürfte ein Stiefelternteil dem nicht-leiblichen Kind nicht die gleiche Fürsorge und das gleiche Engagement entgegenbringen wie einem leiblichen Kind. Die Untersuchung von Henderson und Taylor (1999) unterstützt diese Sichtweise und kommt zu dem Ergebnis, dass Väter und Mütter ihren leiblichen Kindern mehr Unterstützung und Zuwendung entgegenbringen als ihren Stiefkindern und sie auch stärker kontrollieren. Dem Kontrollansatz zufolge sollte sich kein Unterschied im Scheidungsrisiko entsprechend der Art der Stieffamilie (Scheidungsstieffamilie oder Stieffamilie, die nach dem Tod eines leiblichen Elternteils gegründet wird) oder dem Grund der Abwesenheit eines leiblichen Elternteils ergeben.

6. Die *Erklärung durch ökonomische Deprivation* beruht darauf, dass der Verlust eines Elternteils zu einer finanziellen Schlechterstellung der verbleibenden Familie führt und dadurch die Zukunftschancen des Kindes beeinträchtigt (Diefenbach 1997: 95f.; Diekmann/Engelhardt 1995: 217; Engelhardt/Trappe/Dronkers 2002: 300f.; Mueller/Pope 1977: 85; Wagner 1997: 253f.). Dieses beendet vermutlich früh seine schulische Ausbildung, nimmt eine Erwerbstätigkeit auf und geht eine Frühehe ein. Frühehen unterliegen allerdings einem erhöhten Scheidungsrisiko (vgl. z.B. Wagner/Weiß 2003: 44; Bumpass/Sweet 1972: 755ff.). Das Aufwachsen in einer Stieffamilie könnte hier zu einer Verbesserung der Zukunftschancen führen, da Stieffamilien zumeist finanziell nicht schlechter gestellt sind als Kernfamilien (Bien/Hartl/Teubner 2002a: 92). Ferner sind entsprechend der Erklärung durch ökonomische Deprivation keine Unterschiede im Scheidungsrisiko nach dem Grund der Unvollständigkeit der Herkunftsfamilie erwartbar.

7. Der *Stresshypothese* entsprechend unterliegen Kinder in Folge einer elterlichen Scheidung Stress, der als Push-Faktor wirkt und sie dazu veranlasst, frühzeitig das Elternhaus zu verlassen, Erwachsenenrollen zu übernehmen und früh zu heiraten (Engelhardt/Trappe/Dronkers 2002: 300; Diekmann/Engelhardt 1995: 216f.; vgl. zur Stress-Perspektive auch Amato 1993). Wie die Ausführungen im vorangegangenen Abschnitt gezeigt haben, ist die Wiederheirat des sorgeberechtigten Elternteils und die Gründung einer Stieffamilie für die hiervon betroffenen Kinder eine weitere stressreiche Erfahrung, die zur Erfahrung der Auflösung der elterlichen Ehe hinzukommt. Nach der Gründung einer Stieffamilie müssen Rechte und Privilegien, Zuwendung und Aufmerksamkeit neu aufgeteilt werden (Walper 1993); das Hinzutreten von Stief- und Halbgeschwistern kann zusätzliches Konfliktpotential beinhalten. Dass Kinder in Stieffamilien zudem mit erhöhter Wahrscheinlichkeit mehrere Scheidungen des leiblichen Elternteils erleben und damit erneute Familienreorganisationen, spricht dafür, dass Stiefkinder der Stresshypothese entsprechend in besonderem Maße vom Transmissionseffekt betroffen sein sollten.

Datenbasis und Methode

Zur Analyse wird der dritte Familiensurvey (2000) des Deutschen Jugendinstituts (DJI) herangezogen. Der Familiensurvey basiert auf einer Zufallsstichprobe der gesamtdeutschen Wohnbevölkerung zwischen 18 und 55 Jahren. Zum Befragungszeitpunkt sind 6909 Personen eine erste Ehe eingegangen. Nach Abzug der Fälle mit fehlenden Angaben zur Art des Verlustes des Ehepartners, zur Ehedauer und zur Art der Herkunftsfamilie reduziert sich die Untersuchungsgesamtheit auf 6625 Ehen, von denen 1218 Ehen (18.4 Prozent) bis zum Befragungszeitpunkt durch Trennung oder Scheidung beendet wurden. Abhängige Variable ist die Ehedauer, bzw. das anhand der Ehedauer mittels Ereignisanalyse geschätzte Risiko einer Ehescheidung. Weitere Paar- und Individualmerkmale werden als Kovariaten in die Analyse einbezogen, die deskriptive Statistik der Variablen befindet sich in Tabelle 2.

Variablen zur Erfassung der intergenerationalen Transmission von Scheidung

- *Die Ehedauer* wird in Monaten gemessen. Da einige Personen Angaben zu ihrem Trennungsdatum, nicht jedoch zu ihrem Scheidungsdatum gemacht haben, auch wenn die Trennung vom Ehepartner zum Befragungszeitpunkt schon lange zurücklag, wird bei Fällen mit fehlenden Werten beim Scheidungsdatum die Ehedauer mittels der Dauer der Ehe bis zur Trennung, addiert mit der mittleren Dauer bis zur Scheidung (basierend auf den Fällen mit vollständigen Angaben) berechnet. Dies war bei 178 Ehen der Fall. Bei Personen, deren Ehe zum Befragungszeitpunkt noch bestand (zensierte Fälle), wird die Ehedauer mittels des Endes des Jahres 2000 berechnet. Bei verwitweten Personen wird die Ehedauer anhand des Sterbedatums des Ehepartners ermittelt. Die durchschnittliche Ehedauer der Ehen, die bis zum Befragungszeitpunkt nicht durch Scheidung beendet wurden (zensierte Fälle) beträgt 225.7 Monate ($s = 130.8$ Monate³), die durchschnittliche Ehedauer der Ehen, die bis zum Befragungszeitpunkt durch Scheidung beendet wurden (nicht-zensierte Fälle) beträgt 130.4 Monate ($s = 86.9$ Monate).
- *Die Art der Herkunftsfamilie* wird folgendermaßen differenziert: bis zum 16. Lebensjahr
 - a) mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen ($n = 6100$),
 - b) die ganze Zeit oder überwiegend bei einem leiblichen Elternteil aufgewachsen aufgrund der elterlichen Scheidung ($n = 102$),
 - c) die ganze Zeit oder überwiegend bei einem leiblichen Elternteil aufgewachsen wegen des Todes eines Elternteils ($n = 120$),
 - d) mit einem Stiefelternteil aufgewachsen aufgrund der elterlichen Scheidung ($n = 124$),
 - e) mit einem Stiefelternteil aufgewachsen wegen des Todes eines Elternteils ($n = 68$),
 - f) ohne Eltern aufgewachsen ($n = 111$)⁴.

3 Hier und im Folgenden wird mit s die Standardabweichung einer Variablen bezeichnet.

4 Der Fragebogentext lautete: „Wenn Sie einmal an Ihre Kindheit bis zum 16. Lebensjahr zurückdenken: Sind Sie die ganze Zeit bei beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen?“ Personen, die angegeben haben, nicht die ganze Zeit bei beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen zu sein, wurden weiter gefragt: „Haben Sie in Ihrer Kindheit zumindest mit einem leiblichen Elternteil über einen längeren Zeitraum hinweg zusammengelebt?“ Personen, die dies verneint haben, wurden der Kategorie „Ohne Eltern aufgewachsen“ zugeordnet. Personen, die diese Frage bejaht haben, wurden weiter gefragt: „Und bei wem sind Sie in diesem Zeitraum überwiegend aufgewachsen?“ Antwortmöglichkeiten waren hier (1) die ganze Zeit bei der leiblichen Mutter, (2) die ganze Zeit beim leiblichen Vater, (3) überwiegend bei der leiblichen Mutter, (4) überwiegend beim leiblichen Vater, (5) teils bei der leiblichen Mutter, teils beim leiblichen Vater und (6) ich bin in diesem Zeitraum bei beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen. Die Antwortmöglichkeiten (1) bis (4) werden zusammengefasst zur Kategorie „ganz oder überwiegend bei einem leiblichen Elternteil aufgewachsen“. Die Antwortmöglichkeit (5) wird keiner Kategorie zugeordnet, da sie inhaltlich nicht aussagekräftig ist. Die Antwortmöglichkeit (6) wird zusätzlich den Personen, die angegeben haben, die ganze Zeit mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen zu sein, zugeordnet. Anschließend wurden die Personen, die zeitweise nur mit einem leiblichen Elternteil aufgewachsen sind, nach den Gründen hierfür gefragt. Antwortmöglichkeiten waren „Scheidung/Trennung“, „Tod“ und „andere Gründe“. Personen, die „andere Gründe“ angegeben haben, wurden keiner der Kategorien der Herkunftsfamilienform zugeordnet und aus der weiteren Analyse ausgeschlossen. Personen, die zeitweise nur mit einem leiblichen Elternteil aufgewachsen sind, wurden weiter gefragt, ob sie jemals mit einem Stief-

Hintergrund- und Kontrollvariablen

- Die *Heiratskohorte* wird durch einen Mediansplit der im Sample vorhandenen Heiratsjahrgänge unterschieden. In der älteren Kohorte befinden sich die Ehen, die bis 1981 geschlossen wurden, in der jüngeren Kohorte befinden sich die Ehen, die ab 1981 geschlossen wurden.
- Die Variable *Ostdeutschland* nimmt den Wert 1 an, wenn die befragte Person zum Erhebungszeitpunkt in den neuen Bundesländern lebt, sonst den Wert 0.
- Die *Konfession* wird in die Analyse einbezogen, da religiöse Menschen eine geringere Scheidungswahrscheinlichkeit haben und auch die Religionszugehörigkeit intergenerational weitergegeben wird. Die Variable *christliche Religionszugehörigkeit* nimmt den Wert 1 an, wenn der Befragte evangelisch oder römisch-katholisch ist oder einer sonstigen christlichen Religionsgemeinschaft angehört, ansonsten 0.
- Es werden Geschlechtsunterschiede im Transmissionseffekt überprüft. Im Sample befinden sich 2599 *Männer* und 4026 *Frauen*.

Mediatorvariablen

- Die *Geschwisterkonstellation in der Herkunftsfamilie* wird in die Untersuchung aufgenommen, um zu überprüfen, ob Stress und die Konflikthaftigkeit der Herkunftsfamilie für den Transmissionseffekt ursächlich sein könnten. Diese Variable ist streng genommen nicht kausal interpretierbar, da sie sich im Lebenslauf des Befragten auf die Zeit vor der Partnerwahl und dem Eheverlauf bezieht. Dennoch ist dieses Merkmal in der Lage, auf den intervenierenden Mechanismus, der dem Transmissionseffekt unterliegt, hinzudeuten. Die Geschwisterkonstellation in der Herkunftsfamilie des Befragten wird anhand der zwei Dummy-Variablen *Einzelkind* und *Stief- oder Halbgeschwister vorhanden* erfasst. Die Referenzkategorie umfasst die Personen, die ausschließlich mit Vollgeschwistern (Geschwistern, die die gleichen leiblichen Eltern wie der Befragte haben) aufgewachsen sind. Zu beachten ist, dass einige Geschwisterarten in bestimmten Familienformen naturgemäß häufiger vorkommen (z.B. Stief- und Halbgeschwister in Stieffamilien), aber jede der Geschwisterkonstellationen in jeder Familienart vorkommen kann; so können etwa auch Personen, die mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen sind, Halbgeschwister haben, wenn ein Elternteil schon ein Kind in die elterliche Ehe gebracht hat.
- Die Variable *Frühehe* nimmt den Wert 1 an, wenn das Heiratsalter des Befragten unter 19.5 Jahren liegt. Dieser Wert wurde gewählt, da Personen, die bei ihrer Heirat jünger als 19.5 Jahre waren, mehr als eine Standardabweichung unterhalb des mittleren Heiratsalters aller Befragten liegen. Hierbei bestehen keine starken Unterschiede zwischen den beiden Kohorten, die sich zwar im mittleren Erstheiratsalter unterscheiden, was aber durch eine größere Standardabweichung in der jüngeren Kohorte ausgeglichen wird. Das Merkmal „Frühehe“ wird ebenfalls zur Überprüfung der Stresshypothese in die Untersuchung einbezogen.

elternteil zusammengelebt haben. Das Aufwachsen in einer Stieffamilie wird hier als vorliegend angesehen, wenn der Befragte angegeben hat, dass er jemals mit einem Stiefelternteil zusammengelebt hat, unabhängig davon und ohne nähere Angaben darüber, ob es sich bei der elterlichen Beziehung um eine Ehe oder um eine nicht-eheliche Lebensgemeinschaft handelte und wie viel Zeit der Befragte in der Stieffamilie verbracht hat.

- Die Variable *Wohneigentum* soll ehespezifische Investitionen erfassen und nimmt den Wert 1 an, wenn die befragte Person im eigenen Haus oder in einer Eigentumswohnung lebt, ansonsten den Wert 0. Das Vorhandensein von Wohneigentum erfasst das eigentlich interessierende Konstrukt „gemeinsames Wohneigentum“, welches sich anhand der Daten für die jeweilige Ehe leider nicht generieren lässt, nur näherungsweise, was bei der Ergebnisinterpretation zu beachten ist.
- Die *Anzahl der gemeinsamen Kinder* soll ebenfalls ehespezifische Investitionen modellieren.
- Ein *voreheliches Kind des Partners* (1 = ja, 0 = nein) wird nicht als ehespezifische Investition angesehen und könnte sogar ehespezifische Investitionen verhindern, wenn weniger gemeinsame Kinder gezeugt werden. Des Weiteren zeigt diese Variable an, ob der Befragte selbst eine Stieffamilie gründet, auch wenn hieraus noch nicht hervorgeht, ob das Kind des Partners mit im gemeinsamen Haushalt lebt.

Die endgültige Ehedauer steht nur für die Befragten fest, deren Ehe bereits vor dem Befragungszeitpunkt beendet wurde (nicht-zensierte Fälle) und nicht für die Ehen, die zum Befragungszeitpunkt (noch) bestanden (zensierte bzw. rechtszensierte Fälle). Die Verfahren der Ereignisanalyse ermöglichen es, das Scheidungsrisiko unter Einschluss der zensierten Fälle zu schätzen. Ehen, die durch den Tod eines Ehepartners endeten ($n = 244$), werden in der vorliegenden Untersuchung wie zensierte Fälle behandelt. Allgemein wird mit der Ereignisanalyse die Wahrscheinlichkeit von Ereignisseintritten über die Zeit betrachtet. Im gegenwärtigen Fall ist das Ereignis, dessen Eintrittswahrscheinlichkeit berechnet wird, die Ehescheidung.

Für die ersten deskriptiven Analysen werden zunächst für alle Befragten sowie getrennt nach Geschlecht mit der Sterbetafelmethode Überlebensfunktionen der Eheverläufe geschätzt, jeweils aufgeschlüsselt nach der Art der Herkunftsfamilie. Ob die Überlebensfunktionen sich zwischen den verschiedenen Arten der Herkunftsfamilie signifikant unterscheiden, wird anhand der Wilcoxon-(Breslow)-Teststatistik beurteilt (Blossfeld/Rohwer 2002: 79ff.). Anschließend werden die deskriptiven Statistiken der in die multivariate Analyse einzubeziehenden Kovariaten für die unterschiedenen Herkunftsfamilienformen angegeben. Hierauf folgen die multivariaten Analysen, in denen zunächst der Transmissionseffekt hinsichtlich der spezifizierten Hintergrund- und Kontrollvariablen untersucht wird, gefolgt von den Mediatormodellen, in denen die verschiedenen Erklärungsansätze des Transmissionseffekts überprüft werden. Abschließend wird ein Gesamtmodell mit allen Kovariaten gerechnet. Alle Modelle werden sowohl getrennt für Männer und Frauen als auch für alle Befragten gemeinsam berichtet, um zu untersuchen, ob für Männer und Frauen ggf. unterschiedliche Erklärungsansätze des Transmissionseffekts zum Tragen kommen.

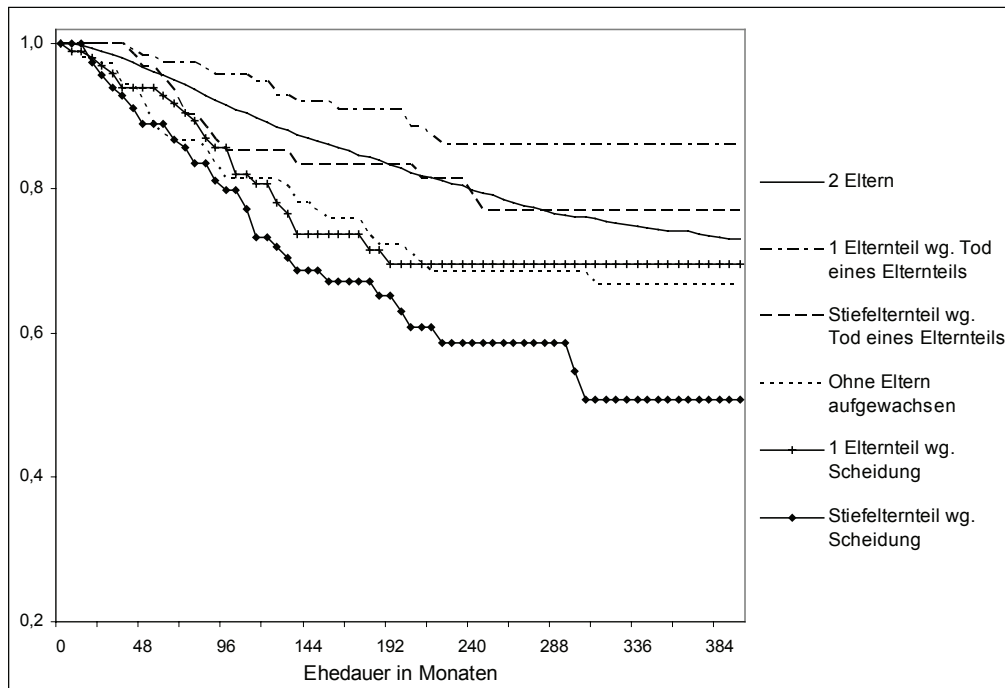
Zur Analyse wird das Proportional-Hazards-Regressionsmodell von Cox verwendet (Blossfeld/Hamerle/Mayer 1986), bei dem die abhängige Variable die Hazardrate zu jedem Zeitpunkt t ist (Diefenbach 1999: 100). Die Hazardrate $r(t)$ kann aufgefasst werden als der Grenzwert der bedingten Wahrscheinlichkeit, dass eine Episode in einem bestimmten Intervall endet, unter der Bedingung, dass die Episode bis zum Beginn des Intervalls andauert (Blossfeld/Hamerle/Mayer 1986: 31). In der gegenwärtigen Fragestellung gibt die Hazardrate die Wahrscheinlichkeit an, dass eine Ehe in einem bestimmten Monat durch eine Scheidung beendet wird. Beim Cox-Modell handelt es sich um einen

semiparametrischen Ansatz mit unspezifizierter Baseline-Hazardrate (ibd.: 57), d. h. über den Verlauf der Hazardrate werden keine spezifischen Annahmen getroffen; lediglich die Proportionalität der Hazardraten der Kovariaten wird unterstellt. Eine visuelle Überprüfung der Hazardraten auf Proportionalität für das Geschlecht und die beiden Kohorten ergibt, dass die Proportionalität der Hazardraten bei diesen Variablen angenommen werden kann. Diekmann und Engelhardt (1995) erhalten bei ihrer Untersuchung des Transmissions-effekts weitgehend übereinstimmende Schätzungen zwischen der Berechnung mit einer Cox-Regression und der Berechnung mit einem Sichelmodell (Diekmann/Engelhardt 1995: 223), welches Annahmen über die Beschaffenheit der Hazardrate macht und den Risikoverlauf der Ehe am Besten abbildet (Diekmann 1991). Auch Engelhardt, Trappe und Dronkers (2002) kommen zu dem Ergebnis, dass bei ihrer Untersuchung des Transmissionseffekts die Cox-Regression überwiegend übereinstimmende Schätzer mit dem Sichelmodell und dem parametrischen log-logistischen Modell bietet (Engelhardt/Trappe/Dronkers 2002: 305), so dass die Cox-Regression hier für die multivariate Analyse als geeignet angesehen wird.

Ergebnisse

Zunächst kann festgestellt werden, dass sich der Transmissionseffekt mit den Daten des Familiensurveys des Jahres 2000 erneut replizieren lässt. Wie aus Abbildung 1 hervorgeht, weisen Personen aus Scheidungsfamilien in ihren eigenen Ehen ein deutlich erhöhtes Scheidungsrisiko auf. Die Wilcoxon-(Breslow)-Teststatistik zeigt, dass sich die Eheverläufe der Personen aus den verschiedenen Herkunftsfamilienformen hochsignifikant unterscheiden ($p < .001$). Das vergleichsweise höchste Scheidungsrisiko weisen Personen auf, die in Scheidungsstieffamilien aufgewachsen sind. Nach 20 Ehejahren bestehen noch 79.8 Prozent der Ehen von Personen, die mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen sind, nur noch 69.4 Prozent der Ehen von Kindern geschiedener Alleinerziehender und lediglich 58.5 Prozent der Ehen von Personen, die in Scheidungsstieffamilien aufgewachsen sind. Personen, die ohne Eltern aufgewachsen sind, weisen ebenfalls ein im Vergleich zu Personen aus vollständigen Familien erhöhtes Scheidungsrisiko auf, über die Gründe dafür, dass diese Personen nicht mit beiden Elternteilen aufgewachsen sind, kann allerdings keine Aussage getroffen werden, so dass dieser Befund nicht weitergehend interpretiert wird. Personen, die nach dem Tod eines Elternteils bei einem alleinerziehenden Elternteil aufgewachsen sind, scheinen sogar etwas scheidungsresistenter zu sein. Auch Personen, die infolge des Todes eines Elternteils in Stieffamilien aufgewachsen sind, weisen kein erhöhtes Scheidungsrisiko auf.

Abbildung 1: Anteil bestehender Ehen nach Ehedauer und Herkunftsfamilienform



Anzahl Ehen = 6625

Wilcoxon (Breslow) $p < .001$

Die Unvollständigkeit der Familie oder das Aufwachsen in einer Stieffamilie an sich sind somit keine Ursache für ein erhöhtes Scheidungsrisiko – es kommt auf den Grund dafür, weshalb eine Person nicht mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen ist, an.

Die Erklärung durch das Fehlen von Ehegattenrollen-Modellen, die Erklärung durch mangelnde elterliche Kontrolle sowie die Erklärung durch ökonomische Deprivation finden anhand der vorliegenden Ergebnisse keine empirische Unterstützung, da sich deutliche Unterschiede zwischen Personen, die ein Elternteil durch dessen Tod verloren haben, und Personen, die infolge von Scheidung bei nur einem Elternteil aufgewachsen sind, zeigen und die Gründung einer Stieffamilie nach der elterlichen Scheidung nicht zu einer Abschwächung des Scheidungsrisikos in der Kindgeneration beiträgt. Zur Erklärung des Transmissioneffekts verbleiben somit die Erklärung durch eine geringere Bindung an die Ehe, die Erklärung durch eine größere Bereitschaft zur Scheidung, die Erklärung durch mangelhafte Ehegattenrollen-Modelle und die Stresshypothese.

Da sowohl Personen, die infolge des Todes eines Elternteils bei nur einem Elternteil aufgewachsen sind, als auch Personen, die infolgedessen in einer Stieffamilie aufgewachsen sind, kein erhöhtes Scheidungsrisiko aufweisen und die beiden jeweiligen Kategorien nicht sehr hoch besetzt sind, werden diese in den weiteren Analysen unter der gemeinsamen Kategorie „Tod eines Elternteils“ zusammengefasst. Im Folgenden sind daher, wenn von Stieffamilien gesprochen wird, ausschließlich Scheidungsstieffamilien gemeint.

Aus Tabelle 1 geht hervor, dass für Männer vor allem das Aufwachsen in einer Stieffamilie das Scheidungsrisiko erhöht, während sich die anderen Familienformen hinsichtlich ihres Scheidungsrisikos kaum unterscheiden. Für Frauen hingegen scheint das Aufwachsen in allen Formen unvollständiger Herkunftsfamilien, mit Ausnahme des Aufwachsens in Familien, die aus dem Tod eines Elternteils hervorgehen, in etwa gleich scheidungsförderlich zu sein. Die Wilcoxon-(Breslow)-Teststatistik (ohne Abbildung) zeigt, dass sich sowohl bei Männern als auch bei Frauen die Eheverläufe der Personen aus den verschiedenen Herkunftsfamilienformen signifikant unterscheiden ($p < .01$).

Tabelle 1: Scheidungsquoten nach 15 Jahren Ehe

	2 Eltern	Tod eines Elternteils	Ohne Eltern aufgewachsen	1 Elternteil wg. Scheidung	Stiefelternteil wg. Scheidung
Gesamt	15.7%	11.7 %	26.6 %	28.4 %	33.0 %
Anzahl Ehen	6100	188	111	102	124
Relatives Risiko im Vergleich zu „2 Eltern“	1	0.75	1.70	1.82	2.10
Frauen	16.2 %	11.5 %	32.6 %	33.9 %	31.3 %
Anzahl Ehen	3677	107	73	73	96
Relatives Risiko im Vergleich zu „2 Eltern“	1	0.71	2.01	2.09	1.93
Männer	14.9 %	11.9 %	15.1 %	16.5 %	39.8 %
Anzahl Ehen	2423	81	38	29	28
Relatives Risiko im Vergleich zu „2 Eltern“	1	0.80	1.01	1.11	2.67

Die Scheidungsquoten wurden errechnet, indem der Wert der Survivorfunktion im Intervall des 180. Ehemonats von 1 subtrahiert wurde. Das relative Scheidungsrisiko im Vergleich zu Personen, die mit beiden Elternteilen aufgewachsen sind, wurde errechnet, indem jeweils die Scheidungsquote von Personen der entsprechenden Herkunftsfamilienform zur Scheidungsquote von Personen aus 2-Eltern-Familien ins Verhältnis gesetzt wurde.

In Tabelle 2 finden sich die deskriptiven Angaben zu den Kovariaten, die in die multivariate Analyse einbezogen werden, aufgeschlüsselt nach der Herkunftsfamilienform.

Während die Personen, die mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen sind, sich etwa gleich stark auf die beiden Kohorten verteilen, sind etwa zwei Drittel der Kinder geschiedener Alleinerziehender und fast drei Viertel der Personen aus Stieffamilien in der jüngeren Heiratskohorte vertreten, was vermutlich auf die über die letzten Jahrzehnte stark gestiegenen Scheidungszahlen zurückzuführen ist. Die Personen, bei denen ein Elternteil verstorben ist, sind demgegenüber zu 66 Prozent in der älteren Heiratskohorte vertreten. Ob der Transmissionseffekt unter Kontrolle der Kohortenzugehörigkeit bestehen bleibt, wird daher in der multivariaten Analyse zu überprüfen sein. Personen aus geschiedenen Herkunftsfamilien haben etwas seltener eine christliche Religionszugehörigkeit als Personen aus vollständigen Familien, zudem leben Personen, die bei geschiedenen Alleinerziehenden aufgewachsen sind, geringfügig häufiger in Ostdeutschland. Überraschend ist, dass bei Kindern geschiedener Alleinerziehender signifikant häufiger Stief- oder Halbgeschwister in der Herkunftsfamilie vorhanden waren. Theoretisch ist dies möglich, da ein leiblicher Elternteil bereits Kinder in die elterliche Ehe mitgebracht haben könnte. Ob dieser Befund hierauf oder auf systematische Verständnisfehler bei der Befragung zurückzuführen ist, z.B. indem die

Befragten einen elterlichen Lebenspartner, der Kinder mit in den Haushalt brachte oder gemeinsam mit dem leiblichen Elternteil des Befragten weitere Kinder bekam, nicht als Stiefelternteil angegeben haben, kann nicht geklärt werden.

Tabelle 2: Deskriptive Angaben zu den Kovariaten nach Herkunftsfamilienform

	2 Eltern	Tod eines Elternteils	Ohne Eltern aufgewachsen	1 Elternteil wg. Scheidung	Stiefelternteil wg. Scheidung	Gesamt
Heiratskohorte bis 1981	47.2 % (2879)	66.0 %* (124)	59.5 % (66)	32.4 %* (33)	29.0 %* (36)	47.4 % (3138)
Heiratskohorte 1981-2000	52.8 % (3221)	34.0 %* (64)	40.5 % (45)	67.6 %* (69)	71.0 %* (88)	52.6 % (3487)
Ostdeutschland	12.0 % (734)	8.5 % (16)	17.1 % (19)	18.6 % (19)	13.7 % (17)	12.2 % (805)
Westdeutschland	88.0 % (5366)	91.5 % (172)	82.9 % (92)	81.4 % (83)	86.3 % (107)	87.8 % (5820)
Christliche Religionszugehörigkeit	78.5 % (4775)	81.4 % (153)	65.8 % (73)	67.6 % (69)	71.5 % (88)	78.1 % (5158)
Keine christliche Religionszugehörigkeit	21.5 % (1305)	18.6 % (35)	34.2 % (38)	32.4 % (33)	28.5 % (35)	21.9 % (1446)
Ausschließlich Vollgeschwister	79.0 % (4813)	62.8 %* (118)	51.4 %* (57)	57.8 %* (59)	41.9 %* (52)	77.1 % (5099)
Einzelkind	15.5 % (945)	14.9 % (28)	22.5 % (25)	23.5 % (24)	11.3 % (14)	15.7 % (1036)
Stief- oder Halbgeschwister	5.5 % (332)	22.3 %* (42)	26.1 %* (29)	18.6 %* (19)	46.8 %* (58)	7.3 % (480)
Frühehe (unter 19.5 Jahren)	13.4 % (817)	15.4 % (29)	18.0 % (20)	10.8 % (11)	12.1 % (15)	13.5 % (892)
Keine Frühehe	86.6 % (5283)	84.6 % (159)	82.0 % (91)	89.2 % (91)	87.9 % (109)	86.5 % (5733)
Voreheliches Kind des Partners	6.2 % (379)	10.6 % (20)	7.3 % (8)	8.8 % (9)	18.5 %* (23)	6.6 % (439)
Kein voreheliches Kind des Partners	93.8 % (5712)	89.4 % (168)	92.7 % (102)	91.2 % (93)	81.5 %* (101)	93.4 % (6176)
Anzahl gemeinsamer Kinder (Arithmetisches Mittel)	1.66 (s = 1.09) (6073)	1.73 (s = 1.07) (187)	1.60 (s = 1.07) (108)	1.57 (s = 1.11) (101)	1.36* (s = 0.99) (121)	1.66 (s = 1.09) (6590)
Wohneigentum	53.5 % (3261)	58.5 % (110)	45.9 % (51)	44.1 % (45)	33.3 %* (41)	53.0 % (3508)
Kein Wohneigentum	46.5 % (2835)	41.5 % (78)	54.1 % (60)	55.9 % (57)	66.7 %* (82)	47.0 % (3112)

* $p < .05$, signifikanter Unterschied zu „2 Eltern“. Absolute Häufigkeiten in Klammern. Zur besseren Übersichtlichkeit werden nur signifikante Unterschiede zu Personen, die mit beiden Elternteilen aufgewachsen sind, ausgewiesen. Bei Dummyvariablen entsprechen die Mittelwerte den Anteilswerten der mit 1 codierten Kategorie. Die Signifikanzen der Mittelwertsunterschiede wurden mittels a posteriori durchgeführter Einzelvergleichstests anhand einfaktorierter Varianzanalysen berechnet. Bei hinreichender Varianzhomogenität wurde die Bonferoni-Korrektur verwendet, bestand keine Varianzhomogenität, Tamhane's T2-Test.

Personen, die eine elterliche Scheidung erlebt haben, besitzen seltener Wohneigentum, was darauf hindeutet, dass sie seltener mit ihrem Ehepartner in gemeinsames Wohneigentum investieren, welches eine Ehe wiederum stabilisieren könnte. Wie bereits erwähnt, sollte dieses Merkmal allerdings nur vorsichtig interpretiert werden, da nicht sicher ist, ob es sich bei Wohneigentum auch um gemeinsames Wohneigentum handelt. Bei der Kinderzahl zeigt sich, dass Personen aus Stieffamilien signifikant weniger gemeinsame Kinder mit ihrem Ehepartner bekommen als Personen, die mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen sind. Bemerkenswert ist, dass Personen aus Stieffamilien etwa dreimal häufiger als Personen aus traditionellen Kernfamilien einen Partner heiraten, der schon vor der Ehe eigene Kinder hat, also selbst eine Stieffamilie gründen. Stieffamilien sind jedoch vermutlich instabile Familienformen, da Zweitehen häufiger geschieden werden als Erstehen (Wagner/Weiß 2003: 45; Klein 1992), sodass das erhöhte Scheidungsrisiko von Personen aus Stieffamilien dadurch erklärt werden könnte, dass sie häufiger selbst eine Stieffamilie gründen.

Bevor in Mediatormodellen die verschiedenen Erklärungsansätze des Transmissionseffekts multivariat überprüft werden, wird zunächst getestet, ob der Transmissionseffekt unter Kontrolle der Kohortenzugehörigkeit, des Erhebungsgebietes und der Konfession bestehen bleibt. Hierzu wird zunächst ein Basismodell für alle Befragten und getrennt für Männer und Frauen berechnet (Modell 1, Tabelle 3), welches die Ergebnisse der berechneten Sterbetafeln im Wesentlichen repliziert.

Tabelle 3: Basismodell und Erweiterung um Hintergrund- und Kontrollvariablen

	Modell 1			Modell 2		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Tod eines Elternteils	.681*	.555*	.854	.756	.609 [†]	.969
Ohne Eltern aufgewachsen	1.524*	1.960**	.698	1.584*	1.976**	.749
1 Elternteil wg. Scheidung	1.635*	1.991**	.840	1.369	1.615*	.738
Stiefelternteil wg. Scheidung	2.517**	2.263**	3.403**	2.215**	1.921**	3.270**
Heiratskohorte 1981-2000				2.154**	2.102**	2.244**
Ostdeutschland				1.031	.940	1.152
Christliche Religionszugehörigkeit				.536**	.500**	.557**
n	6625	4026	2599	6604	4016	2588
Ereignisse	1218	774	444	1213	772	441
LR-Test	36.78	35.62	10.57	284.64	187.51	111.85
d.f.	4	4	4	7	7	7
Signifikanz	.000	.000	.032	.000	.000	.000

[†] $p < .10$, * $p < .05$, ** $p < .01$. Dargestellt sind die α -Effekte der Kovariaten der Cox-Regression. Sie nehmen den Wert 1 an, wenn die Variable keinen Einfluss auf das Scheidungsrisiko hat, einen Wert kleiner als 1, wenn die Variable einen verminderten Einfluss und einen Wert größer 1, wenn die Variable einen verstärkenden Einfluss auf die Scheidungswahrscheinlichkeit hat. Bei metrischen Variablen gibt der α -Wert abzüglich 1 und multipliziert mit 100 an, um wieviel Prozent sich die Scheidungsneigung verändert, wenn die Variable um eine Einheit zunimmt. Bei Dummy-Variablen gibt der α -Wert abzüglich 1 und multipliziert mit 100 an, um wieviel Prozent höher oder niedriger die Scheidungswahrscheinlichkeit im Vergleich zur Referenzkategorie ausfällt. Referenzkategorien: Mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen, Heiratskohorte bis 1981, Westdeutschland, keine christliche Religionszugehörigkeit.

Bei Betrachtung des Modells 2 (Tabelle 3) wird deutlich, dass die Zugehörigkeit zur jüngeren Heiratskohorte die Scheidungsneigung deutlich erhöht, da die Scheidungszahlen über die letzten Jahrzehnte stark angestiegen sind. Das Erhebungsgebiet hat keinen signifikanten Einfluss auf das Scheidungsrisiko, was auf die gleichzeitige Kontrolle der Religionszugehörigkeit zurückzuführen ist. Unter Berücksichtigung der Hintergrund- und Kontrollvariablen verringert sich die Wirkung des Aufwachsens in einer Scheidungsstieffamilie auf das Scheidungsrisiko etwas. Der Effekt des Aufwachsens bei einem geschiedenen alleinerziehenden Elternteil ist unter Kontrolle der Kohortenzugehörigkeit, des Erhebungsgebietes und der Religionszugehörigkeit in dem Modell, welches nicht nach Geschlecht unterscheidet, nicht mehr signifikant. Bei Frauen verringert sich der Effekt des Aufwachsens bei einem alleinerziehenden geschiedenen Elternteils unter Berücksichtigung der Kontrollvariablen etwas, bleibt aber signifikant. Dies verdeutlicht, dass die scheidungsrisikoe erhöhende Wirkung des Aufwachsens in einer Scheidungsfamilie zu einem gewissen Teil vermutlich darauf beruht, dass Personen aus dieser Herkunftsfamilienform seltener einer christlichen Religionsgemeinschaft und überdurchschnittlich häufig der jüngeren Heiratskohorte angehören, die allgemein ein höheres Scheidungsrisiko aufweist (vgl. Tabelle 2).

In Tabelle 4 befinden sich die Mediatormodelle zur Überprüfung der Erklärungsansätze des Transmissionseffekts. Im Modell 3 werden zunächst die Variablen zur Überprüfung der Stresshypothese dem Basismodell hinzugefügt. Einzelkinder haben gegenüber Personen mit ausschließlich Vollgeschwistern ein geringfügig erhöhtes Scheidungsrisiko, aber vor allem das Aufwachsen mit Stief- oder Halbgeschwistern erhöht das eigene Scheidungsrisiko, möglicherweise weil das Vorhandensein von Stiefgeschwistern das Stress- und Konfliktpotential der Herkunftsfamilie zusätzlich erhöht. Unter Kontrolle des Vorhandenseins von Stief- und Halbgeschwistern verringert sich der Effekt des Aufwachsens in einer Stieffamilie deutlich, da in dieser Familienform am häufigsten Stief- und Halbgeschwisterkonstellationen vorkommen (vgl. Tabelle 2). Beide Merkmale scheinen jedoch einen eigenständigen scheidungsrisikofördernden Einfluss zu haben. Dieses Ergebnis unterstützt die Stresshypothese. Wird das Modell 3 getrennt nach Geschlechtern berechnet, zeigt sich, dass das Vorhandensein von Stief- und Halbgeschwistern und das Aufwachsen als Einzelkind nur bei Frauen das Scheidungsrisiko erhöht und die Wirkung des Aufwachsens in einer Scheidungsstieffamilie auf das Scheidungsrisiko deutlich verringert. Bei Männern haben diese Merkmale keinen signifikanten Einfluss auf das Scheidungsrisiko.

Durch das Merkmal „Frühehe“ soll überprüft werden, ob Personen aus Scheidungsfamilien durch die stressbelastete Situation in der Herkunftsfamilie zum frühzeitigen Verlassen des Elternhauses und zur frühzeitigen Übernahme von Erwachsenenrollen tendieren und sich weniger Zeit für die Partnerwahl lassen, was der Stresshypothese zufolge erwartbar wäre. Das Eingehen einer Frühehe hat hier allerdings sowohl bei Männern als auch bei Frauen keinen signifikanten Einfluss auf das Scheidungsrisiko, obgleich hier bei Frauen die Richtung des Koeffizienten zumindest den Erwartungen entspricht, wohingegen dies bei Männern nicht der Fall ist.

Tabelle 4: Mediatorbeziehungen

	Modell 3			Modell 4		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Tod eines Elternteils	.641*	.509*	.838	.688 [†]	.585 [†]	.821
Ohne Eltern aufgewachsen	1.390 [†]	1.749**	.649	1.417 [†]	1.750**	.492
1 Elternteil wg. Scheidung	1.543*	1.796*	.827	1.587*	1.883**	.797
Stiefeltern wg. Scheidung	2.112**	1.764**	3.165**	1.915**	1.724**	2.297*
Einzelkind	1.190*	1.250*	1.142			
Stief- oder Halbgeschwister	1.429**	1.621**	1.148			
Frühehe (unter 19.5 Jahren)	1.102	1.144	.793			
Voreheliches Kind des Partners				1.437**	1.411**	1.512**
Anzahl gemeinsamer Kinder				.596**	.620**	.540**
Wohneigentum				.319**	.281**	.404**
n	6615	4020	2595	6576	3999	2577
Ereignisse	1214	771	443	1190	761	429
LR-Test	52.67	54.44	13.44	803.02	537.65	292.93
d.f.	7	7	7	7	7	7
Signifikanz	.000	.000	.062	.000	.000	.000

[†] $p < .10$, * $p < .05$, ** $p < .01$. Referenzkategorien: Mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen, ausschließlich Vollgeschwister vorhanden, keine Frühehe, kein voreheliches Kind des Partners, kein Wohneigentum vorhanden.

Im Modell 4 wird das Basismodell um das Vorhandensein bzw. Fehlen ehespezifischer Investitionen erweitert, um zu überprüfen, ob der Transmissionseffekt dadurch zu erklären ist, dass Scheidungskinder eine geringere Bindung an ihre Ehe entwickeln.

Hat der Partner bereits vor der Ehe eigene Kinder, erhöht dies die Scheidungswahrscheinlichkeit gegenüber Ehen, in denen der Partner kein Kind mit in die Ehe bringt, auch unter Kontrolle der Anzahl gemeinsamer Kinder um ca. 44 Prozent. Somit ist die scheidungsrisikoerhöhende Wirkung des vorehelichen Kindes des Partners nicht allein dem Unterbleiben weiterer gemeinsamer Kinder zuzuschreiben. Zudem ist der Effekt des Vorhandenseins nicht-gemeinsamer Kinder, also des Vorhandenseins von Stiefkindern, auf das Scheidungsrisiko ein weiteres Mal ein Beleg dafür, dass Stieffamilien instabile Familienformen sind. Betrachtet man die Anzahl gemeinsamer Kinder, so zeigt sich, dass jedes gemeinsame Kind das Ehescheidungsrisiko um etwa 40 Prozent senkt. Wohneigentum hat ebenfalls eine stark ehestabilisierende Wirkung. Unter Kontrolle des Vorhandenseins ehespezifischer Investitionen sinkt das im Vergleich zu Personen aus vollständigen Familien erhöhte Scheidungsrisiko von Personen aus Stieffamilien von 152 Prozent (Modell 1) auf ca. 92 Prozent. Der Effekt des Aufwachsens bei einem alleinerziehenden geschiedenen Elternteil bleibt hingegen nahezu unvermindert bestehen. Ehespezifische Investitionen entfalten bei Männern und Frauen gleichermaßen vermittelnde Wirkung zwischen dem Aufwachsen in einer Scheidungsstieffamilie und dem Scheidungsrisiko in der eigenen Ehe.

Mit Modell 5 (Tabelle 5) wird das Gesamtmodell aufgestellt. Unter Kontrolle aller Kovariaten verringert sich der Effekt des Aufwachsens in einer Scheidungsstieffamilie im Vergleich zum Basismodell erheblich, der Effekt bleibt allerdings auf dem 5-Prozent-Niveau signifikant. Das Scheidungsrisiko von Personen aus Scheidungsstieffamilien ist

im Gesamtmodell mit allen Kontroll- und Mediatorvariablen im Vergleich zu Personen, die in traditionellen Kernfamilien aufgewachsen sind, nur noch um etwa 58 Prozent erhöht, während sich im Basismodell noch ein um 152 Prozent erhöhtes Scheidungsrisiko zeigte. Insgesamt lässt sich der Effekt des Aufwachsens in einer Scheidungsstieffamilie deutlich besser durch die herangezogenen Mediatorvariablen erklären als der Effekt des Aufwachsens bei geschiedenen Alleinerziehenden. Der Effekt des Aufwachsens bei einem geschiedenen alleinerziehenden Elternteil auf das Scheidungsrisiko bleibt auf dem 10-Prozent-Niveau signifikant. Die Größenordnung des Effekts im Gesamtmodell entspricht im Wesentlichen der Effektstärke im Modell 2, in welchem lediglich die Hintergrund- und Kontrollvariablen dem Basismodell hinzugefügt wurden. Im Gesamtmodell hat nun auch das Eingehen einer Frühehe einen signifikant das Scheidungsrisiko erhöhenden Effekt.

Tabelle 5: Gesamtmodell

	Gesamt	Modell 5	
		Frauen	Männer
Tod eines Elternteils	.717 [†]	.587 [†]	.924
Ohne Eltern aufgewachsen	1.379	1.642*	.495
1 Elternteil wg. Scheidung	1.414 [†]	1.613*	.715
Stiefelternteil wg. Scheidung	1.577*	1.317	2.190*
Heiratskohorte 1981-2000	1.958**	1.875**	2.080**
Ostdeutschland	1.005	.967	1.148
Christliche Religionszugehörigkeit	.713**	.681**	.706**
Einzelkind	.943	1.003	.870
Stief- oder Halbgeschwister	1.268*	1.456**	1.011
Frühehe (unter 19.5 Jahren)	1.232**	1.304**	.721 [†]
Voreheliches Kind des Partners	1.284*	1.309*	1.250
Anzahl gemeinsamer Kinder	.590**	.620**	.528**
Wohneigentum	.358**	.315**	.442**
n	6547	3984	2563
Ereignisse	1181	756	425
LR-Test	942.54	626.15	359.73
d.f.	13	13	13
Signifikanz	.000	.000	.000

[†] $p < .10$, * $p < .05$, ** $p < .01$. Referenzkategorien: Mit beiden leiblichen Elternteilen aufgewachsen, Heiratskohorte bis 1981, Westdeutschland, keine christliche Religionszugehörigkeit, ausschließlich Vollgeschwister vorhanden, keine Frühehe, kein voreheliches Kind des Partners, kein Wohneigentum vorhanden.

Auch im Geschlechtervergleich wird deutlich, dass sich insbesondere die scheidungsförderliche Wirkung des Aufwachsens in einer Scheidungsstieffamilie durch die herangezogenen Merkmale erklären lässt, während sich der Effekt des Aufwachsens bei geschiedenen Alleinerziehenden, der sich schon im Basismodell nur bei Frauen zeigte, durch die Berücksichtigung der Mediatorvariablen kaum reduziert. Bei Frauen ist der Effekt des Aufwachsens in einer Scheidungsstieffamilie auf das eigene Scheidungsrisiko unter Berücksichtigung der Mediatorvariablen nicht mehr signifikant.

Das Vorhandensein von Stief- und Halbgeschwistern in der Herkunftsfamilie und das Eingehen einer Frühehe erhöht nur bei Frauen das Scheidungsrisiko. Das Vorhandensein ei-

nes vorehelichen Kindes des Partners wirkt sich im Gesamtmodell ebenfalls nur noch bei Frauen scheidungsförderlich aus. Bei Frauen scheint der Transmissionseffekt sowohl über die Merkmale zur Überprüfung der Stresshypothese vermittelt zu werden als auch über die Variablen zur Messung ehespezifischer Investitionen. Bei Männern hingegen entfaltet insbesondere das Fehlen ehespezifischer Investitionen vermittelnde Wirkung zwischen dem Aufwachsen in einer Scheidungsstieffamilie und dem eigenen Scheidungsrisiko.

Diskussion

Der zentrale Befund dieser Untersuchung ist, dass das Aufwachsen in Stieffamilien nach der elterlichen Scheidung keineswegs, wie einige Erklärungsansätze des Transmissionseffekts vermuten ließen, die negative Wirkung der elterlichen Scheidung neutralisiert, sondern im Gegenteil einen das Scheidungsrisiko weiter erhöhenden Einfluss hat. Auch unter Kontrolle einer Vielzahl von weiteren Merkmalen hat sich dieser Effekt lediglich bezogen auf weibliche Befragte vollständig erklären lassen. Zugleich hat sich gezeigt, dass Stieffamilien nicht grundsätzlich als problembelastete Familienformen angesehen werden dürfen, da Stieffamilien, die infolge des Todes eines Elternteils gegründet werden, nicht zu einem erhöhten Scheidungsrisiko beitragen. Es kommt daher vielmehr auf den Grund für die Auflösung der elterlichen Ehe an.

Zudem zeigte sich, dass sich das Aufwachsen in verschiedenen Familienkonstellationen nach der elterlichen Scheidung bei Männern und Frauen unterschiedlich auf das spätere Scheidungsrisiko auswirkt: Für Männer erhöht ausschließlich das Aufwachsen in einer Stieffamilie nach der elterlichen Scheidung das eigene Scheidungsrisiko, das Aufwachsen bei geschiedenen Alleinerziehenden hat bei Männern keinen scheidungsrisikofördernden Effekt. Bei Frauen erhöht sowohl das Aufwachsen bei geschiedenen Alleinerziehenden als auch das Aufwachsen in einer Scheidungsstieffamilie das eigene Scheidungsrisiko, das Aufwachsen in einer Stieffamilie jedoch in einem stärkeren Maße.

Der Effekt des Aufwachsens bei geschiedenen Alleinerziehenden ließ sich kaum über die herangezogenen Mediatorvariablen erklären und verringerte sich lediglich unter Heranziehung der Hintergrund- und Kontrollvariablen bedeutsam.

Die *Erklärung durch eine geringere Bindung an die Ehe* und die *Stresshypothese* waren in der Lage, einen erheblichen Anteil der intergenerationalen Transmission von Scheidung, bezogen auf Personen aus Scheidungsstieffamilien, zu erklären. Personen aus Scheidungsstieffamilien investieren seltener in ehespezifische Güter wie gemeinsame Kinder und Wohneigentum. Zudem, ein ebenfalls zentraler Befund dieser Studie, gründen Personen aus Scheidungsstieffamilien später mit erhöhter Wahrscheinlichkeit selbst eine Stieffamilie, indem sie einen Partner heiraten, der bereits Kinder in die Ehe bringt, was wiederum zu einer erhöhten Instabilität der Ehe beiträgt.

Speziell bei Frauen erhöht das Aufwachsen mit Stief- und Halbgeschwistern das eigene Scheidungsrisiko, was als Beleg dafür zu deuten ist, dass bei Frauen die unangenehme und konflikthafte Situation in der Herkunftsfamilie teilweise für den Transmissionseffekt verantwortlich ist. Zudem wird bei Frauen ein Teil des Transmissionseffekts durch das Eingehen von Frühehen erklärt. Fraglich bleibt, wieso sich der Effekt des Aufwachsens bei geschiedenen Alleinerziehenden durch die herangezogenen Merkmale deut-

lich schlechter erklären ließ. Eine mögliche Erklärung wäre, dass sich der Stress der wiederholten Familienreorganisationen in seiner Wirkung akkumuliert und erst ab einem bestimmten überschrittenen Schwellenwert einen deutlichen Einfluss auf das Scheidungsrisiko hat, wie die Befunde von Teachman (2002) implizieren, und das Aufwachsen bei geschiedenen Alleinerziehenden aus anderen Gründen als den hier untersuchten für Frauen das Scheidungsrisiko erhöht, etwa indem mangelhafte Ehegattenrollen am Modell der elterlichen Ehe erlernt werden. Dass sich bei Frauen der scheidungsförderliche Effekt des Aufwachsens in einer Scheidungstieffamilie unter anderem durch die Merkmale zur Überprüfung der Stresshypothese erklären ließ, während der Effekt des Aufwachsens bei geschiedenen Alleinerziehenden deutlich schlechter erklärbar war, spricht des Weiteren dafür, dass sich für Mädchen die Anpassung an eine Stieffamilie nach der elterlichen Scheidung schwieriger gestaltet als die Anpassung an das Aufwachsen beim alleinerziehenden Elternteil (zumeist die Mutter).

Bei Männern hingegen scheint weniger der durch wiederholte Familientransformationen erforderte Stress als die Erwartung, dass die eigene Ehe ebenso wie die elterliche Ehe nicht stabil sein könnte, und die daraus resultierende geringe Investition in ehespezifische Güter einen Teil des Transmissionseffekts zu erklären. Dass insbesondere das Aufwachsen in einer Stieffamilie nach der elterlichen Scheidung das Scheidungsrisiko von Männern erhöht, könnte darauf zurückzuführen sein, dass infolge der Instabilität von Zweitehen Personen, die in Scheidungstieffamilien aufgewachsen sind, häufiger willentliche Trennungen des leiblichen Elternteils miterlebt haben, die sich in ihrer Wirkung akkumulieren. Fraglich bleibt hier allerdings, warum für Männer das Aufwachsen bei geschiedenen Alleinerziehenden das Scheidungsrisiko nicht einmal in geringfügigem Maße erhöht.

Der Vorteil der Stresshypothese ist, dass sie explizit multiple Ursachen des Transmissionseffekts wahrscheinlich erscheinen und eine lebensverlaufstheoretische Perspektive einnehmen lässt: Zum Einen wirken auf Scheidungskinder unterschiedliche Stressoren zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Lebensverlauf (Vortrennungsphase, Nachscheidungsphase, weiterer Lebensverlauf), zum Anderen können sich verschiedene stressreiche Erfahrungen im Lebenslauf auch akkumulieren (die Trennung selbst, eine Familienneugründung, das Hinzutreten eines Stiefelternteils und von Stiefgeschwistern) (vgl. Diefenbach 2000: 132f.; Amato 1993: 33ff.).

An der Stresshypothese muss allerdings kritisch angemerkt werden, dass mit ihr zwar der Transmissionseffekt auf vielfältige Weise interpretiert werden kann, jedoch keine befriedigenden Aussagen darüber getroffen werden, auf welchem intervenierenden Mechanismus die intergenerationale Tradierung von Scheidung tatsächlich beruht. Die meisten Autoren, die sich auf die Stresshypothese bezogen (für eine Übersicht siehe Diefenbach 2000: 28ff.), gingen davon aus, dass Stress in der Herkunftsfamilie zum frühzeitigen Verlassen des Elternhauses und zu Frühehen führt – die vermehrte Neigung zu Frühehen ist jedoch vermutlich nur einer von verschiedenen Mechanismen, über den sich Stress auf das erhöhte Scheidungsrisiko von Personen aus Scheidungsfamilien auswirkt, wie in der vorliegenden Studie auch dadurch gezeigt wurde, dass sich das Vorhandensein von Stief- oder Halbgeschwistern als Indikator für die Stresshaltigkeit der Herkunftsfamilie auch unabhängig vom Eingehen einer Frühehe auf das Scheidungsrisiko auswirkte. Abschließend sollte angemerkt werden, dass sich der Transmissionseffekt in dieser Untersuchung nicht vollständig mit den herangezogenen Merkmalen erklären ließ, da er auch

im Gesamtmodell bestehen blieb. Der stärker lerntheoretisch orientierte Erklärungsansatz, der den Transmissionseffekt damit erklärt, dass durch die Konflikthaftigkeit und das Scheitern der elterlichen Ehe nur *mangelhafte Ehegattenrollen-Modelle* zur Verfügung standen, die von Scheidungskindern später in ihrer eigenen Ehe angewendet werden, konnte allerdings in der vorliegenden Studie nicht getestet werden. Weitere Forschung zu den Ursachen der intergenerationalen Tradierung von Scheidung und speziell zu der unterschiedlichen Auswirkung des Aufwachsens bei geschiedenen Alleinerziehenden und des Aufwachsens in Scheidungstieffamilien könnte somit davon profitieren, auch lerntheoretische Ansätze in einem integrativen Erklärungsmodell heranzuziehen.

Literatur

- Amato, P. R. (1993). Children's adjustment to divorce: Theories, hypotheses, and empirical support. *Journal of Marriage and the Family*, 55, pp. 23-38.
- Amato, P. R. & DeBoer, D. D. (2001). The transmission of marital instability across generations: Relationship skills or commitment to marriage? *Journal of Marriage and the Family*, 63, pp. 1038-1051.
- Bien, W., Hartl, A. & Teubner, M. (2002a). Stieffamilien in Deutschland. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), *Das Forschungsjahr 2001*. München: Deutsches Jugendinstitut, S. 87-108.
- Bien, W., Hartl, A. & Teubner, M. (2002b). Stieffamilien in Deutschland. In: W. Bien, A. Hartl & M. Teubner (Hrsg.), *Stieffamilien in Deutschland. Eltern und Kinder zwischen Normalität und Konflikt*. Opladen: Leske + Budrich (Deutsches Jugendinstitut. Familiensurvey. Band 10, S. 9-20.
- Blossfeld, H.-P., Hamerle, A. & Mayer, K. U. (1986). *Ereignisanalyse. Statistische Theorie und Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*. Frankfurt, New York: Campus Verlag.
- Blossfeld, H.-P. & Rohwer, G. (2002). *Techniques of event history modeling. New approaches to causal analysis*. Mahwah, NJ, London: Lawrence Erlbaum Associates.
- Bumpass, L. L. & Sweet, J. A. (1972). Differentials in marital instability. *American Sociological Review*, 37, pp. 754-66.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2006) (Hrsg.). *Facetten der Vaterschaft. Perspektiven einer innovativen Väterpolitik*. <http://www.bmfsfj.de/Kategorien/Forschungsnetz/forschungsberichte,did=70116.html>.
- Diefenbach, H. (1997). Intergenerationale Scheidungstransmission in Deutschland: Relevanz und Erklärungsansätze. *Zeitschrift für Rechtssoziologie*, 18, S. 88-105.
- Diefenbach, H. (1999). Geschichte wiederholt sich nicht!? Der Zusammenhang von Ehescheidung in der Eltern- und Kindgeneration. In: T. Klein, & J. Kopp (Hrsg.), *Scheidungsursachen aus soziologischer Sicht. Familie und Gesellschaft, Band 2*. Bonn: Ergonverlag, S. 91-118.
- Diefenbach, H. (2000). *Intergenerationale Scheidungstransmission in Deutschland. Die Suche nach dem „missing link“ zwischen Ehescheidung in der Elterngeneration und Ehescheidung in der Kindgeneration*. Würzburg: Ergonverlag (Familie und Gesellschaft, Band 4).
- Diekmann, A. & Engelhardt, H. (1995). Die soziale Vererbung des Scheidungsrisikos. Eine empirische Untersuchung der Transmissionshypothese mit dem deutschen Familiensurvey. *Zeitschrift für Soziologie*, 24, S. 215-28.
- Diekmann, A. & Engelhardt, H. (2002). Alter der Kinder bei Ehescheidung der Eltern und soziale Vererbung des Scheidungsrisikos. Rostock: Max-Planck-Institut für demografische Forschung. (MPIDR Working Paper WP 2002-044). <http://www.demogr.mpg.de/papers/working/wp-2002-044.pdf>.
- Diekmann, A. (1991). Mathematische Modelle des Heiratsverhaltens und des Ehescheidungsrisikos. In: H. Esser, H. & K. G. Troitzsch (Hrsg.), *Modellierung sozialer Prozesse. Neuere Ansätze und Überlegungen zur soziologischen Theoriebildung. Ausgewählte Beiträge zu Tagungen der Arbeitsgruppe „Modellierung sozialer Prozesse“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie*. Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften, S. 589-620.

- Emlen, S. T. (1997). The evolutionary study of human family systems. *Social Science Information*, 36, pp. 563-89.
- Engelhardt, H., Trappe, H. & Dronkers, J. (2002). Differences in family policy and the intergenerational transmission of divorce: a comparison between the former East and West Germany. *Demographic Research*, 6, pp. 295-324.
- Engstler, H. & Menning, S. (2003). *Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. Lebensformen, Familienstrukturen, wirtschaftliche Situation der Familien und familiendemographische Entwicklung in Deutschland*. Berlin: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Ewering, H. (1996). *Stieffamilien. Schwierigkeiten und Chancen*. Münster: Lit Verlag.
- Glenn, N. D. & Kramer, K. B. (1987). The marriages and divorces of the children of divorce. *Journal of Marriage and the Family*, 49, pp. 811-25.
- Henderson, S. H. & Taylor, L. C. (1999). Parent-adolescent relationships in nonstep-, simple step-, and complex stepfamilies. In: E. M. Hetherington, S. H. Henderson, & D. Reiss (Eds), *Adolescent siblings in stepfamilies: Family functioning and adolescent adjustment. Monographs of the Society for Research in Child Development*, 64, pp. 79-100.
- Hirschi, T. (1969). *Causes of delinquency*. Berkeley, Los Angeles: University of California Press.
- Hullen, G. (1998). Scheidungskinder – oder: Die Transmission des Scheidungsrisikos. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 23, S. 19-38.
- Klein, T. (1992). Die Stabilität der zweiten Ehe. Besondere Risikopotentiale, Selektionseffekte und systematische Unterschiede. *Zeitschrift für Familienforschung* 4, S. 221-37.
- Krähenbühl, V., Jellouschek, H., Kohaus-Jellouschek, M. & Weber, R. (2001). *Stieffamilien, Struktur – Entwicklung – Therapie*. Freiburg im Breisgau: Lambertus-Verlag.
- Mueller, C. W. & Pope, H. (1977). Marital instability: A study of its transmission between generations. *Journal of Marriage and the Family*, 39, pp. 83-93.
- Pope, H. & Mueller, C. W. (1976). The intergenerational transmission of marital instability: Comparisons by race and sex. *Journal of Social Issues*, 32, pp. 49-66.
- Teachman, J. D. (2002). Childhood living arrangements and the intergenerational transmission of divorce. *Journal of Marriage and the Family*, 64, pp. 717-29.
- Teubner, M. (2002). Wie viele Stieffamilien gibt es in Deutschland? In: W. Bien, A. Hartl & M. Teubner (Hrsg.), *Stieffamilien in Deutschland. Eltern und Kinder zwischen Normalität und Konflikt*. Opladen: Leske + Budrich (Deutsches Jugendinstitut. Familiensurvey. Band 10), S. 26-50.
- Wagner, M. (1997). *Scheidung in Ost- und Westdeutschland. Zum Verhältnis von Ehestabilität und Sozialstruktur seit den 30er Jahren*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Wagner, M. & Weiß, B. (2003). Bilanz der deutschen Scheidungsforschung. Versuch einer Meta-Analyse. *Zeitschrift für Soziologie*, 32, S. 29-49.
- Wallerstein, J. S. (1983). Children of divorce: The psychological tasks of the child. *American Journal of Orthopsychiatry*, 53, pp. 230-243.
- Walper, S. (1993). Stiefkinder. In: M. Markefka & B. Nauck (Hrsg.), *Handbuch der Kindheitsforschung*. Neuwied: Luchterhand, S. 429-38.
- Walper, S. (1995). Familienbeziehungen und Sozialentwicklung Jugendlicher in Kern-, Ein-Eltern- und Stieffamilien. *Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie*, 27, S. 93-121.
- Wolfinger, N. H. (1999). Trends in the intergenerational transmission of divorce. *Demography*, 36, pp. 415-20.
- Zaslow, M. J. (1988). Sex differences in children's response to parental divorce: 1. Research methodology and postdivorce family forms. *American Journal of Orthopsychiatry*, 58, pp. 355-378.
- Zaslow, M. J. (1989). Sex differences in children's response to parental divorce: 2. Samples, variables, ages and sources. *American Journal of Orthopsychiatry*, 59, pp. 118-41.

Eingereicht am/Submitted on: 19.06.2007
Angenommen am/Accepted on: 27.10.2008

Anschrift der Autorin/Address of the author:

Sonja Schulz, Diplom-Soziologin
Universität Bielefeld
Fakultät für Soziologie
Universitätsstraße 25
D-33615 Bielefeld
E-mail: sonja.schulz@uni-bielefeld.de

Daniel Lois, Oliver Arránz Becker & Christina Kunz

Fördernde und hemmende Einflüsse der Kohabitation auf die Heiratsabsicht – Eine nutzen- und kostentheoretische Analyse¹

Facilitating and inhibiting influences of cohabitation on intentions to marry – An analysis based on benefits and costs

Zusammenfassung

Gegenstand der Arbeit ist die These, dass die nicht-eheliche Lebensgemeinschaft (NEL) sowohl als Vorstufe als auch als Alternative zur Ehe zu interpretieren ist, da sie gleichzeitig die Heiratskosten und den Heiratsnutzen senkt. Es wird empirisch analysiert, wie nichtehelich mit ihrem Partner kohabitierende Personen – gegenüber einer Vergleichsgruppe von Paaren ohne gemeinsamen Haushalt – verschiedene Nutzen- und Kostenaspekte einer Eheschließung wahrnehmen und wie sich diese unterschiedlichen „Entscheidungsparameter“ auf die relative Heiratsintention auswirken. Die Ergebnisse bestätigen primär die Vorstufenfunktion der NEL: Bereits kohabitierende Personen nehmen die Kostenseiten einer Eheschließung – speziell den Verzicht auf eine Fortsetzung der Partnersuche, eine erwartete Ablehnung der ehelichen Partnerschaft im sozialen Netzwerk sowie den Verzicht auf sexuelle Freiheiten durch die längerfristige Festlegung auf den Partner – als weniger gravierend wahr. Heiratsanreize entstehen bei kohabitierenden Paaren nach unseren Befunden also primär über die geringen Kosten. Darüber hinaus weisen die Ergebnisse darauf hin, dass eine ökonomische Absicherung der Partner oder ihrer Kinder weiterhin ein Alleinstellungsmerkmal der Ehe ist.

Abstract:

The present study deals with the hypothesis that non-marital cohabitation can be considered both a precursor and an alternative to marriage because it lowers both benefits and costs of marriage. It is analysed empirically how unmarried cohabiting couples rate various aspects of marital benefits and costs, compared to couples living “apart together”. Furthermore, the effects of these “decision parameters” on the relative individual intention to marry are analysed. Results primarily support the notion of non-marital unions as a precursor to marriage: Unmarried cohabitators perceive lower costs of marriage – especially from stopping the search for a partner, rejection of the current partner by the social network, and loss of sexual freedom implied by the long-term commitment to one’s spouse – than non-cohabiting couples. According to our findings, the primary incentives to marry thus stem from the reduced costs of marriage. Moreover, our results show that safeguarding partners and offspring against economic hardship continues to be an exclusive feature of marriage.

1 Der vorliegende Beitrag entstand im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes „Timing der Institutionalisierung partnerschaftlicher Beziehungen“ (TIP) im Schwerpunktprogramm 1161 (Beziehungs- und Familienentwicklung). Für die Förderung danken wir der DFG und den Gutachtern. Außerdem danken wir Josef Brüderl, Paul Hill, Johannes Kopp und Bernhard Nauck für methodische und inhaltliche Hinweise.

Schlagwörter: Ehe, nichteheliche Lebensgemeinschaft, Heiratskosten, Heiratsnutzen

Key words: Marriage, cohabitation, costs of marriage, benefits of marriage

1. Problemstellung

Der vorliegende Beitrag schließt an eine Diskussion in der Lebensverlaufsforschung an, die den Charakter der nichtehelichen Lebensgemeinschaft (NEL)² betrifft. Vertreter der so genannten „Individualisierungsansätze“ (z.B. Beck-Gernsheim 1994) reflektieren die Lebensverlaufsperspektive zwar meist nur vage, verstehen die nichteheliche Kohabitation jedoch – im Zuge der postulierten Herauslösung des einzelnen aus traditionellen Bindungen und einer „Pluralisierung“ der Lebensformen – primär als Alternative zur Ehe. Andere Autoren (z.B. Klein 1999a; Brüderl/Klein 2003) gehen dagegen von einem transitorischen Charakter der nichtehelichen Lebensgemeinschaft im Sinne einer Vorstufe bzw. „Durchgangsstation“ zur Ehe aus. Die empirische Klärung dieser Frage ist keineswegs ein rein akademisches Unterfangen, da die Wahl von Lebensformen bedeutende und nachhaltige Auswirkungen auf die Bevölkerungsstruktur sowie auf demographische Prozesse (z.B. Geburtenentwicklung) hat.

Um die Funktion nichtehelicher Lebensgemeinschaften als Vorstufe vs. Alternative zur Ehe empirisch zu untersuchen, bieten sich unterschiedliche Forschungsstrategien an. Im Rahmen von Lebensverlaufsstudien werden die Akteure über die Zeit hinweg bzw. retrospektiv beobachtet, sodass Lebensformen-Sequenzen und Informationen zum Timing der Übergänge empirisch ermittelt werden können. Klein (1999a) analysiert auf der Basis des Familiensurveys die Veränderung der Verbreitung verschiedener Lebensformen mit zunehmendem Alter. Hierbei ist u.a. ersichtlich, dass sich Partnerschaften ohne gemeinsamen Haushalt – und tendenziell auch nichteheliche Lebensgemeinschaften – auf einen Altersbereich Anfang 20 konzentrieren. Spätestens gegen Ende des dritten Lebensjahrzehnts stellt die Ehe wieder die dominierende Lebensform dar (zu ähnlichen Resultaten kommen auch Brüderl/Klein 2003 sowie Lengerer/Klein 2007). Zusätzlich berechnet Klein (1999a) Abgangs- und Verbleibquoten für nichteheliche Lebensgemeinschaften. Hiernach steigt bei NEL mit zunehmender Beobachtungszeit die Eheschließungsquote beträchtlich an. Nach fünf Kohabitationsjahren haben 60,7% der betreffenden Paare geheiratet und bei weiteren 21,4% wurde die Partnerschaft durch eine Trennung beendet. Nach Ablauf dieser Zeit sind somit nur noch 17,8% der ursprünglich kohabitierenden Paare in der NEL verblieben (vgl. Klein 1999a: 478). Die berichteten Befunde sprechen zusammengenommen für den *Vorstufen*charakter der nichtehelichen Lebensgemeinschaft.

Es lassen sich jedoch auch Zahlen anführen, die zumindest tendenziell darauf hindeuten, dass die NEL zunehmend eine Alternative zur Ehe wird. So steigt nach den Ergebnissen von Timm (2006: 284) der Anteil der Personen, die mit großer Wahrscheinlichkeit im Lebensverlauf überhaupt nicht heiraten, von einem niedrigen Ausgangsniveau über die Geburtskohorten hinweg an. Mit Analysen auf der Grundlage von Daten des So-

2 Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ist im Folgenden dadurch definiert, dass die Partner unverheiratet in einem gemeinsamen Haushalt zusammenleben. Nicht in diese Kategorie fallen Personen, die unverheiratet sind und in getrennten Haushalten leben („living apart together“, LAT).

zio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt der Autor, dass – bezogen auf Westdeutschland – die Ledigenquote im Alter von 42 Jahren in der Geburtskohorte 1944-1948 bei Frauen nur 4% und bei Männern 8% beträgt. Der Anteil der Ledigen erhöht sich jedoch für die Geburtskohorte 1954-1958 auf 9% bei Frauen bzw. 14% bei Männern.³

Insgesamt stellen die lebensverlaufsbezogenen Studien einen wichtigen Schritt zur Klärung der Ausgangsfrage dar. Ihre Befunde sind jedoch nicht eindeutig genug, dass auf ihrer Basis allein schon eine Entscheidung zugunsten der Alternativen- bzw. Vorstufenhypothese möglich erschiene. Ein Grundproblem besteht darin, dass die Situationsdefinitionen der Akteure nicht direkt untersucht werden, sondern lediglich das Ergebnis partnerschaftsbezogener Institutionalisierungsprozesse. Somit kann die Bedeutung der Lebensformen bestenfalls quantitativ verglichen werden; inwieweit zwischen diesen jedoch tatsächlich funktionale Äquivalenzen bestehen, ist auf der Basis des Lebensverlaufsansatzes mit den verfügbaren Daten nicht ohne weiteres abzuschätzen.

Neben den Lebensverlaufsanalysen gibt es noch eine zweite Forschungsstrategie, welche den genannten Kritikpunkt direkt adressiert: die detaillierte Untersuchung des eigentlichen Entscheidungsprozesses auf Seiten der Akteure für oder gegen eine Heirat.⁴ Einen interessanten Beitrag zur Vorstufen-Alternativen-Diskussion liefert in diesem Zusammenhang die Arbeit von McGinnis (2003). In dieser Studie wurden Einschätzungen erhoben, ob die Befragten im Falle einer Eheschließung eine Verbesserung oder Verschlechterung in verschiedenen Lebensbereichen (z.B. Lebenszufriedenheit, finanzielle Sicherheit) erwarten. McGinnis (2003) bildet auf Basis dieser Informationen Summenindizes (Scores) zu subjektiven Heiratskosten und Heiratsnutzen. Die Analysen deuten auf einen „Zwittercharakter“ der NEL hin, da Personen, die bereits mit ihrem Partner kohabitierten, *sowohl* geringere Heiratskosten *als auch* einen geringeren Heiratsnutzen erwarten als Personen in Partnerschaften ohne gemeinsamen Haushalt. Die Heiratskosten üben darüber hinaus einen starken negativen Effekt auf die Heiratsabsicht aus, die wiederum positiv mit der Übergangsrate in die erste Ehe korreliert.

Die vorliegende Arbeit knüpft direkt an die zitierte Arbeit von McGinnis (2003) an. Die im Folgenden zu testende Haupthypothese lautet, dass die nichteheliche Kohabitation sowohl als Vorstufe als auch als Alternative zur Ehe zu interpretieren ist, da sie gleichzeitig die Heiratskosten und den Heiratsnutzen senkt. Auch das Forschungsdesign orientiert sich an der Studie von McGinnis (2003): Es wird untersucht, wie nichtehelich mit ihrem Partner kohabitierende Personen – gegenüber der Vergleichsgruppe ohne gemeinsamen Haushalt – verschiedene Nutzen- und Kostenaspekte einer Eheschließung wahrnehmen und wie sich diese unterschiedlichen „Entscheidungsparameter“ auf die relative Heiratsintention auswirken.

3 Trotz des relativen Bedeutungsverlusts der Ehe bleibt die Bindungsquote, also der Anteil von Personen mit Partner, über die Kohorten hinweg konstant (Lengerer/Klein 2007).

4 Studien, die sich direkt mit den Heiratsmotiven der Akteure beschäftigen, sind bisher eher selten geblieben. Schneider und Rüger (2007) haben jüngst eine differenzierte explorative Arbeit vorgelegt, in der verschiedene Heiratsmotive der Akteure identifiziert werden. Dazu zählen nutzenorientierte Heiratsmotive (steuerliche Vorteile, Heirat zur Vermeidung räumlicher Trennung, kindorientierte Eheschließung, erwartungskonforme Heirat), wertorientierte Heiratsmotive (traditionelle Heirat sowie Heirat als biographische Selbstverständlichkeit) und spontan-emotionale Heiratsmotive (Heirat zur Bekräftigung der Partnerschaft, als spontaner Entschluss bzw. Liebesheirat) (vgl. eine ähnliche qualitative Studie von Nave-Herz 1997).

Die Analyse geht jedoch an mehreren Stellen über bisher vorliegende Untersuchungen hinaus. Mit der Berücksichtigung der *Kostenseite* der Eheschließung wird eine Forschungslücke deutscher Studien zu den subjektiven Heiratsmotiven (Nave-Herz 1997; Schneider/Rüger 2007) geschlossen, in denen Kostenaspekte weitgehend ausgeblendet sind. Darüber hinaus lässt insbesondere die Arbeit von McGinnis (2003) die Frage theoretisch und empirisch unbeantwortet, inwieweit *innerhalb* der Kosten- und Nutzenaspekte von Eindimensionalität ausgegangen werden kann. Um die relative Bedeutung der unterschiedlichen Nutzen- und Kostenaspekte explizit miteinander vergleichen zu können, werden diese in unseren Analysen generell nicht aggregiert, sondern separat (multivariat) betrachtet.

In Abschnitt 2 wird zunächst theoretisch die Abhängigkeit spezifischer Heiratsnutzen- und -kostenaspekte vom vorehelichen Institutionalierungsgrad diskutiert. In Abschnitt 3 werden die Datengrundlage und die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen vorgestellt. In Abschnitt 4 erfolgt schließlich der empirische Test der Hypothesen mit Hilfe von Pfadmodellen. Im letzten Abschnitt 5 werden die Befunde theoriebezogen zusammengefasst und diskutiert.

2. Theoretische Aspekte zur Wahl der ehelichen Lebensform

Den folgenden Ausführungen liegt ein nutzentheoretischer Ansatz zur Wahl der ehelichen Lebensform zugrunde. Es wird also grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Vor- und Nachteile einer Eheschließung von den Akteuren rational kalkuliert werden (vgl. Hill & Kopp 2006: 176ff.). Diese Annahme kann damit begründet werden, dass die Entscheidung für oder gegen eine Eheschließung wichtige und langfristige Konsequenzen hat. Die in einer solchen Situation gegebene Befürchtung der Akteure, eine falsche Entscheidung zu treffen, wird im Rahmen sozialpsychologischer Modelle mit einem Modus der Entscheidungsfindung in Verbindung gebracht, in dem Akteure die Situation genau reflektieren, sofern sie die Gelegenheit dazu haben (vgl. z.B. das MODE-Modell von Fazio 1990). In diesem überlegten („reasoned“) Entscheidungsmodus werden insbesondere die Erwartungen im Hinblick auf das Handlungsergebnis stärker relevant.

Aus familienökonomischer Sicht kann davon ausgegangen werden, dass zwei Akteure dann eine Heirat in Erwägung ziehen, wenn ihr Nutzenfluss in einer Ehe den Nutzen im unverheirateten Status überschreitet (vgl. Hill/Kopp 2004: 275f.). Zur Quantifizierung dieser Nutzendifferenz zwischen zwei alternativen Lebensformen prägt Gary S. Becker den Begriff „Ehegewinn“ (gain from marriage, Becker 1973). Vor dem Hintergrund der Studie von McGinnis (2003) stehen allerdings gerade die Kostenaspekte einer Eheschließung in einem negativen Zusammenhang mit der Übergangsrate. Die zu erwartenden Nutzengewinne (familienökonomisch: die effizientere Produktion verschiedener „commodities“ wie z.B. Liebe oder gemeinsame Freizeitaktivitäten) repräsentieren also offensichtlich lediglich eine Teilmenge der potentiell relevanten Entscheidungsparameter, die wahrscheinlich auch heiratsbezogene Kostenaspekte einschließen.

Darüber hinaus bezieht sich der familienökonomische Ansatz direkt auf die Kernfragestellung der vorliegenden Arbeit: Inwiefern werden subjektive Nutzen- und Kosten-

faktoren der Ehe vom vorehelichen Institutionalierungsgrad (LAT oder NEL) beeinflusst? Für Becker ist hier der *gemeinsame Haushalt* und weniger der Familienstand für die Wohlfahrtsproduktion entscheidend. Er schließt in seine Ehedefinition auch „Einverständnis-Gemeinschaften“ ohne Trauschein ein (Becker 1993: 233). Dies impliziert bereits, dass der Ehegewinn kohabitierender Paare häufig geringer ausfallen dürfte als der getrennt lebender (und wirtschaftender). In Anlehnung an die Familienökonomie gehen wir daher im Folgenden davon aus, dass nichteheliche Lebensgemeinschaften prinzipiell – d.h. durch ihre Eigenschaft einer Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft – eine stärkere strukturelle Ähnlichkeit mit Ehen aufweisen als LAT-Beziehungen und insofern der Heiratsnutzen bei bereits kohabitierenden Paaren geringer ausgeprägt ist. Diese Argumentation differenzieren wir im Folgenden für verschiedene Nutzendimensionen und erweitern sie um die Kostenseite der Eheschließung. Wir erwarten zwei antagonistische Wirkmechanismen: Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften genießen 1. (gegenüber LAT) zum Teil ähnliche „Nutzvorteile“ wie Verheiratete (z.B. höhere Interaktionsdichte), haben jedoch (im Unterschied zu LAT) 2. bereits einige „Kostenseiten“ des (ehelichen) Zusammenlebens (z.B. Autonomieverlust) in Kauf genommen. Während nun der vergleichsweise geringere „Zusatznutzen“ der Ehe (1.) die Heiratsintention senken sollte (gemäß der Alternativenthese), schaffen die (im Vergleich zu LAT) geringeren zusätzlichen Kosten (2.) Heiratsanreize (gemäß der Vorstufenthese).

In den folgenden Abschnitten wird diskutiert, inwiefern der antizipierte Heiratsnutzen (Abschnitt 2.1) bzw. die erwarteten Heiratskosten⁵ (Abschnitt 2.2) vom vorehelichen Institutionalierungsgrad (LAT versus NEL) abhängig sind.

2.1 Heiratsnutzenaspekte in Abhängigkeit vom vorehelichen Institutionalierungsgrad

Zur Differenzierung zweier grundlegender Wohlfahrtsdimensionen, hinsichtlich derer eine Heirat theoretisch eine Wohlfahrtssteigerung der Akteure ermöglicht, kann auf die Arbeiten von Siegwart Lindenberg rekuriert werden (vgl. Lindenberg 1984): Der Nutzenzugewinn durch eine Heirat liegt danach vor allem in der Verstetigung (1) der vertraglichen ökonomischen Absicherung sowie (2) der sozio-emotionalen Zuwendung, die entweder (a) aus der Partnerschaft oder (b) aus dem weiteren sozialen Umfeld (z.B. aus Netzwerken) hervorgeht. Die Bedeutung dieser drei Nutzenkomponenten wird im Folgenden diskutiert.

1) Ökonomischer Versicherungsnutzen

Mit einer Eheschließung können verschiedene ökonomische Vorteile verbunden sein. Dazu zählen – unter der Bedingung einer spezialisierten Arbeitsteilung – das Ehegattensplitting bei der Einkommenssteuer sowie Versorgungsansprüche im Falle einer Scheidung. Die Ehe erhöht die Chance, das Aufwachsen gemeinsamer Kinder in einem stabilen familialen Umfeld sicherzustellen. In der Literatur ist diesbezüglich vom Motiv der kindorientierten Eheschließungen die Rede (z.B. Nave-Herz 1997). Hier kann auch die Sicher-

5 Der Kosten-/Nutzenbegriff wird dabei relativ weit gefasst, da hierunter z.B. Transaktions-, Opportunitäts- und kognitive Kosten subsumiert werden.

stellung von Vaterrechten aus der Perspektive des Vaters bzw. der Vaterpflichten aus Sicht der Frauen bedeutsam sein (Schneider/Rüger 2007: 143).⁶ Für diese Aspekte ist die formal-rechtliche Seite der Eheschließung entscheidend.

Obgleich auch im Rahmen einer nicht- oder vorehelichen Kohabitation bereits gewisse vertragsähnliche Bindungen zwischen den Partnern bestehen können (z.B. ein gemeinsames Konto), so ist ein langfristiger Versorgungskontrakt nach wie vor ein Alleinstellungsmerkmal der Ehe (vgl. Ott 1993). Demnach kann nicht erwartet werden, dass durch einen Übergang in die nichteheliche Lebensgemeinschaft – die relativ unverbindlich ist und einen Probe-Charakter hat (Bumpass et al. 1991) – ein vergleichbarer ökonomischer Versicherungsnutzen erreichbar ist wie in einer Ehe. Da sich vor diesem Hintergrund kein bedeutsamer Unterschied zwischen Unverheirateten ohne und mit gemeinsamem Haushalt hinsichtlich des ökonomischen Versicherungsnutzens der Ehe finden dürfte, wird hierzu keine Hypothese formuliert.

2a) Sozio-emotionaler Nutzen (aus der Partnerschaft)

Durch die formal-vertragliche Absicherung und die dadurch steigenden Trennungskosten können mit einer Eheschließung auch immaterielle Güter, z.B. ein subjektives Gefühl der Sicherheit und Geborgenheit, produziert werden. So besteht ein wesentliches Ergebnis der amerikanischen Heiratsforschung der 1970er und 1980er Jahre darin, dass die Hoffnung auf Gefährtschaft und Sicherheit, mehr noch als Liebe und Emotion, die subjektiven Heiratsmotive dominieren (Spanier/Bowman 1978, Davis 1986).⁷

Wir erwarten, dass der sozio-emotionale Nutzen bei bereits kohabitierenden Paaren stärker ausgeprägt ist als bei Paaren mit getrennten Haushalten. Als Ursache hierfür können die geringeren Transaktionskosten und die daraus resultierenden Prozesse der Interaktionsverdichtung angesehen werden, die mit der gemeinsamen Haushaltsgründung fast zwangsläufig einhergehen; Vaskovics und Rupp sprechen diesbezüglich von einem „schleichenden Prozess“ (Vaskovics/Rupp 1995: 45). Ereignisse wie das Finden und das gemeinsame Einrichten der Wohnung, die Entstehung von „Paarritualen“ (z.B. gemeinsames Frühstück) sowie die Abstimmung der partnerschaftlichen häuslichen Arbeitsteilung können zudem zur Entstehung einer Paaridentität („Wir-Gefühl“) führen, die den emotionalen Nutzen aus der Beziehung steigert. Insofern kann vermutet werden, dass nichteheliches Zusammenleben bereits einen deutlich höheren sozio-emotionalen Nutzen bietet als LAT, sodass der „Grenznutzen“ der Heirat im Hinblick auf diesen Aspekt abnimmt:

-
- 6 Es ist allerdings vor dem Hintergrund der jüngsten Änderungen z.B. des Kindschafts- und Scheidungsrechts davon auszugehen, dass die Absicherungsfunktion nichtehelicher Lebensgemeinschaften zunimmt – auch wenn ihre völlige rechtliche Gleichstellung mit der Ehe vom Gesetzgeber (noch) nicht intendiert ist.
- 7 Die Trauung kann in diesem Zusammenhang für die Partner einen Statusübergang darstellen, mit dem Ziel, die Beziehung symbolisch zu festigen. Schneider und Rüger (2007: 136) formulieren hierzu eine „Bekräftigungsthese“: „Wenn Paare gewahr werden, dass ihre Beziehung an Intensität verliert, kommt es zur Trennung, oder sie suchen nach einem neuen Sinn und vermeintlich verlässlichen Grundlagen, wozu sie sich der Heirat bedienen.“

Hypothese 1: *Personen in der Lebensform NEL erwarten – im Vergleich zu Personen in LAT-Beziehungen – einen vergleichsweise geringeren aus der Partnerschaft resultierenden sozio-emotionalen Heiratsnutzen.*

2b) Sozio-emotionaler Nutzen (Unterstützung durch Netzwerke)

Die Entscheidung zur Eheschließung kann weiterhin durch Verhaltenserwartungen aus dem näheren sozialen Umfeld begünstigt werden. Konkret können durch ein normkonformes Verhalten mögliche Konflikte oder Stigmatisierungen vermieden bzw. soziale Anerkennung gewonnen werden (vgl. Schneider/Rüger 2007: 144). Allerdings hat bereits das Zusammenziehen mit dem Partner einen Symbolcharakter, da es als nach außen sichtbares Anzeichen der Ernsthaftigkeit der Beziehung bzw. als Vorstufe zur Eheschließung interpretiert werden kann (von den Partnern selbst und von Netzwerkpersonen). Durch eine zunehmende Verflechtung der sozialen Netzwerke beider Partner (allein durch den gemeinsamen Wohnort) und eine Selektion von Netzwerkpersonen, die für *beide* Partner als „strong ties“ fungieren, sollte die Unterstützung durch Netzwerke bei NEL-Paaren zudem tendenziell stärker sein als bei LAT-Paaren. Der sozio-emotionale „Zusatznutzen“ durch eine soziale Bekräftigung der Heiratsabsicht sollte demnach bei NEL-Paaren geringer ausfallen. Hieraus folgt:

Hypothese 2: *Personen in der Lebensform NEL erwarten – im Vergleich zu Personen in LAT-Beziehungen – einen vergleichsweise geringeren aus sozialen Netzwerken resultierenden sozio-emotionalen Heiratsnutzen.*

2.2 Heiratskostenaspekte in Abhängigkeit vom vorehelichen Institutionalisierungsgrad

Im vorangehenden Abschnitt wurde erläutert, warum der subjektiv wahrgenommene Heiratsnutzen – und damit auch die Heiratsintention – insgesamt geringer ausfallen sollte, wenn das Paar bereits einen gemeinsamen Haushalt gegründet hat (NEL als Alternative). Den folgenden Ausführungen liegt hingegen die allgemeine Annahme zugrunde, dass die nichteheliche Kohabitation zusätzlich auch die Heiratskosten senkt (NEL als Vorstufe). Die Heiratskostenaspekte werden in drei Dimensionen eingeteilt: 1) Netzwerkopposition, 2) Verlust persönlicher Freiheit und 3) Unsicherheit bezüglich des Partners.

1) Netzwerkopposition

Die Heiratskosten sollten umso mehr steigen, je stärker Netzwerkpersonen – z.B. Eltern oder Mitglieder der Peergruppe – gegen den Fortbestand der Partnerschaft opponieren. Johnson und Milardo (1984) gehen hier in Anlehnung an Slater (1963) davon aus, dass der Zusammenhang zwischen der Interaktionsverdichtung der Partner und der Netzwerkopposition einen nichtlinearen Charakter hat. Der Aufbau einer engen Allianz zwischen den Partnern hat hiernach zur Folge, dass sich das soziale Umfeld vernachlässigt fühlt und infolgedessen gegen die Beziehung opponiert. Die Verstärkung der Beziehung zwischen den Partnern führt deshalb zu einer Vernachlässigung der sozialen Netzwerke, weil die Partner zunehmend mehr Ressourcen in ihre dyadische Beziehung investieren, die vorher auch den Netzwerkpersonen zur Verfügung standen (z.B. Zeit und Zuneigung, siehe z.B. Scharf/Mayselless 2001). Hierdurch kann u.a. Eifersucht unter den gleichgeschlechtlichen Freunden entstehen (Roth et al. 2001).

Johnson und Milardo (1984) nehmen weiterhin an, dass signifikante Andere ihre Opposition gegen die Partnerschaft in der Regel aufgeben, wenn der Institutionalisierungsprozess der Partnerschaft „unausweichlich“ voranschreitet; ein entsprechendes Signal der „Irreversibilität“ der Partnerschaftsentwicklung liegt z.B. dann vor, wenn die Partner einen gemeinsamen Haushalt gründen. Netzwerkpersonen sollten in dieser Situation versuchen, ihren persönlichen Verlust durch eine soziale Integration des Paares zu minimieren. Die Haushaltsgründung ist damit möglicherweise ein Wendepunkt, bei dem die Opposition sozialer Netzwerke in ein Integrationsverhalten umschlägt.

Hypothese 3: Personen in der Lebensform NEL schätzen – im Vergleich zu solchen in der Lebensform LAT – Heiratskosten, die aus der Netzwerkopposition gegen die Eheschließung (von Seiten der Eltern oder Freunde) erwachsen, als geringer ein.

2) Verlust persönlicher Autonomie

Die Eheschließung wird weiterhin für diejenigen Personen Kosten verursachen, die Wert auf ihren persönlichen Freiraum legen bzw. (noch) nicht bereit sind, ein gewisses Verbindlichkeitsniveau zu überschreiten. Viele Jugendliche haben in der frühen Adoleszenz nur kurze Beziehungen, bei denen selten eine ausgeprägte Bindung zwischen den Partnern entsteht (Freiring 1996). Wesentliche Kennzeichen von Liebesbeziehungen im Jugendalter sind dementsprechend vor allem Leidenschaft und körperliche Anziehung sowie das Bedürfnis, durch die Partnerschaft den eigenen Status innerhalb der Peergruppe zu erhöhen (z.B. Furman/Wehner 1997). Eine enge Bindung an den Partner, wie sie eine Ehe mit sich bringt, ist für Jugendliche dagegen nicht nur von geringer Bedeutung, sondern wird sogar als Nachteil erlebt (Freiring 1996). Mit zunehmendem Alter steigt die Bindungsbereitschaft und überwiegt irgendwann die wahrgenommenen Kosten durch Autonomieverluste (vgl. Walper 2003: 5).

Die Gründung eines gemeinsamen Haushaltes kann in diesem Zusammenhang als Ereignis gewertet werden, das die Phase der „ersten Gehversuche“ in Bezug auf Partnerschaften beendet und den Beginn der Entwicklung einer reiferen, längerfristigen Beziehung und letztlich auch die Festlegung auf einen Partner markiert. Vor diesem Hintergrund gehen wir davon aus, dass mit dem Übergang in eine nichteheliche Lebensgemeinschaft ein Verlust von Autonomie stattfindet, der eine Art Vorgriff auf die Ehe darstellt. Es wird daher folgende Hypothese formuliert:

Hypothese 4: Personen in der Lebensform NEL erwarten – im Vergleich zu Personen in LAT-Beziehungen – geringere Heiratskosten durch einen Verlust an Autonomie.

3) Informationsunsicherheit hinsichtlich des Partners

Ein schwer zu kalkulierender Kostenaspekt der Eheschließung betrifft schließlich die Unsicherheit darüber, ob der gegenwärtige Partner „der richtige“ ist. Eine zentrale Funktion der vorehelichen Kohabitation besteht daher darin, das Zusammenleben mit dem Partner in einer „Probeehe“ zu testen und dadurch die verfügbaren Informationen über den Partner zu vervollständigen (Brüderl/Kalter 2001). Im Rahmen der „Weeding-Hypothese“ wird in diesem Zusammenhang angenommen, dass nicht funktionierende Partnerschaften während der Kohabitation, also noch vor einer Heirat, beendet werden (Klijzing 1992). Die Kohabitation verlängert – aus familienökonomischer Sicht – die Suchzeit auf dem Heiratsmarkt, verbessert damit die Marktkenntnis und trägt zum Abbau unrealistischer

Erwartungen bei. Insgesamt sollte dies der Wahl eines passenden Partners und damit auch der späteren Beziehungsqualität bzw. Beziehungsstabilität zugute kommen (Oppenheimer 1988; Klein 1999b).⁸

Die Eheschließung bedeutet nun de facto einen Abbruch der Partnersuche, da im Fall eines „schlechten“ Match danach eine Trennung nur unter Inkaufnahme von Verlusten realisierbar ist. Angesichts der höheren Transparenz der Merkmale des Partners sollten nichtehelich kohabitierende Paare diese Unsicherheitskosten allerdings schwächer wahrnehmen als LAT-Paare. Dieser Aspekt wird unseres Wissens in diesem Beitrag zum ersten Mal explizit getestet. Daraus ergibt sich die folgende Annahme:

Hypothese 5: Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften schätzen – im Vergleich zu Personen in der Lebensform LAT – Heiratskosten, die aus der Informationsunsicherheit hinsichtlich des Partners resultieren, geringer ein.

Schließlich erwarten wir, dass die subjektiven Heiratskosten- und -nutzenaspekte mit der Heiratsintention zusammenhängen:

Hypothese 6: Antizipierte Heiratskosten gehen mit einer niedrigeren, erwarteter Heiratsnutzen mit einer erhöhten subjektiven Heiratswahrscheinlichkeit einher.

3. Daten, Methode und Operationalisierung der Variablen

Die Datenbasis der folgenden Analysen ist eine im Winter 2007 durchgeführte Befragung von ledigen Personen deutscher Staatsangehörigkeit mit Haupt- oder Nebenwohnsitz in Chemnitz. In einem Methodenmix aus schriftlicher und telefonischer Befragung wurden mittels standardisiertem Fragebogen und CATI insgesamt 901 Personen befragt, die zuvor mit Hilfe einer Einwohnermelderegisterstichprobe zufällig gezogen wurden (Stichprobengröße $n = 2500$). Die Ausschöpfungsquote betrug insgesamt 47,7%.

Zum Zeitpunkt der Befragung waren die Personen zwischen 16 und 35 Jahren alt. 70,8% ($n = 603$) der Befragten haben zum Befragungszeitpunkt einen Partner. Von diesen leben $n = 319$ (52,9%) in der Lebensform „living apart together“ (LAT), während $n = 284$ (47,1%) nichtehelich mit ihrem Partner in einem Haushalt kohabitieren (NEL).

Unabhängige und abhängige Variable: Die primäre abhängige Variable ist die subjektiv eingeschätzte Heiratswahrscheinlichkeit. Die Befragten wurden hier gebeten einzuschätzen, wie wahrscheinlich es ist, dass sie ihren gegenwärtigen Partner in den nächsten zwei Jahren heiraten (0% = überhaupt nicht wahrscheinlich, 100% = sehr wahrscheinlich). Brown (2000) sowie McGinnis (2003) finden starke positive Zusammenhänge zwischen

⁸ Die empirischen Befunde scheinen diese „Informationsvervollständigungs“-These zunächst nicht zu stützen. So mag auf den ersten Blick das Ergebnis einiger Forschungsarbeiten überraschen, wonach Paare, die bereits vor der Ehe zusammengelebt haben, ein *höheres* Scheidungsrisiko aufweisen als Paare, die direkt geheiratet haben (z.B. DeMaris/Rao 1992). Verschiedene Arbeiten zeigen jedoch, dass dies primär auf Selbstselektionseffekte zurückzuführen ist (vgl. im Überblick: Hall 1999). Einige neuere Studien deuten außerdem darauf hin, dass (statt des bloßen Vorliegens) die *Dauer* der vorehelichen Kohabitation durchaus einen erwartungsgemäßen stabilisierenden Effekt auf die spätere Ehe ausübt, wenn für Selbstselektion kontrolliert wird (Brüderl et al. 1999; Niephaus 1999).

einer ähnlich operationalisierten subjektiven Heiratsabsicht und der Übergangsrate in die erste Ehe, die im Rahmen von Ereignisanalysen berechnet wurde. Diese Befunde sprechen für die prädiktive Validität dieses Konstruktes.

Modelliert wird zunächst der direkte Effekt der Kohabitation auf die Heiratswahrscheinlichkeit, wobei der Kohabitationsstatus über die Frage „Wohnen Sie mit Ihrem gegenwärtigen Partner zusammen?“ (ja/nein) operationalisiert wurde. Personen, die nicht mit ihren Partnern kohabitieren, werden der Lebensform LAT zugeordnet.⁹

Das hauptsächliche Interesse der Analysen richtet sich auf die über die Heiratskosten bzw. den Heiratsnutzen vermittelten Effekte der Kohabitation auf die Heiratsabsicht. Die zu untersuchende Fragestellung lautet dabei, welchen Effekt das voreheliche Zusammenleben auf die jeweiligen Kosten- oder Nutzenfaktoren hat und in welchem Zusammenhang diese mit der Heiratswahrscheinlichkeit stehen.

Tabelle 1: Operationalisierung der Nutzen- und Kostenaspekte einer Eheschließung

<i>Für eine Heirat spricht, dass ...</i>	
Ökonomische Absicherung	... die Partner finanziell besser abgesichert sind ... die Partner im Alter besser abgesichert sind ... Kinder finanziell besser abgesichert sind ... die Ehe finanzielle Vorteile (z.B. Steuern, Versicherung) für die Partner hat
Partnerbezogene emotionale Sicherheit	... man sich in der Ehe sicherer und stärker geborgen fühlt ... die Partner fester aneinander gebunden sind ... die Liebe bekräftigt werden kann
Netzwerksupport	... die Eltern oder Freunde für eine Heirat sind
<i>Gegen eine Heirat spricht, dass...</i>	
Partnerbezogene Informationsunsicherheit	...die Partner noch nicht lange genug zusammen sind ...die Partner sich noch nicht gut genug kennen ...man sich noch nicht reif genug fühlt
Verlust persönlicher Autonomie	... die Partner einander weniger stark verpflichtet sind ... die Partner unabhängiger sein können als in einer Ehe ... eine Trennung weniger folgenreich wäre
Verlust sexueller Freiheit	... die Ehe mehr sexuelle Treue erfordert
Netzwerkopposition	...die Eltern oder Freunde gegen eine Heirat sind

Anmerkung: Antwortformat 5-fach abgestuft: stimmt voll und ganz bis stimmt ganz und gar nicht

Quelle: TIP-Erhebung, Chemnitz 2007

In Tabelle 1 ist zunächst dargestellt, wie die Kosten- und Nutzenaspekte operationalisiert werden. Der erste Aspekt bezieht sich nach der Terminologie von Schneider und Rüger (2007: 143f.) auf nutzenorientierte Heiratsmotive. Die zugehörige Skala „ökonomische

9 Zur Klassifizierung der Lebensformen sind alternative Operationalisierungen denkbar (z.B. die Anzahl der gemeinsamen Übernachtungen pro Woche). Es wurden zusätzliche Analysen durchgeführt, bei denen auch diejenigen Personen als kohabitierend klassifiziert wurden, die mehr als zweimal in der Woche mit ihrem Partner gemeinsam in einer Wohnung übernachteten. Hierbei konnten die im Folgenden dargestellten Befunde jedoch weitgehend nicht repliziert werden. Offenkundig ist also entscheidend, ob sich ein Paar selbst als Haushaltsgemeinschaft definiert.

Absicherung“ (vier Items) misst, inwieweit von einer Eheschließung eine finanzielle Absicherung oder andere finanzielle Vorteile erwartet werden (Cronbachs Alpha: .85). Die zweite Nutzenkomponente (partnerbezogene emotionale Sicherheit) entspricht den emotionalen Heiratsmotiven bei Schneider und Rüger (2007), z.B. im Sinne einer Bekräftigung der Liebe oder eines subjektiven Gefühls der Sicherheit und Geborgenheit (vgl. auch Davis 1986; Spanier/Bowman 1978). Cronbachs Alpha beträgt für diese Skala, die drei Items umfasst, .76. Die dritte Dimension des Heiratsnutzens wird über einen Indikator zum Netzwerksupport operationalisiert.

Auf der anderen Seite können Netzwerkpersonen einer geplanten Heirat auch explizit ablehnend gegenüberstehen (Netzwerkopposition, vgl. Parks et al. 1983; Johnson/Milardo 1984). Ein weiterer Kostenfaktor, der sich auf die Informationsunsicherheit im Hinblick auf den derzeitigen Partner bezieht, wird mittels einer 3-Item-Skala gemessen (Alpha: .78). Schließlich erfassen die hier berücksichtigten Kostenfaktoren der Ehe Aspekte, die den Verlust persönlicher Autonomie (drei Items; Alpha: .71) bzw. der sexuellen Freiheit betreffen.¹⁰

Mittels einer konfirmatorischen Faktorenanalyse (Reinecke 2005: 134ff.) wurde die empirische Dimensionalität der Kosten- und Nutzenaspekte im Detail überprüft (Output nicht dargestellt). Zunächst wurde das von uns präferierte mehrdimensionale Messmodell analysiert, in dem die in Tabelle 1 wiedergegebene Zuordnung von Indikatoren zu den einzelnen Kosten- und Nutzenaspekten unverändert getestet wurde (also ohne Aggregation zu zwei Gesamtscores zu Heiratskosten bzw. -nutzen). Das Messmodell zeigt insgesamt eine zufrieden stellende Übereinstimmung mit den Daten (Modell 1, nicht abgebildet; $\chi^2_{[df=86; N=590]}=168,46$, $p=0,000$; CFI=0,968; TLI=0,955; RMSEA=0,040, SRMR=0,040).¹¹ Dieser Befund kann dahingehend interpretiert werden, dass die eingesetzten Indikatoren die modellierten Konstrukte klar (alle Faktorladungen signifikant mit $p<.001$) und eindeutig (d.h. ohne bedeutsame Nebenladungen) repräsentieren.

Durch eine zusätzliche konfirmatorische Faktorenanalyse zweiter Ordnung (Modell 2, nicht abgebildet) wurde getestet, ob sich die in Tabelle 1 ausgewiesenen Einzelkomponenten zu einer Kosten- und einer Nutzendimension zusammenfassen lassen. Das entsprechende Faktorenmodell zeigt jedoch einen unzureichenden Fit ($\chi^2_{[df=99; N=590]}=345,21$, $p=0,000$; CFI=0,904; TLI=0,883; RMSEA=0,065; SRMR=0,099), der auch signifikant schlechter ausfällt als der des ursprünglichen Messmodells (Differenzentest zwischen Modell 1 und 2: $\Delta\chi^2_{[df=13]}=201,01$, $p=0,000$).¹² Nach diesem Ergebnis ist die Aggregation der einzelnen Kosten- bzw. Nutzenkomponenten zu zwei Summenscores, wie sie McGinnis (2003) vornimmt, methodisch nicht unproblematisch. Die der Heiratsentscheidung zu-

10 Im Hinblick auf die vermittelten Effekte der Kohabitation besteht auch weiterhin Forschungsbedarf, da in der vorliegenden Arbeit einige Kosten- und Nutzenaspekte einer Eheschließung nicht berücksichtigt werden konnten (vgl. McGinnis 2003; Schneider/Rüger 2007).

11 Obgleich in unserem Fall der signifikante χ^2 -Wert auf bedeutsame Abweichungen zwischen Modell und Daten verweist, zeigen die übrigen Fitindizes einen sehr guten Fit an. Zur Berücksichtigung der Tatsache, dass χ^2 von der Stichprobengröße abhängt, wird in der Literatur das Alternativkriterium $\chi^2 < 2 * df$ vorgeschlagen (z.B. Schermelleh-Engel et al. 2003: 33), welches in unserem Fall erfüllt ist (zur Interpretation des Modellfits siehe Hu/Bentler 1995: 81; Reinecke 2005: 118).

12 Da eine robuste ML-Schätzung mit adjustierten χ^2 -Prüfgrößen eingesetzt wurde, musste der Modellvergleich mittels eines Reskalierungsfaktors vorgenommen werden. Aus diesem Grund weicht der angegebene $\Delta\chi^2$ -Wert von der einfachen Differenz der beiden Einzel- χ^2 -Werte ab.

grundlegenden Motive sind durchaus vielfältig und lassen sich nicht auf einer Dimension abbilden.

Method: Um modellieren zu können, wie die nichteheliche Lebensform, vermittelt über Heiratskosten- und Nutzenaspekte, auf die Heiratsabsicht wirkt, werden Pfadmodelle berechnet (im Überblick z.B. Reinecke 2005). Diese werden auf Basis von Varianz-Kovarianzmatrizen mittels der Maximum-Likelihood-Methode geschätzt, wobei die Standardfehler der Koeffizienten durch das so genannte „Bootstrapping“ bestimmt werden (z.B. Efron/Tibshirani 1993).¹³ Berichtet werden im Rahmen der Pfadmodelle unstandardisierte Regressionskoeffizienten (B). Der Modellfit kann nur bei nicht saturierten Modellen ($df > 0$) ausgewiesen werden.

In die Analysen fließen als Kontrollvariablen¹⁴ das Geschlecht, die Partnerschaftsdauer (in Monaten) und das Vorhandensein bzw. die Anzahl der im Haushalt der Zielperson lebenden (leiblichen und nicht leiblichen) Kinder ein. Insbesondere die kindorientierte Eheschließung zählt nach wie vor zu den zentralen Heiratsmotiven (Nave-Herz 1997; Schneider/Rüger 2007). Personen in den Lebensformen LAT und NEL unterscheiden sich jedoch deutlich im Hinblick auf die im Haushalt lebenden Kinder (siehe unten). Würde die Anzahl der Kinder nicht als Kontrollvariable berücksichtigt, könnte entsprechend die Alternativerklärung nicht ausgeschlossen werden, dass Effekte der Lebensform eigentlich auf die Drittvariable „Kind“ zurückzuführen sind.

4. Empirische Ergebnisse

4.1 Deskriptive Ergebnisse

Zunächst werden die Anteils- und Mittelwerte¹⁵ der einzelnen Variablen und Konstrukte betrachtet. Die Darstellung erfolgt getrennt für die beiden Lebensformen LAT und NEL sowie nach Geschlecht. Im ersten Teil der Tabelle 2 werden zunächst zentrale soziodemografische und partnerschaftsbezogene Merkmale ausgewiesen, bezüglich derer sich die Personen in den Lebensformen LAT und NEL erwartungsgemäß unterscheiden.

Im zweiten Teil von Tabelle 2 werden die Mittelwerte der Heiratsnutzen- und Kostendimensionen dargestellt. In Bezug auf die Heiratskostenaspekte fallen die deskriptiven Ergebnisse im Hinblick auf die Dimensionen Verlust sexueller Freiheit, Verlust persönlicher Freiheit und Netzwerkopposition (hier vor allem bei Männern) hypothesenkonform aus. Bei den genannten Komponenten nehmen die Befragten in der Lebensform LAT jeweils *höhere* Heiratskosten wahr als Personen in NEL. Dies spricht für den Vorstufencharakter der Kohabitation im Sinne einer Reduktion der Heiratskosten. Im Hinblick auf die Heiratskostendimension „Informationsunsicherheit bezüglich Partner“ zeigen sich allerdings kaum Mittelwertdifferenzen zwischen den Lebensformen.

13 Alle Analysen wurden mit dem Programm „MPlus“ (Muthén/Muthén 2007) durchgeführt.

14 Wenn im Folgenden von „kontrolliert“ die Rede ist, heißt das, dass die jeweilige Kontrollvariable auf alle Modellvariablen wirkt.

15 Auf Signifikanztests von Mittelwertunterschieden wird an dieser Stelle verzichtet (siehe dazu die multivariaten Pfadmodelle in Abschnitt 4.2).

Tabelle 2: Deskriptive Statistik (Anteils- bzw. Mittelwerte)

	Männer		Frauen	
	LAT	NEL	LAT	NEL
	Mittel- oder Anteilswerte			
Alter (Jahre)	21,9	28,4	22,1	26,8
Partnerschaftsdauer (Monate)	18,9	61,7	23,1	64,2
Heiratswahrscheinlichkeit (%)	22,4	48,2	25,3	46,4
Keine Kinder im Haushalt (%)	97,1	70,6	93,3	64,8
Ein Kind (%)	2,9	20,2	4,5	27,3
Zwei oder mehr Kinder (%)	0,0	9,2	2,2	7,9
In Schul-, Berufsausbildung (%)	43,5	11,5	47,1	16,1
<i>Heiratsnutzenaspekte (hoher Wert = hoher Nutzen)</i>				
Emotionale Sicherheit	3,7	3,3	3,5	3,2
Ökonomische Absicherung	3,7	3,6	3,7	3,7
Netzwerksupport	2,5	2,1	2,4	2,1
<i>Heiratskostenaspekte (hoher Wert = hohe Kosten)</i>				
Unsicherheit bezüglich Partner	1,9	1,9	1,9	1,8
Verlust persönlicher Freiheit	3,0	2,8	3,0	2,7
Verlust sexueller Freiheit	2,4	2,0	2,5	2,1
Netzwerkopposition	2,0	1,6	1,8	1,7
n	140	119	179	165

Quelle: TIP-Erhebung, Chemnitz 2007 (eigene Berechnungen)

Bei den Nutzenaspekten entsprechen die Befunde in Bezug auf die Komponente „partnerbezogene emotionale Sicherheit“ den Hypothesen. Personen in der Vergleichsgruppe LAT nehmen hier einen *höheren* Heiratsnutzen wahr als die bereits kohabitierenden Befragten. Hinsichtlich der ökonomischen Absicherungsfunktion bestehen zwischen den Gruppen NEL und LAT so gut wie keine Mittelwertdifferenzen. Personen in NEL erfahren ferner nicht nur weniger Netzwerkopposition, sondern auch weniger Netzwerksupport als Personen mit getrennten Haushalten.

Die Aussagekraft der deskriptiven Analysen ist – abgesehen von der Frage nach der Signifikanz der Mittelwertunterschiede – insgesamt deshalb limitiert, da der Einfluss der Partnerschaftsdauer bzw. der Kinderzahl nicht von den Effekten der Lebensform separiert werden kann. Daher werden im Folgenden multivariate Pfadmodelle geschätzt.

4.2 Vermittelte Effekte der Kohabitation auf die Heiratsabsicht

In Abbildung 1 ist ein Pfadmodell dargestellt, in das insgesamt fünf Kosten- bzw. Nutzenaspekte gleichzeitig eingehen. Die grafische Darstellung beschränkt sich hier auf den direkten und die indirekten (d.h. die über Kosten- und Nutzenaspekte vermittelten) Einflüsse der Kohabitation auf die Heiratsabsicht. Der vollständige Modelloutput ist im Anhang (Tabelle 3) ausgewiesen.

Die zentrale abhängige Variable ist die subjektiv eingeschätzte Heiratswahrscheinlichkeit, im Modell visualisiert rechts außen, auf die direkt oder indirekt alle Pfeile des Pfadmodells zeigen. Links im Modell ist die dichotome Variable LAT/NEL eingezeichnet.

net. Bei den Personen in NEL handelt es sich um die Untersuchungs- und bei den Personen in LAT um die Referenzgruppe. Die Kohabitation übt zunächst einen direkten Effekt auf die Heiratsabsicht aus. Personen, die bereits mit ihrem Partner zusammenwohnen, weisen gegenüber nicht kohabitierenden Personen mit Partner eine durchschnittlich um gut 17 Prozentpunkte erhöhte subjektive Heiratswahrscheinlichkeit auf.¹⁶

Zunächst wird auf die im Modell enthaltenen Kostenkomponenten eingegangen. Im Theorieteil wurde in Hypothese 3 erwartet, dass bereits kohabitierende Personen sich weniger häufig einer Opposition durch Netzwerkpersonen (Freunde oder Eltern) gegen die Partnerschaft bzw. eine Heirat gegenübersehen. Diese Annahme wird durch die Analyse unterstützt: Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften berichten in signifikant geringerem Maße, dass Eltern oder Freunde gegen eine Heirat sind ($B = -.20$). Je stärker jedoch eine Netzwerkopposition wahrgenommen wird, desto niedriger liegt die subjektive Heiratswahrscheinlichkeit ($B = -2.59$). Im Falle einer Verfestigung der Partnerschaft durch eine Haushaltsgründung neigen Netzwerkpersonen also offensichtlich dazu, bestehende Vorbehalte gegenüber einer Eheschließung aufzugeben (Vorstufenfunktion der NEL).¹⁷

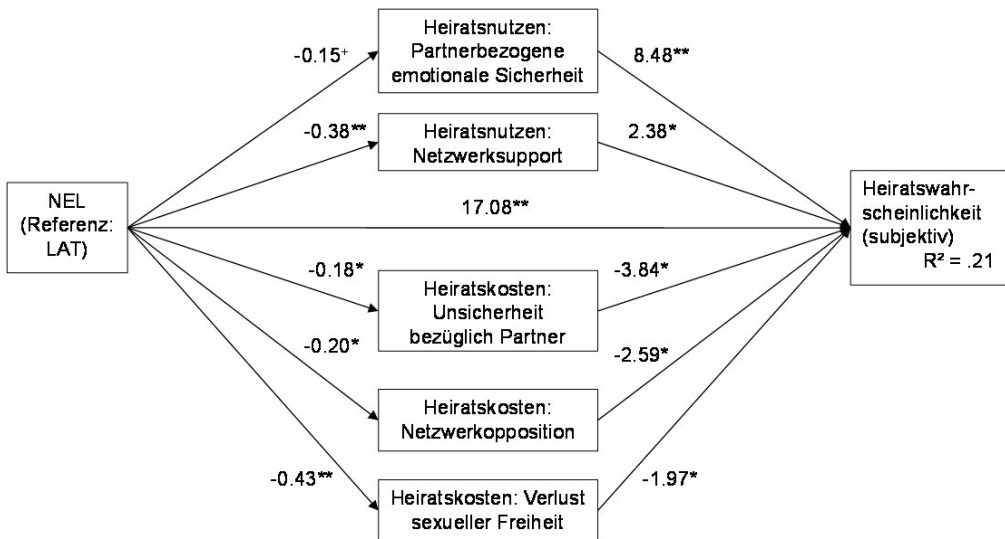
Ein weiterer im Modell berücksichtigter Kostenaspekt bezieht sich auf die Erwartung unverheirateter Personen, im Falle einer Eheschließung ihre sexuelle Freiheit zu verlieren, da in einer Ehe üblicherweise sexuelle Exklusivität erwartet wird. Auch diese Heiratskosten werden gemäß Hypothese 4 durch die nichteheliche Kohabitation reduziert ($B = -.43$) und stehen selbst gleichzeitig in einem signifikanten negativen Zusammenhang mit der Heiratsabsicht ($B = -1.97$). Personen, die bereits mit ihrem Partner kohabitieren, beenden also möglicherweise ihre sexuelle Experimentierphase und gehen in diesem Bereich eine gewisse Verpflichtung ihrem Partner gegenüber ein – ein weiterer Hinweis auf den Vorstufencharakter der NEL.

Gemäß Hypothese 5 sollten Personen in NEL auch eine niedrigere Informationsunsicherheit bezüglich des Partners wahrnehmen als Personen in der Lebensform LAT. Die Ergebnisse bestätigen diese Annahme: Von der Kohabitation geht ein positiver indirekter Effekt auf die Heiratsabsicht aus, der sich über den Heiratskostenaspekt „Unsicherheit bezüglich des Partners“ vermittelt. Personen in einer NEL sind sich weniger unsicher als Personen in der Lebensform LAT, ihren Partner im Hinblick auf eine Eheschließung gut genug zu kennen bzw. schon lange genug mit ihm zusammen zu sein ($B = -0.18$). Mit steigender Unsicherheit im Hinblick auf den Partner verringert sich zudem die subjektive Heiratswahrscheinlichkeit signifikant (um durchschnittlich 3,8% bei Erhöhung der Skala um eine Einheit).

16 Bei der gewählten Modellspezifikation ist nicht zu erwarten, dass dieser direkte NEL-Effekt insignifikant wird, da von der NEL sowohl positive als auch negative indirekte Effekte ausgehen (Mediation und Suppression). Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass der Haupteffekt der Kohabitation auf die Selektivität der Gruppen (LAT/NEL) zurückzuführen ist, da sich Personen mit starkem Heiratsmotiv in die NEL selektieren.

17 Hier könnte es sich allerdings auch um einen Selektionseffekt handeln, da Partnerschaften, die einer Netzwerkopposition ausgesetzt sind, schon im Vorfeld der Haushaltsgründung enden.

Abbildung 1: Pfadmodell zum direkten Effekt und vermittelten Einflüssen der Kohabitation auf die Heiratswahrscheinlichkeit



Anmerkungen: n = 555; ⁺ p ≤ .10; * p ≤ .05; ** p ≤ .01; saturiertes Modell; kontrolliert sind Partnerschaftsdauer, Anzahl der Kinder und Geschlecht; Zusammenhänge zwischen den Kosten- und Nutzenaspekten wurden zugelassen, sind aber nicht eingezeichnet (vollständiger Output siehe Tabelle 3 im Anhang)

Quelle: TIP-Erhebung, Chemnitz 2007 (eigene Berechnungen)

Die Kohabitation scheint also im Sinne der „Weeding-Hypothese“ in der Tat dazu geeignet zu sein, das Zusammenleben mit dem Partner zu testen und entsprechende Informationen zu vervollständigen. Diese Befunde unterstreichen wiederum den transitorischen Charakter der nichtehelichen Lebensgemeinschaft, die an dieser Stelle offensichtlich mit einer Reduktion der Heiratskosten einhergeht.¹⁸

Neben den bisher diskutierten Kostenaspekten sind verschiedene Nutzendimensionen einer Eheschließung Gegenstand der Analyse. Gemäß Hypothese 2 zeigt sich empirisch, dass die Netzwerke von Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften eine Heirat in verringertem Maße unterstützen bzw. erwarten (B = -0.38). Mit steigendem Netzwerksupport nimmt jedoch die subjektive Heiratsabsicht zu (B = 2.38). Netzwerkeinflüsse sind damit bei nichtehelich kohabitierenden Personen insgesamt – d.h. in positiver wie negativer Hinsicht – schwächer ausgeprägt als bei Personen in LAT-Beziehungen.

18 Auch die direkten und vermittelten Einflüsse des Kostenaspekts „Verlust persönlicher Autonomie“ wurden empirisch untersucht. Die Analysen zeigen jedoch, dass dieser Kostenfaktor multivariat in keinem signifikanten Zusammenhang mit der gewählten Lebensform (NEL/LAT) steht (Modell nicht dargestellt). Aus diesem Grund fließt dieses Merkmal nicht in das in Abbildung 1 dargestellte Pfadmodell ein. Weiterführende Analysen verweisen hier allerdings auf einen negativen Effekt des Lebensalters: Ältere Personen erwarten – auch unter Kontrolle der Partnerschaftsdauer und der Lebensform – in geringerem Ausmaß als jüngere, im Falle einer Eheschließung ihren persönlichen Freiraum einzubüßen (Beta = -.12, p < .05, Modell nicht dargestellt).

Darüber hinaus wurde postuliert, dass sich die Kohabitation über einen geringeren emotionalen Nutzen der Eheschließung negativ auf die Heiratsabsicht auswirkt. Der entsprechende Pfadkoeffizient ($B = -0.15$) wird jedoch nur auf dem 10%-Niveau signifikant. Allerdings ist auf Zusammenhänge zwischen den im Modell berücksichtigten Kosten- und Nutzenkomponenten hinzuweisen: Aus dem vollständigen Output zum Pfadmodell (siehe Tabelle 3 im Anhang) geht hervor, dass die Kostenkomponente „Unsicherheit bezüglich des Partners“ relativ stark negativ mit der partnerbezogenen emotionalen Nutzenkomponente korreliert. Wer sich also nicht sicher ist, seinen Partner gut zu kennen, erwartet auch in verringertem Maße einen Heiratsnutzen durch eine Verstetigung der emotionalen Bindung. Die Informationsunsicherheit im Hinblick auf Eigenschaften des Partners reduziert sich jedoch durch die Kohabitation (s.o.). Hypothese 1, die einen Alternativencharakter der NEL impliziert, wird somit nur tendenziell unterstützt.¹⁹

Zusätzlich ist zu bedenken, dass die Anzahl der Kinder im Haushalt und die Lebensform positiv korreliert sind. Weiterführende Analysen ergeben, dass sich auch mit steigender Kinderzahl die Erwartung einer Person signifikant reduziert, die emotionale Bindung an den Partner durch eine Eheschließung (weiter) stärken zu können (Modell nicht dargestellt); deshalb wird der Effekt der Kohabitation auf den emotionalen Heiratsnutzen zum Teil durch die Kinderzahl erklärt. Kinder können als bindende Investition in die (nichteheliche) Partnerschaft folglich das emotionale „Band“ der Partner stärken und reduzieren dadurch offenbar teilweise den zusätzlichen emotionalen Heiratsnutzen.

Der letzte hier berücksichtigte Nutzenaspekt, „ökonomische Absicherung“, steht erwartungsgemäß – bivariat wie multivariat – in keinem signifikanten Zusammenhang mit der Lebensform (NEL/LAT) oder der Kinderzahl im Haushalt und wurde deshalb nicht in die Modelle aufgenommen. Offensichtlich bietet die nichteheliche Lebensgemeinschaft hinsichtlich der ökonomischen Absicherung kaum Nutzensvorteile gegenüber der LAT und tangiert – zumindest auf diesem Weg – die Heiratsintention nicht. Allerdings zeigt sich in einer entsprechenden separaten Pfadanalyse, dass dieser Nutzenfaktor die subjektive Heiratswahrscheinlichkeit steigert (Modell nicht abgebildet): Erhöht sich die Skala „ökonomische Absicherung“ um eine Einheit, steigt die subjektive Heiratswahrscheinlichkeit um 4,3%.

Hinsichtlich Hypothese 6 lässt sich schließlich festhalten, dass sämtliche der untersuchten Kosten- und Nutzenaspekte in der erwarteten Weise auf die subjektive Heiratswahrscheinlichkeit wirken (negativer Effekt von Kosten, positiver von Nutzenaspekten). Den stärksten Einfluss übt dabei der Nutzenaspekt „partnerbezogene emotionale Sicherheit“ aus (vgl. die Befunde von Spanier/Bowman 1978 und Davis 1986).

4.3 Moderierte Effekte der Kohabitation auf die Heiratsabsicht

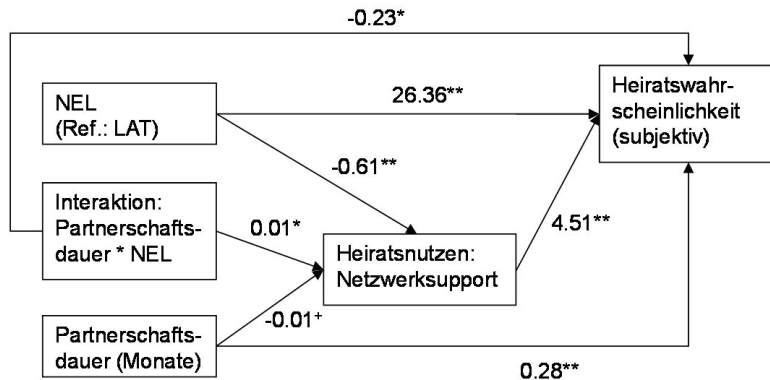
In den bisherigen Analysen wurden die Gruppen der Personen mit und ohne gemeinsamen Haushalt als homogen betrachtet. Zusätzlich wurden Analysen durchgeführt, in denen mittels Interaktionseffekten innerhalb dieser Gruppen Effektunterschiede in Abhängigkeit von Drittvariablen (u.a. Kinder, Partnerschaftsdauer, Ausbildungsstatus, Scheidung der

19 In Mplus besteht die Möglichkeit, indirekte Effekte (hier: NEL → Kosten- bzw. Nutzenfaktor → Heiratswahrscheinlichkeit) inferenzstatistisch abzusichern. Alle in Abbildung 1 dargestellten indirekten Effekte sind multivariat tendenziell auf dem 10%-Niveau signifikant (Output nicht dargestellt).

Eltern) getestet wurden. Es zeigten sich zwei bedeutsame Wechselwirkungen zwischen der Lebensform und Merkmalen der Partnerschaft (Partnerschaftsdauer, Vorhandensein von Kindern), die in Abbildung 2 dargestellt werden.²⁰

Im ersten Pfadmodell ist ersichtlich, dass der positive Effekt der Partnerschaftsdauer auf die subjektive Heiratsabsicht innerhalb von nichtehelichen Lebensgemeinschaften – gegenüber LAT-Beziehungen – schwächer ausfällt ($B = -.023$). Hierfür könnte eine Selektion verantwortlich sein, da Personen mit hoher Heiratsneigung früh im Partnerschaftsverlauf heiraten und somit aus der Risikomenge ausscheiden. Darüber hinaus wird der Effekt der Partnerschaftsdauer auf die Wahrnehmung einer Netzwerkunterstützung durch die Kohabitation moderiert (Interaktionseffekt: $B = 0.01$): Während dieser Heiratsnutzenaspekt innerhalb von LAT-Beziehungen über die Partnerschaftsdauer an Bedeutung verliert (konditionaler Haupteffekt, $B = -0.01$), zeigt sich in NEL kein Effekt.²¹ Verhaltenserwartungen bzw. Unterstützungen für eine Heirat seitens des sozialen Netzwerks schwächen sich über die Zeit also nur in Partnerschaften ohne gemeinsamen Haushalt ab.

Abbildung 2: Moderierte Einflüsse der Kohabitation auf die Heiratsabsicht

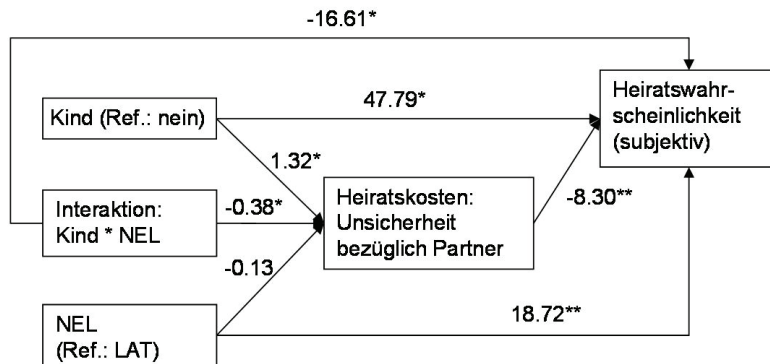


Anmerkungen: $n = 555$; $^+ p \leq .10$; $* p \leq .05$; $** p \leq .01$; Modellfit: $\chi^2_{[df=1]}=1,95$, $p=0,16$; CFI=0,990; TLI=0,889; RMSEA=0,041, SRMR=0,009; Geschlecht und Vorhandensein von Kindern kontrolliert (Koeffizienten nicht dargestellt)

Quelle: TIP-Erhebung, Chemnitz 2007 (eigene Berechnungen)

20 Es wurde darüber hinaus durch Berechnung von Interaktionseffekten zwischen Lebensform und Kosten- bzw. Nutzendimensionen überprüft, ob die Auswirkungen der Kosten- und Nutzenaspekte auf die Heiratsabsicht je nach Lebensform differieren. Keine der berechneten Wechselwirkungen wird jedoch signifikant (Analysen nicht dargestellt).

21 Der entsprechende konditionale Effekt berechnet sich aus der Summe des standardisierten Haupteffekts in der Referenzgruppe und dem standardisierten Interaktionseffekt ($b = -0.01 + 0.01 = 0$; vgl. Fox 1997: 146ff.).



Anmerkungen: $n = 555$; * $p \leq .05$; ** $p \leq .01$; saturiertes Modell; Geschlecht und Partnerschaftsdauer kontrolliert (Koeffizienten nicht dargestellt)

Quelle: TIP-Erhebung, Chemnitz 2007 (eigene Berechnungen)

Im zweiten Pfadmodell wird zunächst deutlich, dass der positive Effekt von Kindern auf die Heiratsabsicht in NEL schwächer ausfällt als in LAT-Partnerschaften (Interaktion: $B = -16.61$). Hier ist insofern die ostdeutsche Stichprobe in Rechnung zu stellen, da der Anteil der NEL mit Kindern in Ostdeutschland höher liegt bzw. Familiengründung und Heirat hier schwächer aneinander gekoppelt sind (Konietzka/Kreyenfeld 2005). Um gesicherte Aussagen über Ost-West-Unterschiede treffen zu können, wäre jedoch eine Vergleichsgruppe westdeutscher NEL notwendig.

Zusätzlich zeigt das Pfadmodell, dass sich die wahrgenommene Informationsunsicherheit bezüglich des Partners erhöht, wenn es sich um getrennt lebende Paare mit Kindern handelt (Interaktion: $B = -.038$). Paare, die trotz des Vorhandenseins von Kindern noch keinen gemeinsamen Haushalt gegründet haben, sind sich demnach hinsichtlich ihrer Partnerwahl besonders unsicher.

5. Zusammenfassung und Diskussion

Im vorliegenden Beitrag wurde versucht, unter Rekurs auf Kosten-Nutzen-Erwägungen seitens der Akteure zu klären, ob die nichteheliche Lebensgemeinschaft eher eine Vorstufe oder eine Alternative zur Ehe darstellt. Den Ausgangspunkt bildete die theoretische Überlegung, dass der gemeinsame Haushalt sowohl die Heiratskosten senkt (Vorstufenthese) als auch den Heiratsnutzen reduziert (Alternativenthese).

Unsere Analysen bekräftigen in erster Linie die Vorstufenthese: Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften nehmen die *Kosten* einer Eheschließung – speziell den Verzicht auf eine Fortsetzung der Partnersuche, eine erwartete Ablehnung der ehelichen Partnerschaft im sozialen Netzwerk sowie den Verzicht auf sexuelle Freiheiten durch die längerfristige Festlegung auf den Partner – als weniger gravierend wahr. Die signifikanten über Heiratskosten vermittelten Effekte zeigen eindrücklich, dass die Betonung von Nut-

zenzugewinnen durch eine Eheschließung, wie sie beispielsweise in klassischen familienökonomischen Argumentationen häufig zu finden ist, zu kurz greift. Heiratsanreize entstehen bei kohabitierenden Paaren nach den dargestellten Befunden primär über die geringen Kosten. Unsere Ergebnisse stehen damit im Einklang mit den zitierten Lebensverlaufsstudien, die den Vorstufencharakter der NEL unterstreichen. Die Analysen präzisieren jedoch die funktionale Bedeutung der nichtehelichen Lebensgemeinschaft im individuellen Entscheidungsprozess, die bei einem alleinigen Vergleich der quantitativen Verteilung von Lebensformen in der Lebensverlaufsperspektive verborgen bleibt.

Die Alternativenthese findet dagegen nur einen schwachen empirischen Rückhalt. Personen in nichtehelichen Lebensgemeinschaften schätzen zwar im Vergleich zu solchen in LAT-Beziehungen den *Heiratsnutzen* hinsichtlich der Unterstützung durch soziale Netzwerke als geringer ein. Gleichzeitig ergeben sich tendenzielle Hinweise darauf, dass Personen in NEL weniger emotionalen Zusatznutzen durch eine Heirat erwarten als Personen in getrennten Haushalten. Hinsichtlich der zuletzt genannten Befunde ist allerdings zu bedenken, dass die empirische Grundlage der Analysen eine (regional begrenzte) ostdeutsche Stichprobe bildet. In Ostdeutschland ist der Trend zum Aufschub der Ehe in ein höheres Lebensalter stärker ausgeprägt; zudem ist die nichteheliche Elternschaft hier häufiger anzutreffen (Huinink 1999). Es ist daher nicht auszuschließen, dass es sich bei den berichteten negativen Effekten auf den Heiratsnutzen zumindest zum Teil um typisch ostdeutsche Phänomene handelt.

Ein bemerkenswerter Punkt ist weiterhin der ausbleibende Effekt der Kohabitation auf den wahrgenommenen ökonomischen Versicherungsnutzen der Ehe: Offensichtlich bietet die nichteheliche Lebensgemeinschaft keine vergleichbare ökonomische Sicherheit wie eine Ehe, was in erster Linie in ihrem unbestimmten Zeithorizont bzw. Probecharakter begründet liegen dürfte. Jüngere Trends in der Gesetzgebung, z.B. hinsichtlich der Gleichstellung ehelicher und nichtehelicher Elternschaft in Rechten und Pflichten oder auch hinsichtlich der Einbeziehung „eheähnlicher“ Partnerschaften bei Zahlung von staatlichen Sozialtransferleistungen, könnten mittelfristig zu einer weiteren Angleichung von nichtehelichen Lebensgemeinschaften und Ehen führen. Eine Konsequenz hieraus wäre eine weitere Reduktion des Heiratsnutzens, aber auch der Heiratskosten. Das „Entscheidungsproblem“ partnerschaftlicher Institutionalisierungsprozesse würde dann partiell von der Eheschließung auf die Haushaltsgründung verschoben.

Abschließend ist anzumerken, dass mit dem Design bzw. der Durchführung der Studie einige Probleme und Beschränkungen verbunden sind. Da wir uns nur auf die subjektive Sicht der Akteure beschränken, können im vorliegenden Beitrag keine Effekte der Heiratsmotive auf das faktische Heiratsverhalten untersucht werden. Zudem ist aufgrund der Querschnittsbetrachtung nicht auszuschließen, dass das Ausmaß der Heiratsabsicht die Wahrnehmung von Kosten- und Nutzenaspekten determiniert bzw. die Kosten- und Nutzenwahrnehmung einen Einfluss auf die Wahl der nichtehelichen Lebensform hat (umgekehrte Kausalrichtungen). Es sind insofern Selektionseffekte denkbar, da Person mit hoher Eheorientierung schneller den Übergang in die Kohabitation vollziehen. Die Ergebnisse der Untersuchung können somit Längsschnittanalysen nicht ersetzen und sollten eher als erste Hinweise auf die Bedeutung der NEL für die Heiratsentscheidung verstanden werden. Ein geeignetes Design zur besseren Absicherung von Kausaleffekten sollte eine Messung der Kosten- und Nutzenaspekte zu mindestens zwei Zeitpunkten umfassen.

Damit könnten Personen, die zwischen den Wellen zusammenziehen, im Hinblick auf die Veränderung dieser Kosten- und Nutzenwahrnehmungen mit solchen verglichen werden, die den Übergang in die Kohabitation nicht vollziehen.

Ferner beziehen sich unsere Analysen lediglich auf den heutigen Status der NEL. Es ist jedoch zu bedenken, dass sich insbesondere der Heiratsnutzen möglicherweise durch die Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen in den letzten Jahrzehnten reduziert hat (im Überblick: Hill/Kopp 2006: 172ff.). Hier ist auf die stärkere Bildungs- und Erwerbsbeteiligung der Frau hinzuweisen, die den Anreiz für eine spezialisierte Arbeitsteilung (bzw. den ökonomischen Ehenutzen) verringert hat. Daneben dürften hier auch verlängerte Ausbildungszeiten und der Aufschub von Geburten in ein höheres Lebensalter eine Rolle gespielt haben. Insgesamt ergeben sich daraus viele Anknüpfungspunkte für die zukünftige Forschung zu den „Values of Marriage“, die mit geeigneten Paneldaten auf eine Längsschnittperspektive erweitert werden sollte (siehe z.B. das PAIRFAM-Projekt: <http://www.pairfam.uni-bremen.de>).

Literatur

- Beck-Gernsheim, E. (1994). Individualisierungstheorie: Veränderungen des Lebenslaufs in der Moderne. In: H. Keupp, (Hrsg.), *Zugänge zum Subjekt. Perspektiven einer reflexiven Sozialpsychologie*. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 125-146.
- Becker, G. S. (1973). A theory of marriage: Part I. *Journal of Political Economy*, 81(4), pp. 813-846.
- Becker, G. S. (1993). *Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens*. Tübingen: Mohr.
- Brown, S. L. (2000). Union transition among cohabitators: The significance of relationship assessments and expectations. *Journal of Marriage and Family*, 62 (3), pp. 833-846.
- Brüderl, J., Diekmann, A. & Engelhardt, H. (1997). Erhöht eine Probeehe das Scheidungsrisiko? Eine empirische Untersuchung mit dem Familiensurvey. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 49, S. 205-222.
- Brüderl, J. & Kalter, F. (2001). The dissolution of marriages: The role of information and marital-specific capital. *Journal of Mathematical Society*, 25, pp. 403-421.
- Brüderl, J. & Klein, T. (2003). Die Pluralisierung partnerschaftlicher Lebensformen in Westdeutschland, 1960-2000. In: W. Bien (Hrsg.), *Partnerschaft und Familiengründung*. Opladen: Leske + Budrich, S. 189-217.
- Bumpass, L. L., Sweet, J. A. & Cherlin, A. (1991). The role of cohabitation in declining rates of marriage. *Journal of Marriage and Family*, 53, pp. 913-927.
- Davis, K. (Ed.) (1986). *Contemporary marriage – Comparative perspectives on a changing institution*. New York: Sage.
- DeMaris, A. & Rao, K. (1992). Premarital cohabitation and subsequent marital stability in the United States: A reassessment. *Journal of Marriage and Family*, 54, pp. 399-407.
- Efron, B. & Tibshirani, R. J. (1993). *An introduction to the bootstrap*. New York: Chapman & Hall.
- Fazio, R. (1990). Multiple processes by which attitudes guide behavior. The MODE model as an integrative framework. In: M. P. Zanna (Ed.), *Advances in experimental social psychology*. New York: Academic Press, pp. 75-109.
- Fox, J. (1997). *Applied regression analysis, linear models, and related methods*. Thousand Oaks, London, New Delhi: Sage Publications.
- Freiring, C. (1996). Concepts of romance in 15-year-old adolescents. *Journal of Research on Adolescence*, 6 (2), pp. 181-200.
- Furman, W. & Wehner, E. A. (1997). Adolescent romantic relationships: A developmental perspective. In: W. Damon, S. Shulman & W. A. Collins (Eds), *Romantic relationships in adolescence: Developmental perspectives*. San Francisco: Jossey Bass, pp. 21-36.

- Hall, A. (1999). „Drum prüfe, wer sich ewig bindet“. Eine empirische Untersuchung zum Einfluß vorehelichen Zusammenlebens auf das Scheidungsrisiko. In: T. Klein, & J. Kopp (Hrsg.), *Scheidungsursachen aus soziologischer Sicht*. Würzburg: Ergon, S. 119-143.
- Hill, P. B. & Kopp, J. (2006). *Familiensoziologie. Grundlagen und theoretische Perspektiven*. Wiesbaden: VS-Verlag.
- Huinink, J. (1999). Die Entscheidung zur Nichteelichen Lebensgemeinschaft als Lebensform – Ein Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland. In: T. Klein & W. Lauterbach (Hrsg.), *Nichteeliche Lebensgemeinschaften. Analysen zum Wandel partnerschaftlicher Lebensformen*. Opladen: Leske + Budrich, S. 113-138.
- Klein, T. (1999a). Pluralisierung versus Umstrukturierung am Beispiel partnerschaftlicher Lebensformen. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 51 (3), S. 469-490.
- Klein, T. (1999b). Der Einfluß vorehelichen Zusammenlebens auf die spätere Ehestabilität. In: T. Klein & J. Kopp (Hrsg.), *Scheidungsursachen aus soziologischer Sicht*. Würzburg: Ergon, S. 143-159.
- Klijzing, Erik (1992). „Weeding“ in the Netherlands: First-union disruption among men and woman born between 1928 and 1965. *European Sociological Review*, 8, pp. 53-70.
- Konietzka, D. & Kreyenfeld, M. (2005). Nichteeliche Mutterschaft und soziale Ungleichheit im familialistischen Wohlfahrtsstaat. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 57, S. 32-61.
- Lengerer, A. & Klein, T. (2007). Der langfristige Wandel partnerschaftlicher Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus. *Wirtschaft und Statistik*, 4/07, S. 433-447.
- Lindenberg, S. (1984). Normen und die Allokation sozialer Wertschätzung. In: H. Todt (Hrsg.), *Normengeleitetes Verhalten in den Sozialwissenschaften*. Berlin: Duncker & Humblot, S. 169-191.
- Johnson, M. P. & Milardo, R. M. (1984). Network interference in pair relationships: A social psychological recasting of Slater's theory of social regression. *Journal of Marriage and Family*, 46, pp. 893-899.
- McGinnis, S. L. (2003). Cohabiting, dating, and perceived costs of marriage: A model of marriage entry. *Journal of Marriage and Family*, 65 (1), pp. 105-116.
- Muthén, L. K. & Muthén, B. O. (2007). *Mplus user's guide. Fourth edition*. Los Angeles, CA: Muthén & Muthén.
- Nave-Herz, R. (1997). *Die Hochzeit. Ihre heutige Sinnzuschreibung seitens der Eheschließenden. Eine empirisch-soziologische Studie*. Würzburg: Ergon.
- Oppenheimer, V. K. (1988). A theory of marriage timing. *American Journal of Sociology*, 94, pp. 563-591.
- Ott, N. (1993). Die Rationalität innerfamiliärer Entscheidungen als Beitrag zur Diskriminierung weiblicher Arbeit. In: G. Grözinger, R. Schubert & J. Backhaus (Hrsg.), *Jenseits von Diskriminierung. Zu den Bedingungen weiblicher Arbeit in Beruf und Familie*. Marburg: Metropolis, S. 113-146.
- Parks, M. R., Stan, C. M. & Eggert, L. L. (1983). Romantic involvement and social network involvement. *Social Psychology Quarterly*, 46, pp. 116-130.
- Reinecke, J. (2005). *Strukturgleichungsmodelle in den Sozialwissenschaften*. München, Wien: Oldenbourg.
- Roth, M., Parker, R. & Parker, J. (2001). Affective and behavioral responses to friends who neglect their friends for dating partners: influences of gender, jealousy and perspective. *Journal of Adolescence*, 24, pp. 281-296.
- Scharf, M. & Mayseless, O. (2001). The capacity of romantic intimacy: exploring the contribution of best friend and marital and parental relationships. *Journal of Adolescence*, 24, pp. 379-399.
- Schermelleh-Engel, K., Moosbrugger, H. & Müller, H. (2003). Evaluating the fit of structural equation models: Tests of significance and descriptive goodness-of-fit measures. *Methods of Psychological Research Online*, 8(2), pp. 23-74.
- Schneider, N. & Rüger, H. (2007). Value of marriage. Der subjektive Sinn der Ehe und die Entscheidung zur Heirat. *Zeitschrift für Soziologie*, 36 (2), S. 131-152.
- Slater, P.E. (1963). On social regression. *American Sociological Review*, 28, pp. 339-358.
- Spanier, G. B. & Bowman, H. A., 1978. *Modern marriage*. New York: McGraw Hill.

- Timm, A. (2006). Die Veränderung des Heirats- und Fertilitätsverhaltens im Zuge der Bildungsexpansion – eine Längsschnittanalyse für West- und Ostdeutschland. In: A. Hadjar, & R. Becker (Hrsg.), *Die Bildungsexpansion. Erwartete und unerwartete Folgen*. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 277-310.
- Vaskovics, L. A. & Rupp, M. (1995). *Partnerschaftskarrieren. Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften*. Opladen: Leske + Budrich,
- Walper, S. (2003). *Liebesbeziehungen im Jugend- und frühen Erwachsenenalter*. DFG-Antrag im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Beziehungs- und Familienentwicklung“. München.

Eingereicht am/Submitted on: 19.05.2008

Angenommen am/Accepted on: 25.11.2008

Anschrift der Autoren/Address of the authors:

Daniel Lois, M.A.
Dr. Oliver Arránz Becker
Christina Kunz, Diplom-Soziologin

Technische Universität Chemnitz
Institut für Soziologie
D-09126 Chemnitz

E-Mail:
daniel.lois@phil.tu-chemnitz.de
oliver.arranz-becker@phil.tu-chemnitz.de
christina.kunz@phil.tu-chemnitz.de

Anhang: Tabelle 3: Vollständiger Output zum Pfadmodell in Abbildung 1

	B	T (B/S.E.)
<i>Regression: Netzwerksupport auf...</i>		
Geschlecht (Mann)	0,03	0,28
Partnerschaftsdauer (Monate)	0,000	0,24
Anzahl der Kinder im Haushalt	-0,10	-1,16
LAT/NEL (NEL)	-0,38**	-2,95
<i>Regression: Emotionale Sicherheit auf...</i>		
Geschlecht (Mann)	0,12	1,53
Partnerschaftsdauer (Monate)	-0,002*	-2,01
Anzahl der Kinder im Haushalt	-0,13 ⁺	-1,72
LAT/NEL (NEL)	-0,15 ⁺	-1,65
<i>Regression: Netzwerkopposition auf...</i>		
Geschlecht (Mann)	0,05	0,58
Partnerschaftsdauer (Monate)	-0,001	-0,91
Anzahl der Kinder im Haushalt	-0,10 ⁺	-1,81
LAT/NEL (NEL)	-0,20*	-2,22
<i>Regression: Unsicherheit bezüglich Partner auf...</i>		
Geschlecht (Mann)	0,08	1,14
Partnerschaftsdauer (Monate)	0,002*	2,08
Anzahl der Kinder im Haushalt	0,20**	3,10
LAT/NEL (NEL)	-0,18*	-2,16
<i>Regression: Verlust sexueller Freiheit auf...</i>		
Geschlecht (Mann)	-0,07	-0,74
Partnerschaftsdauer (Monate)	0,000	0,00
Anzahl der Kinder im Haushalt	0,04	0,43
LAT/NEL (NEL)	-0,43**	-3,20
<i>Regression: subjektive Heiratswahrscheinlichkeit auf...</i>		
Geschlecht (Mann)	-0,95	-0,33
Partnerschaftsdauer (Monate)	0,12**	2,88
Anzahl der Kinder im Haushalt	4,75 ⁺	1,79
LAT/NEL (NEL)	17,08**	5,09
Nutzen: Netzwerksupport	2,38*	2,04
Nutzen: Partnerbezogene emotionale Sicherheit	8,48**	4,93
Kosten: Netzwerkopposition	-2,59*	-2,02
Kosten: Informationsunsicherheit bezüglich Partner	-3,84*	-2,22
Kosten: Verlust sexueller Freiheit	-1,97*	-2,01
<i>Kovarianzen: LAT/NEL (NEL) mit...</i>		
Geschlecht	-0,01	-1,04
Partnerschaftsdauer (Monate)	10,42**	13,77
Anzahl der Kinder im Haushalt	0,10**	7,45
<i>Kovarianzen: Emotionale Sicherheit mit...</i>		
Informationsunsicherheit bezüglich Partner	-0,31**	-6,52
Netzwerksupport	0,50**	9,49
Netzwerkopposition	0,13**	3,47
Verlust sexueller Freiheit	0,26**	5,10

	B	T (B/S.E.)
<i>Kovarianzen: Unsicherheit bezüglich Partner mit...</i>		
Netzwerksupport	-0,13**	-3,33
Netzwerkopposition	0,03	0,74
Verlust sexueller Freiheit	-0,09 ⁺	-1,95
<i>Kovarianzen: Netzwerksupport mit...</i>		
Netzwerkopposition	0,34**	6,11
Verlust sexueller Freiheit	0,30**	3,89
<i>Kovarianzen: Verlust sexueller Freiheit mit...</i>		
Netzwerkopposition	0,27**	4,86
<i>Kovarianzen: Geschlecht (Mann) mit...</i>		
Partnerschaftsdauer (Monate)	-1,16	-1,37
Anzahl der Kinder im Haushalt	-0,03*	-2,00
<i>Kovarianzen: Partnerschaftsdauer mit...</i>		
Anzahl der Kinder im Haushalt	6,85**	4,89

Anmerkungen: ⁺ p ≤ .10; * p ≤ .05; ** p ≤ .01; n = 555

Quelle: TIP-Erhebung, Chemnitz 2007 (eigene Berechnungen).

Julia Marold

Mütter im Spannungsfeld zwischen Kind und Beruf

Der Weg vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell im Spiegel familienpolitischer und geschlechterkultureller Entwicklungen in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden.

Mothers in conflict between job and child

The pathway from the male breadwinner model to the dual earner model reflected in developments in family policy and gender culture in Germany, Denmark and the Netherlands.

Zusammenfassung

In den letzten Jahrzehnten strömten viele Frauen auf den Arbeitsmarkt, die vorher vom Einkommen ihres Ehemannes gelebt und sich im Gegenzug um Haushalt und Kinder gekümmert hatten. Es ist daher ein länderübergreifender Trend zu beobachten, der zum Verschwinden dieses „Ernährermodells“ führt und stattdessen ein Familienverständnis etabliert, in dem beide Elternteile berufstätig sind. Diese Entwicklung vollzog sich jedoch nicht in allen Ländern gleichzeitig und in der gleichen Form. Der vorliegende Artikel widmet sich der Untersuchung dieser internationalen Differenzen, indem er auf Basis des Konzeptes des „Geschlechter-Arrangements“ von Birgit Pfau-Effinger nicht nur das nationale Wohlfahrtsregime, sondern auch kulturelle Vorstellungen über die Rollen von Männern und Frauen als potenziell erklärende Faktoren betrachtet. Durch die Gegenüberstellung der Entwicklung auf beiden Seiten in den Fallstudien Deutschland, Dänemark und Niederlande wird ersichtlich, dass es tatsächlich die jeweils länderspezifischen Kombinationen von vorherrschenden normativen Familienleitbildern einerseits und Ausgestaltung der familienpolitischen Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf andererseits sind, die international abweichende Muster und Entwicklungsverläufe der Erwerbsbeteiligung von Frauen hervorrufen können.

Schlagworte: Familienpolitik, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Erwerbsmuster von Frauen,

Abstract

Recent decades experienced a steady increase in employment of women who had previously lived from her husband's income and, in return, had cared for children and household. Therefore we observe a cross-national trend that makes the “male breadwinner model” disappear and leads to the establishment of a family model with two employed parents. This development, however, did not take place at the same time and in a similar way in all countries. In this article these cross-country differences are examined by employing Birgit Pfau-Effinger's concept of “gender arrangements” as a theoretical basis. According to that, not only the type of welfare regime but also cultural assumptions about gender roles are potentially explaining factors. By contrasting the course of developments for three case studies (Germany, Denmark and the Netherlands), the author shows that country-specific combinations of both culturally dominating family models and political regulations concerning the reconciliation of family and work are decisive for cross-national differences in women's employment forms.

Key words: Family policy, reconciliation of work and family, female employment patterns, gender

Geschlechterrollen, Familienleitbild, Ernährermodell, Internationaler Vergleich, Wohlfahrtsstaat

roles, family models, male breadwinner model, international comparison, welfare state

1. Einleitung

Sowohl in Deutschland als auch in den meisten westlichen Ländern ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den letzten Jahrzehnten deutlich gestiegen. Denn als Folge grundlegender struktureller Veränderungen – wie z.B. der Bildungsexpansion oder der Flexibilisierung der Arbeitsmärkte – wandelten sich auch die familiären Rollen. Die auf einem männlichen Ernährer und einer Hausfrau basierende traditionelle Familienstruktur löste sich immer mehr auf und machte einem Familienverständnis Platz, in dem beide Elternteile berufstätig sind. Auch dieser Trend war länderübergreifend, jedoch setzte er sich im internationalen Vergleich unterschiedlich schnell und stark durch. Als Ursache für diese Differenzen werden häufig die abweichenden sozialpolitischen Zielsetzungen und Institutionen der europäischen Wohlfahrtssysteme genannt; allerdings reicht das nicht aus, denn auch die länderspezifischen Erwartungen an die Rolle von Frauen in der Gesellschaft kommen als erklärende Faktoren in Betracht (vgl. Lück 2006; Lück/Hofäcker 2008). Birgit Pfau-Effinger (1996, 2000) hat in diesem Zusammenhang ein theoretisches Konzept entwickelt, das die Erwerbsbeteiligung von Frauen als Ergebnis des Zusammenspiels von institutionellem Rahmen und vorherrschendem normativem Familienideal in einer Gesellschaft versteht. Diesem Ansatz folgend variieren auch jene Leitbilder im internationalen Vergleich und beeinflussen ihrerseits die Erwerbsmuster von Frauen.

Die vorliegende Arbeit baut auf dieser theoretischen Grundlage auf und will in ausgewählten Gesellschaften das Verhältnis zwischen geschlechterkulturellen Vorstellungen und sozialpolitischer Ausgestaltung untersuchen. Neben Deutschland (getrennt nach Ost und West) sollen die Niederlande und Dänemark als weitere Fallstudien bearbeitet werden. Auf diese Weise möchte ich Pfau-Effingers These in einem international vergleichenden Ansatz einer empirischen Prüfung unterziehen.

2. Theoretischer Hintergrund und Forschungsansatz

Die feministische Forschung bemängelte an früheren Arbeiten der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung, dass die Beziehungen zwischen Männern und Frauen nicht adäquat berücksichtigt würden und schlug diverse Klassifizierungskriterien und Modifikationen vor, die ihre Perspektive in bisherige Konzepte der vergleichenden Wohlfahrtsstaatenforschung integrieren sollten (z. Lewis 1992; Orloff 1993; Lewis/Ostner 1994; Sainsbury 1994). Nicht nur diese theoretischen Ansätze, sondern auch einige empirische Arbeiten (z.B. Siaroff 1994; Sainsbury 1999) belegen, dass z.B. die renommierte Drei-Welten-Typologie von Gøsta Esping-Andersen (1990) nicht ausreicht und modifiziert oder ergänzt werden muss, sobald man das Verhältnis zwischen Männern und Frauen in die Analyse mit einbeziehen und auf dieser Grundlage internationale Unterschiede von sozialpolitischen Maßnahmen und deren geschlechtsspezifische Konsequenzen erklären

will. Auch bei der Analyse von Wandlungsprozessen erweist sie sich als problematisch, da sie eine relativ statische Beschreibung von Idealtypen darstellt und beispielsweise die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern nicht beachtet. Schließlich ist dem Großteil der wohlfahrtsstaatlichen Literatur eine einseitige Konzentration auf den institutionellen Rahmen gemeinsam, der jedoch internationale Unterschiede nicht vollständig erklären kann.

Aus diesem Grund soll als theoretisches Fundament für den vorliegenden Beitrag der Erklärungsansatz von Birgit Pfau-Effinger (1996, 2000) dienen. Er stellt zwar keine Weiterentwicklung wohlfahrtsstaatlicher Typologien dar, räumt jedoch zusätzlich zu institutionellen Bedingungen auch kulturellen Einflüssen einen zentralen Platz innerhalb der Analyse ein. Pfau-Effinger (1996) geht nämlich davon aus, dass nicht nur Institutionen und sozialpolitische Maßnahmen die Erwerbsentscheidungen von Frauen lenken, sondern dass auch das soziokulturelle Umfeld und die dort herrschenden normativen Leitbilder über Geschlechterrollen nicht zu vernachlässigende Faktoren seien (Pfau-Effinger 1996: 463f.). Der zentrale Begriff dieses Konzeptes ist das *Geschlechter-Arrangement*, das aus dem Zusammenspiel von *Geschlechterkultur* und *Geschlechterordnung* in einer Gesellschaft entsteht. Die *Geschlechterkultur* bezeichnet dabei normative Vorstellungen von der Form des gesellschaftlichen Zusammenlebens von Männern und Frauen und die „richtige“ Arbeitsteilung zwischen ihnen. Meistens setzen sich ein oder mehrere Leitbilder als „kultureller Kompromiss“ durch und gewinnen durch die Verankerung in Institutionen und in sozialen Strukturen an Stabilität. Dennoch ist die Geschlechterkultur grundsätzlich dynamisch, d.h. die Leitwerte in einer Gesellschaft können jederzeit neu verhandelt werden, z.B. durch Einflüsse von Minderheiten (Pfau-Effinger 1996: 467f.; Pfau-Effinger 2000: 69f.). Die *Geschlechterordnung* dagegen umfasst die „real vorfindlichen Strukturen des Geschlechterverhältnisses und die Beziehungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen im Hinblick auf die geschlechtliche Arbeitsteilung“; im Fokus stehen dabei die Institutionen Arbeitsmarkt, Bildungssystem, Familie/Haushalt und Wohlfahrtsstaat (Pfau-Effinger 2000: 70f.). Das Zusammenspiel von Geschlechterkultur einerseits und Geschlechterordnung andererseits resultiert schließlich im *Geschlechter-Arrangement*, das heißt der realen Ausgestaltung der Geschlechterbeziehungen in einer Gesellschaft. Das beobachtbare Erwerbsverhalten von Frauen ist ein Beispiel dafür: Es ist das Ergebnis von Verhandlungsprozessen zwischen Geschlechterkultur und Geschlechterordnung, die in einem mehr oder weniger hohen Maß in Übereinstimmung gebracht werden; im Gegensatz zu beispielsweise feministischen Theorien, die mit der Macht patriarchalischer Strukturen argumentieren, werden die Frauen hier also systematisch als bewusst handelnde individuelle Akteure betrachtet (Pfau-Effinger 1996: 468; Pfau-Effinger 2000: 71ff.). Auf Basis dieses theoretischen Fundaments stellte Pfau-Effinger (1996, 2000) die These auf, länderspezifische Differenzen ließen sich nicht nur durch unterschiedliche strukturelle, sondern auch unterschiedliche kulturelle Grundlagen erklären. Die Erwerbstätigkeit von Frauen müsse daher im Kontext der beiden zugrunde liegenden Komponenten des jeweiligen Geschlechter-Arrangements analysiert werden. Da Spannungsverhältnisse und Ungleichzeitigkeiten zwischen Geschlechterordnung und Geschlechterkultur zu gesellschaftlichen Konflikten und somit zu Veränderungen des Geschlechter-Arrangements führen können, sei ihr Konzept besonders gut für die Analyse der Entwicklung weiblicher Erwerbsmuster geeignet (Pfau-Effinger 1996: 469; Pfau-Effinger 2000: 73).

Meine Analyse will die theoretische Trennung von Geschlechterkultur und Geschlechterordnung empirisch nachvollziehen und die Entwicklungen auf beiden Seiten gegenüberstellen. Dabei werden jeweils besonders relevante Aspekte ausgewählt und systematisch in ihrem Verlauf untersucht. Gerade diese Systematik macht die Besonderheit der Analyse aus, denn bisher wurde das Konzept nur in groben Zügen international vergleichend angewendet. Vor allem die Abbildung der Geschlechterkultur mit Hilfe von Einstellungsdaten und der entsprechende Längsschnittvergleich stellen Innovationen in dieser Hinsicht dar. Zu diesem Zweck müssen die Begriffe dieses theoretischen Rahmens allerdings konkretisiert und empirische Entsprechungen gefunden werden.

Besonders die Komponente der *Geschlechterordnung* bezieht sich auf einen so umfassenden Bereich, dass er auf zentrale und besonders belangvolle Institutionen eingegrenzt werden muss. Da es in dieser Arbeit um die Organisation des Familienlebens im Hinblick auf geschlechtliche und intrafamiliäre Arbeitsteilung geht, sind besonders sozialpolitische Regelungen von Interesse, die das entsprechende Verhalten von (Eltern-) Paaren beeinflussen können bzw. sollen. Solche Maßnahmen, die implizit oder explizit in den Bereich der sog. „Familienpolitik“ fallen, betrachte ich daher im analytischen Modell als Repräsentanten der „strukturellen“ Seite, das heißt der Geschlechterordnung (siehe Abbildung 1). Bei der Klassifizierung der familienpolitischen Angebote greife ich auf die dreidimensionale Gliederung in (1) *geldwerte Leistungen* (Kinder- und Elterngeld, Steuervorteile etc.), (2) *zeitwerte Anrechte* (Mutterschafts- und Erziehungsurlaub, Teilzeitregelungen etc.) und (3) *sachwerte Leistungen und Realtransfers* (Kinderbetreuungsangebote etc.) zurück.

Da in den Länderstudien Muster der Erwerbstätigkeit von Frauen im Zusammenhang mit institutionellen Rahmenbedingungen einerseits und kulturellen Vorstellungen über die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern andererseits analysiert werden sollen, ist es zweckmäßig, unter den Komponenten der oben erläuterten Geschlechterordnung besonders diejenigen politischen Maßnahmen zu betrachten, die direkt die *Vereinbarkeit von Familie und Beruf* beeinflussen. Dies muss für eine Frau/Mutter jedoch nicht zwangsläufig ununterbrochene Vollzeitenerwerbstätigkeit heißen, sondern kann eine Vielzahl von Kombinationsmöglichkeiten bedeuten.¹ Um die geplante Analyse zu vereinfachen, wird jedoch eine kontinuierliche Dimension angenommen, auf der insbesondere drei Ausprägungen besondere Aufmerksamkeit erhalten:

- 1) (*Männliches*) *Ernährermodell*: Mann arbeitet Vollzeit, Frau ist „Hausfrau“.
- 2) *1,5-Verdienermodell*: Mann arbeitet Vollzeit, Frau arbeitet Teilzeit.
- 3) *Zweiverdienermodell*: Mann und Frau arbeiten Vollzeit.

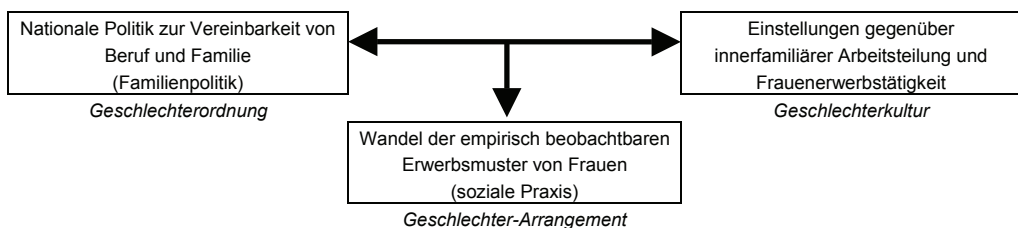
Wie Lewis (1992) betonte, existierte das Ernährermodell in keinem westlichen Land jemals in Reinform. Es handelt sich dagegen eher um einen Idealtypus, dem Staaten mehr oder weniger nahe kommen beziehungsweise von dem sie sich in den letzten Jahren mehr oder weniger schnell entfernen. Die Modelle 2) und 3) beinhalten dabei grundsätzlich die Berufstätigkeit von Ehefrauen und Müttern. Alle drei Modelle sind jedoch nicht als statische, unveränderliche Familientypen zu verstehen, sondern als dynamische Zustände, die

1 Lewis (2001) unterscheidet beispielsweise zwischen sechs denkbaren Mustern der Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit, vom reinen Ernährermodell bis hin zu Doppelkarrierepaaren (siehe Lewis 2001: 156f.).

sich im Zeitverlauf auch innerhalb einer Familie abwechseln können (z.B. je nach Alter der Kinder). Durch die gesetzlich gegebenen Rahmenbedingungen wird allerdings von staatlicher Seite oft ein bestimmtes Modell gefördert, zumindest für bestimmte Familienphasen.

Für die Darstellung der *Geschlechterkultur* in den jeweiligen Ländern soll auf Umfragen zurückgegriffen werden, die Einstellungen in Bezug auf die gesellschaftlichen Rollen von Mann und Frau erheben;² dabei interessieren insbesondere die Ansichten zur intrafamiliären Arbeitsteilung und zur Erwerbstätigkeit von Frauen bzw. Müttern. Die Indikatoren, die aus diversen internationalen Umfrageprogrammen gewonnen wurden (siehe Tabelle A1 im Anhang), geben die Zustimmung zum Ernährermodell, zur weiblichen Erwerbstätigkeit und zur traditionellen Arbeitsteilung wieder. Um auch einer Lebenslaufperspektive gerecht zu werden und mögliche Unterschiede in Abhängigkeit vom Familienzyklus aufzudecken, sollen dabei zudem Vorstellungen von Erwerbsprofilen von Frauen in verschiedenen Lebensphasen sowie – als potenzieller Erklärungsfaktor – die Verbreitung des „Rabenmutter“-Images³ untersucht werden.

Abbildung 1: Gegenüberstellung und Wechselwirkungen der analytischen Einheiten



Quelle: eigene Grafik.

Abbildung 1 verdeutlicht das analytische Modell: Das Zusammenspiel der beiden Ebenen Geschlechterordnung und Geschlechterkultur äußert sich im Geschlechter-Arrangement, das in Form der beobachtbaren Erwerbsmuster von Frauen erfasst und unter der Bezeichnung „soziale Praxis“ dargestellt wird.⁴ Diese Modellspezifikation erlaubt schließlich die angestrebte Systematik der empirischen Untersuchung, mit der folgende Forschungsfragen beantwortet werden sollen:

- 2 Der Begriff der Geschlechterkultur bezieht sich auf übergeordnete Leitbilder und geteilte Werte in einer gegebenen Gesellschaft. Diese allgemeinen und abstrakten Vorstellungen eines erstrebenswerten Zieles können jedoch nicht als Phänomen selbst gemessen, sondern müssen über (instabile) Normen und Einstellungen operationalisiert werden. Zur ausführlichen Diskussion dieses Problems siehe Lück (2006) und Lück/Hofäcker (2003).
- 3 „Rabenmutter“ ist eine abwertende Bezeichnung für eine Mutter, die ihre Kinder oder ihre Familie vernachlässigt, da etwa Hobbys oder der Beruf mehr im Vordergrund oder Interesse stehen.
- 4 Diese konkrete Zuteilung wird nicht explizit in dieser Weise aus Pfau-Effingers (2000) Erläuterungen deutlich, sondern enthält eine gewisse eigene Interpretation. Im Ursprungskonzept bleibt z.B. unklar, ob die tatsächliche Verbreitung der Familienmodelle als Komponente der Geschlechterkultur oder als Indikator für die Ausgestaltung des Geschlechter-Arrangements betrachtet werden soll.

- (1) Wie sind die beiden Ebenen „Geschlechterordnung“ und „Geschlechterkultur“ im Hinblick auf die Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern ausgeprägt und wie haben sie sich seit den 1980er Jahren gewandelt?
- (2) Gab oder gibt es in den ausgewählten Ländern Spannungen und Widersprüche zwischen den beiden Ebenen? Wenn ja, wie haben sie sich gelöst?

Zur Beantwortung der beiden Fragen soll zunächst die soziale Praxis im jeweiligen Land beschrieben werden. Daran schließen sich ein Überblick über die familienrelevanten politischen Maßnahmen und die Darstellung der entsprechenden Einstellungen der Bevölkerung an, mit Fokus auf den jeweiligen Verlauf seit Ende der 1980er Jahre. Durch die Gegenüberstellung der beiden Seiten sollen am Ende jedes Länderkapitels eventuell vorhandene Diskrepanzen sichtbar werden, die schließlich einen Vergleich der Prozessverläufe in den drei Ländern ermöglichen sollen.

3. Methodik und Datenquellen

Zur Überprüfung der oben genannten Thesen wird ein international vergleichender Ansatz gewählt, d.h. die Wechselwirkungen und Entwicklungen von Geschlechter-Arrangement, Geschlechterordnung und Geschlechterkultur werden an drei Länderstudien auf detaillierte Weise analysiert. Ihre Auswahl erfolgte u.a. aufgrund der Überlegung, dass das Spektrum der im vorhergehenden Abschnitt erläuterten Familienmodelle möglichst breit erfasst werden sollte. Als Eckpunkte boten sich Deutschland und Dänemark an, denn sie sind Repräsentanten unterschiedlicher familialer Erwerbsmodelle. Während die soziale Praxis im letztgenannten Land dem Zweiverdienermodell ziemlich nahe kommt, ist in Deutschland der Anteil der Haushalte mit zwei vollbeschäftigten Partnern einer der niedrigsten in Europa (Dingeldey 2002: 157).⁵ Als „Mittelkategorie“ dienen die Niederlande, die zwar meistens zur Gruppe der konservativen Staaten gezählt werden (vgl. Lewis/Ostner 1994; Siaroff 1994), allerdings gibt es Hinweise darauf, dass sich dort sowohl auf kultureller als auch institutioneller Seite ein grundlegender Wandel vollzogen hat. Somit verfüge ich über Fallbeispiele aus drei verschiedenen Stadien, deren institutionelle und kulturelle Charakteristika ebenfalls variieren (vgl. Ausführungen im Rahmen der Länderstudien).

Während die Geschlechterordnung mit Hilfe von öffentlich bereitgestellten Informationsmaterialien, Primär- und Sekundärliteratur rekonstruiert wird, verwende ich für die Abbildung der Geschlechterkultur Einstellungsindikatoren, die aus drei internationalen Umfrageprogrammen stammen: aus dem International Social Survey Programme (ISSP), aus der European Value Study (EVS) und aus einigen Wellen des Eurobarometer (EB). In der Regel decken sie den Zeitraum seit den späten 1980er Jahren bis Anfang des dritten Jahrtausends ab. Die Datensätze werden komplementär verwendet und sollen auf diese Weise besonders fundierte Ergebnisse liefern; alle Studien bestehen aus Querschnittser-

5 Allerdings muss zwischen alten und neuen Bundesländern unterschieden werden, da in den letztgenannten auch das „Doppelversorgermodell mit externer Kinderbetreuung“ eine wichtige kulturelle Rolle spielt (Pfau-Effinger 2005: 2,4).

hebungen, was Analysen lediglich auf Aggregatebene ermöglicht. In die Stichproben werden jeweils alle befragten Frauen und Männer im Alter zwischen 25 und 65 Jahren aufgenommen, da diese in besonderem Maße vor dem Problem der Vereinbarkeit von Familie und Beruf stehen. Es werden die Einstellungen beider Geschlechter erfasst, da sich der Hypothese nach Frauen bei ihren Handlungsentscheidungen nicht nur an ihren eigenen Werten, sondern auch an den Erwartungen ihrer Umwelt orientieren (die ja auch aus Männern besteht). Allerdings unterscheide ich bei der Darstellung der Ergebnisse sowohl aus Platz-, als auch aus empirischen Gründen nicht nach Männern und Frauen, denn für die hier beabsichtigte Nachzeichnung lediglich grober Entwicklungstendenzen⁶ der Geschlechterkultur sind die entsprechenden Differenzen vernachlässigbar.

Fallstudie 1: Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland (BRD) dient als das Länderbeispiel, das (noch) am stärksten vom Ernährermodell geprägt ist. Aufgrund der Sonderstellung der ostdeutschen Bundesländer, die bis 1990 einen eigenen Staat nach sozialistischem Vorbild darstellten (siehe unten), betrachte ich die beiden Landesteile soweit möglich getrennt.⁷

Die soziale Praxis: Das Geschlechter-Arrangement

Ausgangspunkt für die Analyse der Beziehung zwischen geschlechterkultureller und familienpolitischer Ebene ist die sog. „soziale Praxis“, die als Ergebnis aus den Verhandlungsprozessen zwischen Geschlechterordnung und Geschlechterkultur hervorgeht. Im vorliegenden Kontext der weiblichen Erwerbsmuster sind geeignete Indikatoren dafür beispielsweise die Beschäftigungs- und Teilzeitquoten⁸ und deren Verlauf über die letzten Jahrzehnte. So gingen im Jahr 1984 weniger als die Hälfte aller westdeutschen Frauen im erwerbsfähigen Alter einer Beschäftigung nach. Im Jahr 2006 sind dagegen bereits fast zwei Drittel (62%) der deutschen Frauen (alte und neue Bundesländer) erwerbstätig; parallel zur Ausdehnung der Beschäftigung von Frauen stieg auch ihre Teilzeitquote, so dass in den ersten Jahren des dritten Jahrtausends mehr als ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen im vereinten Deutschland mit weniger als 30 Wochenstunden beschäftigt war (OECD Factbook 2008). Dabei ist Teilzeitbeschäftigung in Westdeutschland traditionell wesentlich stärker verbreitet als in Ostdeutschland: zwar nimmt auch dort der Teilzeitbeschäftigtenanteil zu, dennoch arbeitete 2004 nur gut ein Viertel (28%) der ostdeutschen Frauen in Teilzeit, während dies für fast die Hälfte (45%) der abhängig beschäftigten Frauen im Westen galt (BMFSFJ 2005).

6 Aufgrund der diversen Probleme, die bei Sekundäranalysen auftreten, insbesondere bei Verwendung und Vergleich mehrerer Datensätze, die wie hier in unterschiedlichen Forschungszusammenhängen entstanden sind, ist eine feinere Betrachtung meiner Ansicht nach inhaltlich und methodisch nicht vertretbar (für eine ausführliche Darstellung der Datensätze und Diskussion der Problematik siehe Marold (2008, Kapitel 4).

7 Da für die neuen Bundesländer meist erst Daten ab 1990 verfügbar sind, kann ich mich für die Zeit davor nur auf das alte Bundesgebiet beziehen.

8 Definition „Teilzeitquote“: Anteil aller Beschäftigten, die gewöhnlich weniger als 30 Wochenstunden in ihrem Hauptjob arbeiten.

Übergreifend hat sich die soziale Praxis in Deutschland also in Richtung vermehrter beruflicher Aktivität von Seiten der Frauen entwickelt; dabei spielt jedoch Teilzeitarbeit eine wichtige Rolle. Die meisten deutschen Paare scheinen übereingekommen zu sein, dass die Mutter nach der Geburt des ersten Kindes den Umfang ihrer Erwerbstätigkeit reduziert oder sie sogar ganz aufgibt, und zwar für einen Zeitraum von mehreren Jahren; dabei bestehen allerdings markante Abweichungen zwischen den beiden Landesteilen, denn ostdeutsche Frauen neigen trotz Kindern im Haushalt auffällig häufiger zum Vollzeitberuf. Beispielsweise arbeiteten im Jahr 2003 nur 17% aller westdeutschen Mütter von zwei Kindern in Vollzeit, verglichen mit 49% der gleichen Gruppe in den neuen Bundesländern (Heidenreich et al. 2004: 33).

Die Geschlechterordnung: Familienpolitische Interventionen in der Bundesrepublik Deutschland

„Familienpolitik“ hat in Deutschland einen festen Platz im Gesamtsystem der Politik. Noch in den 1950er Jahren war die Situation der westdeutschen Familien dabei überwiegend patriarchalisch geregelt; erst 1977 wurde die formale Gleichstellung zwischen den Geschlechtern erreicht, als das Recht beider Ehegatten auf eine Erwerbstätigkeit gesetzlich verankert wurde (vgl. Holst/Maier 1998: 507). Der Erste Familienbericht von 1968 hatte mit dem Schlagwort des „Dreiphasenmodells“⁹ eine Umbruchphase eingeläutet, in der Familien-, Scheidungs- und Rentenrecht entsprechend dem sich anbahnenden Rollenwechsel der Frauen reformiert und u.a. auch das Kindergeld ab dem ersten Kind gezahlt wurde. Im Jahr 1979 wurde erstmals ein Mutterschaftsurlaub eingeführt, der werdenden berufstätigen Müttern sechs Monate lang Arbeitsplatzgarantie und Kündigungsschutz gewährte. Einige Jahre später wurde das Bundeserziehungsgeldgesetz erlassen, nach dem berufstätige Mütter und auch Väter nach der Geburt eines Kindes zunächst zehn Monate, ab 1992 dann bis zu drei Jahre pausieren konnten, ohne ihren Arbeitsplatz zu verlieren. Außerdem hatte der betreuende Partner erstmals Anspruch auf ein zehnmonatiges Erziehungsgeld. Seitdem wurde dieses schrittweise verlängert und erhöht und bei seiner Abschaffung Ende 2006 betrug die Leistung maximal € 300 monatlich für zwei Jahre.¹⁰ Aufgrund der starken geschlechtsspezifischen Lohnungleichheit waren es jedoch in den darauffolgenden Jahren fast immer die Frauen, die für die Kinderbetreuung ihre Erwerbstätigkeit unterbrachen; oft konnte allerdings die Rückkehrmöglichkeit nicht in Anspruch genommen werden, da praktisch keine (formalen) Betreuungsmöglichkeiten für unter Dreijährige existierten (Fuhrmann 2005: 88). Als Familienministerin Ursula Lehr kurz vor der Wende entsprechende Forderungen stellte, zeigte sich die CDU/CSU-Fraktion allerdings strikt abwehrend, was die Fortdauer der konservativen Familienmodelle unter den politischen Entscheidungsträgern verdeutlicht.

Im östlichen Teil Deutschlands, der nach dem Zweiten Weltkrieg unter sowjetische Herrschaft fiel, wurde eine deutlich unterschiedliche familienpolitische Linie verfolgt. Durch enge Beziehungen zwischen Familie, Wirtschaft, Gesellschaft und Staat sollte der

9 Nach dem Dreiphasenmodell sollten junge Frauen nach einer guten Schul- und Berufsausbildung trachten und ihren Beruf so lange ausüben, bis das erste Kind geboren ist (1. Phase). Dann sollten sie sich ausschließlich um Kindererziehung und Haushalt kümmern (2. Phase). Wenn die Kinder sie nicht mehr in hohem Maße bräuchten, könnten die Mütter wieder erwerbstätig werden (3. Phase).

10 Alternativ auch € 450 monatlich für die Dauer eines Jahres.

Ausbau, die Stabilisierung und Stärkung der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gefördert werden, u.a. mit Hilfe der Einbindung der Frauen und Mütter in die sozialistische Gesellschaft und deren Erwerbssystem. Das sozialpolitische Ziel der Vereinbarkeit von Familie und Beruf wurde dort viel früher und konsequenter verfolgt als in der BRD, und zudem in der simultanen Form und nicht als sequenzielles „Dreiphasenmodell“. Die gesetzliche Verpflichtung der ostdeutschen Familie, mit gesellschaftlichen Organisationen zusammenzuarbeiten und der auf arbeitsangebotspolitische Zwecke zurückgehende hohe Versorgungsgrad an Klein- und Kleinstkinderbetreuung führten schließlich sogar zu einem Vorrang der Krippenerziehung vor Familienerziehung. Gleichzeitig gingen Ansprüche auf Familienleistungen in der DDR weniger auf Ehe, sondern auf Mutterschaft zurück und sowohl monetäre als auch Realtransfers waren dort großzügiger ausgestaltet als in der BRD, wo der männliche Ernährer mit Hilfe des Konzeptes des „Familienlohns“ die von ihm abhängige Ehefrau und die gemeinsamen Kinder versorgen sollte (Bundesministerium für Familie und Senioren 1991: 14f., 29f.).

Die deutsche Wiedervereinigung im Jahr 1990 wirkte sozusagen als Katalysator des politischen Umdenkens in der BRD. In §31 des Einigungsvertrags wurde festgehalten, dass die Familien- und Frauenpolitik im vereinten Deutschland weiter entwickelt werden solle, insbesondere im Hinblick auf die bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienverpflichtungen. Im Jahr 1993 wurde sogar das Grundgesetz um die Formulierung erweitert: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Art. 3 Abs. 2 GG). Gleichzeitig wurde auch ein bundesweiter Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für alle Drei- bis Sechsjährigen geschaffen, allerdings war dessen Einlösung durch die Kommunen nur mangelhaft (vgl. Wingen 1997: 58ff.). Nichtsdestotrotz erhöhte sich seit Mitte der 1990er kontinuierlich das Kindergeld und beträgt seit Januar 2009 bis zu € 195 pro Kind und Monat.¹¹

Seit der Jahrtausendwende wurden schließlich weitere Reformen unternommen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vereinfachen sollten: zunächst wurde im Jahr 2001 aus dem Erziehungsurlaub die „Elternzeit“, währenddessen bis zu 30 Stunden Erwerbstätigkeit erlaubt sind. Unter bestimmten Umständen besteht sogar ein Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduzierung. Zudem ist nun auch eine parallele Inanspruchnahme der Elternzeit von beiden Elternteilen möglich. Dennoch blieb auch eine vollständige Erwerbsunterbrechung attraktiv, da die Zahl der Anrechnungsjahre für die Rentenversicherung bei Kinderbetreuung weiter erhöht wurde und diverse Bemühungen scheiterten, das Ehegattensplitting aufzugeben. Anfang 2005 trat schließlich das Tagesbetreuungsausbaugesetz in Kraft, das zusätzliche Plätze für unter Dreijährige schaffen soll und seit 2007 bietet das „Elterngeld“ für bis zu 14 Monate einen Einkommensersatz von 67% für den betreuenden Elternteil.¹² Obwohl man also durchaus sagen kann, dass die deutsche (Familien-)Politik seit der Wiedervereinigung einen deutlichen Schub in Richtung einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf erlebt hat, verfolgt sie noch immer wider-

11 Das Kindergeld wurde zum 1. Januar 2009 erstmals seit sieben Jahren erhöht, und zwar für das erste und zweite Kind von € 154 auf € 164, für dritte Kinder um € 16 auf € 170 sowie für vierte und weitere Kinder um € 16 auf € 195.

12 Die 14 Monate können zwischen den Elternteilen beliebig aufgeteilt werden; nimmt nur ein Elternteil die Leistung in Anspruch, sind jedoch maximal 12 Monate Bezug möglich.

sprüchliche Ziele und beinhaltet vielfältige Maßnahmen, die Frauen Anreize bieten, ihre Erwerbstätigkeit bei Geburt eines Kindes für relativ lange Zeit zu unterbrechen oder drastisch und dauerhaft zu senken (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Überblick über die deutsche Familienpolitik (Stand: Januar 2009)

	Ausgestaltung	Entwicklung	Einfluss auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Geldleistungen	<i>Kindergeld/Kinderfreibetrag:</i> €164 - €195 pro Monat	alte Regelung; stetige Erhöhung des Betrags	positiv; deckt allerdings weniger als 1/3 der tatsächlichen Kosten ¹³ ab
	<i>Mutterschaftsgeld:</i> 100% Lohnersatz für 14 Wochen	alte Regelung; konstant	positiv: hohe Ersatzrate; allerdings nur relativ kurze Bezugsdauer
	<i>Elterngeld:</i> 67% Lohnersatz für 12 bzw. 14 Monate nach Geburt	neue Regelung; Reform 2007: höherer Betrag, kürzere Bezugsdauer, Einbezug der Väter	positiv: Anreiz zur frühen Rückkehr in den Beruf; Möglichkeit der TZ und der partnerschaftlichen Aufteilung
	<i>Sozialversicherung:</i> Erziehungsjahre für GRV, Familien-GKV	alte Regelung; stetige Ausweitung der Vorteile d. Babypause	negativ: Erwerbspause und langjährige Arbeitsreduktion werden belohnt
	<i>Steuerrecht:</i> (1) Ehegattensplitting (2) Absetzbarkeit von Betreuungskosten und Haushaltshilfe	(1) alte Regelung (2) neue Regelungen (2005/2006)	(1) negativ (vgl. SV) (2) positiv: finanzielle Entlastung berufstätiger Eltern
zeitwerte	<i>Elternzeit:</i> 3 Jahre Freistellung oder	alte Regelung; Reform	negativ: lange Erwerbspause erschwert
Anrechte	Arbeitszeitreduktion mit Arbeitsplatzgarantie	2001: Teilzeitmöglichkeit	Wiedereinstieg positiv: TZ-Möglichkeit
Realtransfers	<i>Kinderbetreuungsangebot:</i> (1) Recht auf Kindergartenplatz (2) Tagesbetreuungsbaugesetz	(1) alte Regelung (Mitte 1990er) (2) neue Regelung, allerdings nur für unter Dreijährige gültig	(1) positiv, allerdings teils mangelhafte Umsetzung der Kommunen (2) positiv: früher Wiedereinstieg möglich

Quelle: eigene Zusammenstellung.

Die Geschlechterkultur: Der Wandel der normativen Leitbilder¹⁴

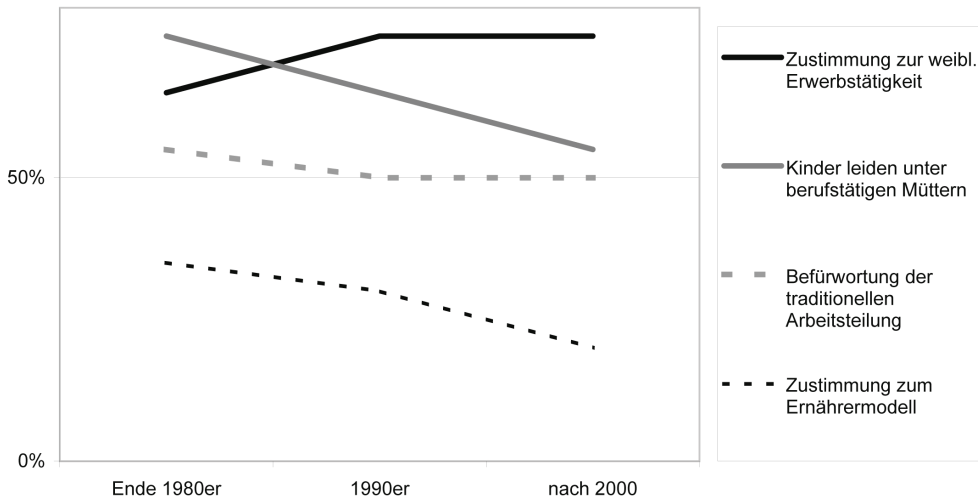
Gemäß den zugrunde liegenden Annahmen von Pfau-Effinger (1996, 2000) sind normative Leitbilder über die Form des Zusammenlebens von Männern und Frauen im westlichen Kulturkreis zunehmend einem Wandel unterworfen. Dabei lassen sich grob zwei Komponenten identifizieren: (1) die Zuweisung der Arbeitssphären von Männern und Frauen, die in der vorliegenden Analyse über die Zustimmung zum Ernährermodell bzw. zu weiblicher Erwerbstätigkeit operationalisiert wird und (2) die Zuständigkeit für das Aufziehen von Kindern, die über die Erwartungen an mütterliche Erwerbstätigkeit in verschiedenen Familienphasen, d.h. in einer Lebenslaufperspektive, abgebildet wird. Abbildung 2 gibt

13 Laut Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 lagen die durchschnittlichen Kosten für ein Kind in diesem Jahr bei monatlich € 549 (Statistisches Bundesamt 2006).

14 Die Abbildung der Geschlechterkultur und ihre Entwicklung kann im vorgegebenen Rahmen nur zusammenfassend wieder gegeben werden; für eine detaillierte Darlegung der Analyse siehe Marold (2008).

zunächst einen Überblick über die Entwicklung der ersten Komponente in den alten deutschen Bundesländern.

Abbildung 2: Grafischer Überblick über die Entwicklung der westdeutschen Geschlechterkultur, Ende der 1980er bis Anfang des 3. Jahrtausends¹⁵



Hinweis: Linienvorlauf entsteht durch Mittelwert der Zustimmungswerte der entsprechend zugeordneten Indikatoren (1988+1990 = Ende 1980er; 1994+1999 = 1990er; 2002+2006 = nach 2000), vgl. Übersicht A1 im Anhang; Werte auf 0,05 gerundet.

Quelle: ISSP 1988, 1994, 2002; EVS 1990, 1999; EB 42, 65.1; jeweils 25-65jährige, eigene Auswertung und Darstellung.

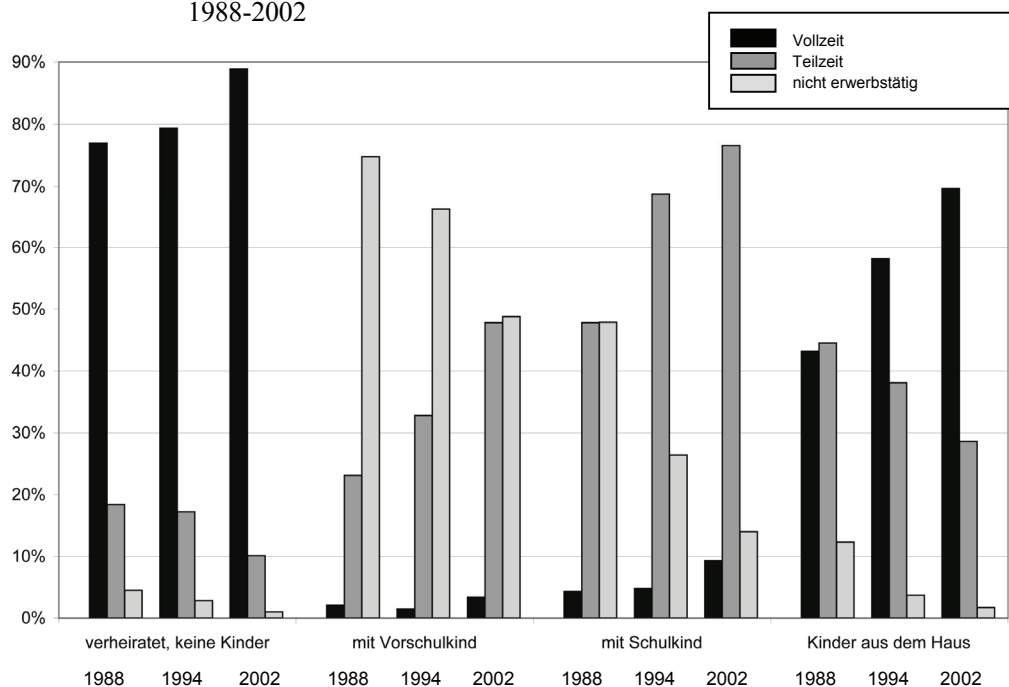
Bereits Ende der 1980er befürwortete die Mehrheit der Westdeutschen die Erwerbstätigkeit von Frauen im Allgemeinen und dieser Anteil ist seitdem sogar noch gestiegen. Parallel verlor das reine Ernährermodell zunehmend an Anhängern und kann seit der Jahrtausendwende nur noch etwa ein Fünftel der Bevölkerung für sich gewinnen. Allerdings sind seine normativen Hintergründe noch deutlich weiter verbreitet: so finden beispielsweise auch nach 2000 noch etwa die Hälfte der Bewohner der alten Bundesländer, das Familienleben leide, wenn die Frau voll berufstätig ist, und ein Hausfrauendasein sei für Frauen ebenso erfüllend wie gegen Bezahlung zu arbeiten (Befürwortung der traditionellen Arbeitsteilung). Offensichtlich dürfen und sollen Frauen nach der Mehrheitsmeinung also arbeiten, aber nicht im gleichen Umfang wie Männer: Dies wird auch dadurch gestützt, dass noch im Eurobarometer 59.0 von Anfang 2003 weniger als die Hälfte der Befragten (44%) angaben, berufstätige Männer und Frauen sollten die gleiche Wochenstundenzahl arbeiten.

Eine differenziertere Analyse der Erwartungen an die Erwerbsmuster von Frauen im Familienzyklus zeigt, dass es hauptsächlich Mütter sind, die ihre berufliche Aktivität einschränken sollen (Abbildung 3): Bemerkenswert an dieser Darstellung ist erstens die grund-

¹⁵ Eine detaillierte Beschreibung der verwendeten Indikatoren für die Abbildung der Geschlechterkultur befindet sich als Tabelle A1 im Anhang.

legende Änderung der präferierten Erwerbsformen von Müttern nach der Geburt eines Kindes. Zweitens scheint sich über den Beobachtungszeitraum eine deutlich lineare Entwicklung vollzogen zu haben: Über alle Umstände und Zeitpunkte hinweg stieg das Ausmaß, in dem Müttern Erwerbstätigkeit zugesprochen wurde; es wird allerdings auch deutlich, dass es noch immer stark vom Alter der Kinder und somit von deren Betreuungsbedarf abhängig ist.

Abbildung 3: Gewünschtes Erwerbsverhalten von Frauen ohne Kinder, mit Kleinkindern, mit Schulkindern und mit erwachsenen Kindern in Westdeutschland, 1988-2002



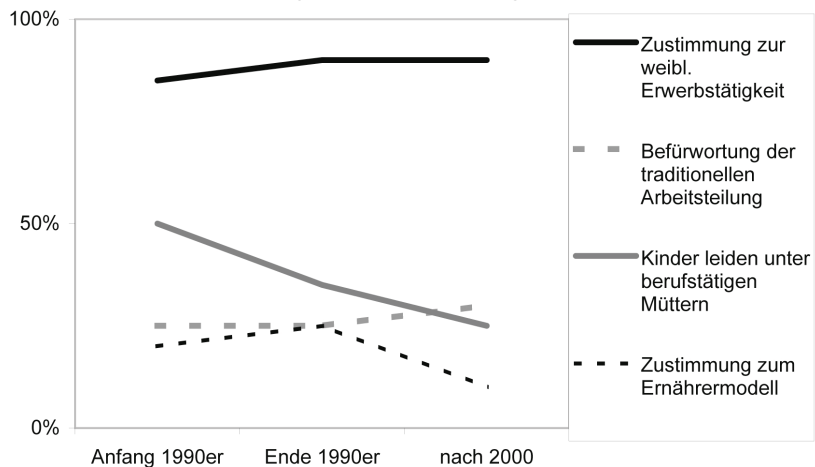
Quelle: ISSP 1988, 1994, 2002; 25-65jährige; eigene Auswertungen.

In den alten Bundesländern herrscht also die überwiegende Meinung vor, dass eine Frau den Umfang ihrer beruflichen Tätigkeiten verringern solle, um sich ihren Kindern zu widmen, und zwar bis diese ein eigenständiges Leben führen. Trotz eindeutig sichtbaren Bewegungen weg vom reinen Ernährermodell und hin zum 1,5-Verdienermodell während der Zeit der „aktiven Elternschaft“ bleibt weibliche bzw. mütterliche Erwerbstätigkeit also in Westdeutschland nur insoweit akzeptiert, als sie genügend Raum für die Kinderbetreuung lässt. Dies wird auch in Abbildung 2 bestätigt, da auch 2002 noch mehr als die Hälfte der Westdeutschen der Überzeugung sind, Kinder berufstätiger Mütter nähmen Schaden.

In den neuen Bundesländern stellen sich die diesbezüglichen Einstellungen jedoch anders dar (Abbildung 4): Die Mehrheit der Ostdeutschen schien bereits in den frühen 1990ern grundsätzlich keine Bedenken gegen die (Vollzeit-) Erwerbstätigkeit von Frau-

en zu haben, sondern sie im Gegenteil sogar zu fordern. Die Selbstverständlichkeit der weiblichen Teilnahme am Erwerbsleben hat sich somit auch fast zwei Jahrzehnte nach Ende des DDR-Regimes erhalten, während das Ernährermodell und seine traditionellen Hintergründe eine untergeordnete Rolle spielten und noch immer spielen.

Abbildung 4: Grafischer Überblick über die Entwicklung der ostdeutschen Geschlechterkultur, Anfang 1990er bis Anfang des 3. Jahrtausends

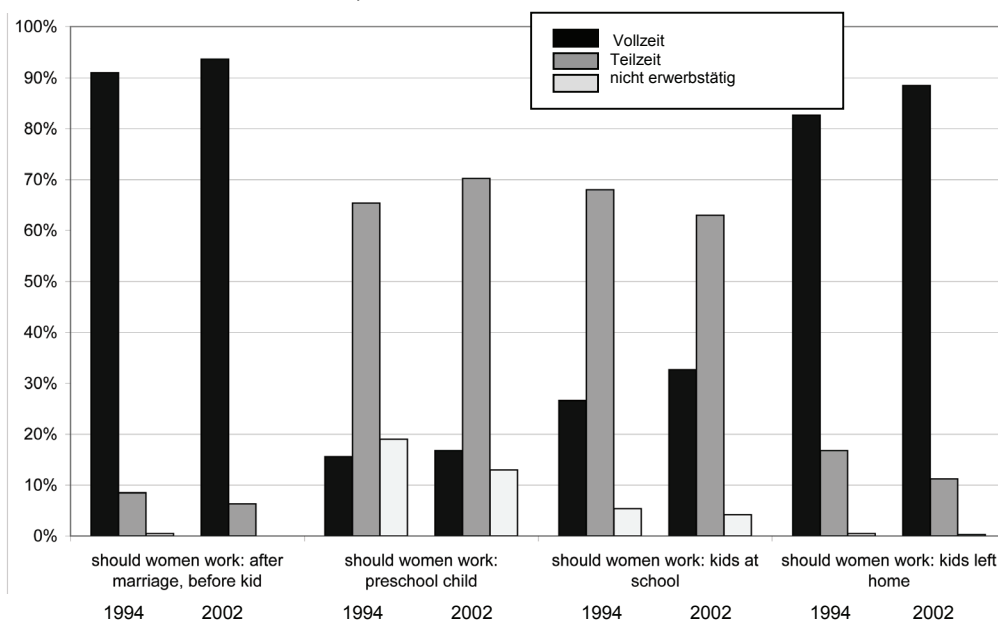


Hinweis: Linienverlauf entsteht durch Mittelwert der Zustimmungswerte der entsprechend zugeordneten Indikatoren (1990+1994 = Anfang 1990er; 1999 = Ende 1990er; 2002+2006 = nach 2000); vgl. Übersicht A1 im Anhang; Werte auf 0,05 gerundet.

Quelle: ISSP 1994, 2002; EVS 1990, 1999; EB 42, 65.1; jeweils 25-65jährige, eigene Auswertung und Darstellung.

Ähnlich konstant ist die Teilzeitpräferenz für ostdeutsche Mütter mit Kindern im Haushalt, die seit der Wiedervereinigung eine deutliche Mehrheit hinter sich hat (Abbildung 5). Sowohl Vollzeitberufstätigkeit als auch sog. „Vollzeitmutter“ während der Kleinkindphase werden nur von Minderheiten favorisiert. Für Mütter von größeren Kindern dagegen sehen im Jahr 2002 schon fast ein Drittel der Ostdeutschen eine Vollzeiterwerbstätigkeit als die beste Lösung an. Wie in den alten Bundesländern ändert sich die Verteilung über die Präferenzmodelle demnach zwar abrupt, sobald ein Kleinkind im Haushalt lebt. Allerdings spielt die Aufgabe des mütterlichen Berufs kaum eine Rolle, sondern Teilzeitarbeit ist und war die dominierende gewünschte Erwerbsform für Mütter in den neuen Bundesländern. Das 1,5-Verdienermodell ist also trotz der vehementen Förderung weiblicher Vollzeiterwerbstätigkeit unter dem DDR-Regime das dominierende Familienleitbild für ostdeutsche Familien mit Kindern.

Abbildung 5: Gewünschtes Erwerbsverhalten von Frauen ohne Kinder, mit Kleinkindern, mit Schulkindern und mit erwachsenen Kindern in Ostdeutschland, 1994-2002



Quelle: ISSP 1994, 2002; 25-65jährige; eigene Auswertungen.

Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Wandlungsprozesse

Auf der Ebene des Geschlechter-Arrangements in Deutschland ist der internationale Trend einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit auch im nationalen Kontext unverkennbar, allerdings geht er zum Großteil auf die Expansion der Teilzeitstellen zurück. Diese Beschäftigungsform wird häufig von Müttern in Anspruch genommen, vor allem in den alten Bundesländern. Ostdeutsche Frauen dagegen sind vermehrt voll berufstätig, auch wenn Kinder im Haushalt leben. Diese Unterschiede in der sozialen Praxis bestehen auch nach mehr als einem Jahrzehnt gemeinsamer familienpolitischer Rahmenbedingungen fort. Seit der Wiedervereinigung fördern jene zwar verstärkt die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, allerdings existieren noch diverse sozialpolitische Anreize, zumindest in der Familienphase mit kleinen Kindern das Ernährermodell zu praktizieren. Auf der geschlechterkulturellen Ebene ist weibliche Berufstätigkeit in der deutschen Bevölkerung flächendeckend akzeptiert, jedoch wird in beiden Landesteilen erwartet, dass Mütter beruflich zurücktreten, sobald Kinder im Haushalt leben. Bedeutete dies Ende der 1980er in den alten Bundesländern noch häufig die vollständige Aufgabe der Erwerbstätigkeit, so ähneln die bevorzugten Familienmodelle heute eher dem sog. „1,5-Verdienermodell“ mit einem vollzeit- (in der Regel der Mann) und einem teilzeitbeschäftigten Elternteil. Ost und West haben sich dabei hinsichtlich ihrer Geschlechterkultur in den letzten Jahren angenähert, allerdings sind auch noch deutliche Unterschiede erkennbar, die sich auch auf das Geschlechter-Arrangement niederschlagen.

Auch bezüglich der Veränderungen auf der strukturellen und der kulturellen Ebene fallen in den letzten Jahrzehnten einige Diskrepanzen auf. Die Familienpolitik im Westen etablierte und erhielt bis ins 21. Jahrhundert vielfältige Regelungen, die die Verbreitung des Ernährermodells in Westdeutschland weiter unterstützten. Allerdings waren Mütter zunehmend unzufrieden mit dieser Organisation des Familienlebens, immer mehr Frauen wollten gar nicht mehrere Jahre komplett zuhause bleiben. Der Wiedereinstieg ins Erwerbsleben nach der Babypause gestaltete sich aber mangels Betreuungsmöglichkeiten und Teilzeitarbeitsplätzen schwierig.¹⁶ Diese und ähnliche Spannungen zwischen kultureller und institutioneller Ebene legen nahe, dass die geschlechterkulturellen Vorstellungen unter den (West-)Deutschen seit etwa Mitte der 1990er Jahre fortschrittlicher (im Sinne von stärker am 1,5- und Zweiverdienermodell ausgerichtet) als die entsprechenden familien- und arbeitsmarktpolitischen Regelungen waren. Erst Anfang des dritten Jahrtausends reagierten diverse Reformen auf die Bedürfnisse in der Bevölkerung (Teilzeitbefristungsgesetz, Tagesbetreuungsausbaugesetz, Elterngeld etc.); in groben Zügen scheinen sich sowohl Kultur als auch Struktur nun am 1,5-Verdienermodell zu orientieren, wobei dem möglichst raschen Wiedereinstieg nach der Geburt und der gleichberechtigten Aufteilung der Betreuungszeit zwischen Männern und Frauen verstärkt Gewicht verliehen wird.

Auch der ostdeutschen Geschlechterkultur müssten diese familienpolitischen Entwicklungen entgegen gekommen sein, da sie bereits in den frühen 1990ern viel stärker am Zweiverdienermodell orientiert war als die westdeutsche, wenn auch mit einer überraschend weit verbreiteten Teilzeitpräferenz für Mütter von Kleinkindern. Es ist zu vermuten, dass die ehemaligen DDR-Bürger eine verringerte Arbeitszeit für diese Gruppe auch schon vor der Wiedervereinigung befürwortet hätten, d.h. die vom sozialistischen Regime aufgezwungene, kurze Erwerbspause von nur einem Jahr mit anschließender Rückkehr in den Beruf zu Vollzeitbedingungen stand im Gegensatz zu den verbreiteten Werten. Die neuen Bundesländer sind zwar bezüglich der Geschlechterkultur und des Geschlechter-Arrangements auch nahezu zwei Dekaden nach der Einigung noch sichtbar weiter in Richtung Zweiverdienermodell positioniert, aber dennoch ist in beiden Bereichen eine Annäherung der beiden deutschen Landesteile zu beobachten.

Fallstudie 2: Niederlande

Die soziale Praxis: Das Geschlechter-Arrangement

Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern, von denen viele bereits in den 1960ern einen Anstieg der Frauenerwerbsbeteiligung und -beschäftigung erlebten, waren die Niederlande zwar eher ein „Späentwickler“. Sie haben dies aber durch ein rasantes Wachstum in den letzten 30 Jahren wieder weitgehend wettgemacht, so dass im Jahr 2007 bereits 68% aller Frauen zwischen 15 und 64 Jahren berufstätig waren. Es fallen jedoch auch die im internationalen Vergleich immens hohen Teilzeitquoten in den Niederlanden auf: seit Anfang der 1980er Jahre stieg der entsprechende Anteil unter allen Beschäftigten bei den Frauen von etwa 45% auf über 60% und bei den Männern von 5% auf 15%. Insgesamt arbeiteten damit im Jahr 2006 mehr als ein Drittel aller beschäftigten Niederländer weniger als 30 Wochenstunden (OECD Factbook 2008).

16 vgl. Fuhrmann 2005; Wendt/Maucher 2000.

Anders als ihre (west-)deutschen Nachbarn betrachten aber immer mehr Niederländerinnen die Geburt eines Kindes nicht mehr als Anlass, ihren Beruf aufzugeben: Im Jahr 2003 nahmen 90% der frisch gebackenen Mütter nach dem Mutterschaftsurlaub ihre alte Beschäftigung wieder auf (1997 entschieden sich nur etwa drei Viertel dazu), reduzierten dann aber meistens ihre Arbeitszeit. Der Anteil der Mütter, die gleich nach der gesetzlich vorgeschriebene Mutterschutzfrist von mindestens zehn Wochen gleich wieder Vollzeit arbeiten, ist dagegen kaum gestiegen (Beckers 2004). In den Niederlanden scheint also inzwischen das 1,5-Verdienermodell in Familien mit Kindern zu dominieren, und zwar bereits sehr früh nach der Geburt eines Kindes und dann auf Dauer.

Die Geschlechterordnung: Familienpolitische Interventionen

Anders als in Deutschland gibt es in den Niederlanden erst seit 2007 ein gesondertes Ministerium, das sich explizit mit „Familie“ beschäftigt. Im Fokus steht dort aber eher das Wohlergehen der Kinder, ein Gleichgewicht zwischen Familienleben und Beruf auf Seiten der Eltern wird mehr als Voraussetzung dafür denn als Ziel an sich betrachtet (Ministerie van Jeugd en Gezin 2007). Eine Gemeinsamkeit der beiden Länder ist dahingegen, dass die Sozialpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst stark am Ernährermodell ausgerichtet war. Angesichts verschiedener sozioökonomischer und kultureller Veränderungen wie z.B. drastisch sinkender Geburtenraten, wachsenden Arbeitskräftebedarfs und steigender Scheidungsraten büßte das reine Ernährermodell jedoch zunehmend an Popularität ein. Ab 1974 verfolgte die niederländische Regierung daher offiziell eine aktive Politik für die Emanzipation der Frauen, was die Einführung diverser Maßnahmen zur Stärkung ihrer Position sowie die Beseitigung von Geschlechterungleichheiten vorsah. In den 1980er Jahren tauchte erstmals die Idee der gleich verteilten Arbeit in der niederländischen Gesellschaft auf, allerdings war trotz eines lebhaften öffentlichen Diskurses über das Recht der Frauen auf Arbeit wenig konkrete politische Handlung erkennbar; die finanziellen Anreize, Arbeit und Familie zu kombinieren, waren eingeschränkt im Vergleich zu Regelungen, die das Ernährermodell begünstigten. Allerdings einigten sich die Sozialpartner bereits 1982 im Abkommen von Wassenaar, Teilzeitarbeit u.a. als Instrument zur Umverteilung von Arbeit und zur Erhöhung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen zu benutzen (van den Brekel/van de Kaa 1994: 253-256, 259f.; Peper/Phlippen 2003: 1-5; van Oorschot 2008: 475f.).

Seit Ende der 1980er Jahre veröffentlichte die niederländische Regierung jedoch Berichte, in denen sie die Notwendigkeit einräumte, Hindernisse für die Vereinbarkeit von Elternschaft und anderen Lebensstiloptionen aus dem Weg zu schaffen und ihre Bereitschaft zur Umsetzung dieses Zieles signalisierte. Seitdem verfolgt die niederländische Sozialpolitik daher zwei Hauptziele: (1) die Steigerung der Zahl ökonomisch unabhängiger Frauen und (2) eine ähnlichere Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern. Von 1990 bis 2002 förderte die Regierung auch de facto den Ausbau von Kindertagesstätten und erreichte damit eine erhebliche Steigerung der Kinderbetreuungskapazität.¹⁷ Schließlich trat 1991 ein Gesetz zum Elternurlaub in Kraft, das beiden Elternteilen das Anrecht auf einen unbezahlten Teilzeiturlaub mit mindestens 20 Wochen-

17 Da Kinderbetreuung jedoch nicht als staatliche Aufgabe verstanden wurde und deren Verwaltung und Finanzierung seit Mitte der 1980er den Gemeinden oblag, stiegen mit der Anzahl der Plätze auch die Preise.

stunden Arbeit für einen maximalen ununterbrochenen Zeitraum von sechs Monaten gewährte, und zwar bis zum vierten Lebensjahr des Kindes. Damit sollten Frauen dazu bewegt werden, gleich nach der Geburt wieder erwerbstätig zu sein, und Männer angeregt, ihrer Familie mehr Zeit zu widmen. Allerdings war in dem Gesetz kein finanzieller Ausgleich vorgesehen.¹⁸ Dieser wurde im Rahmen des bedarfsunabhängigen Kindergelds geleistet, bietet jedoch nur eine Absicherung auf sehr niedrigem Niveau, vor allem für Großfamilien (van den Brekel/van de Kaa 1994: 266-269; Tyroller 2005; van Oorschot 2008: 471f.).

Tabelle 2: Überblick über die niederländische familienrelevante Sozialpolitik (Stand: Dezember 2007)

	Ausgestaltung	Entwicklung	Einfluss auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Geldleistungen	<i>Kindergeld:</i> €60 - €90 pro Monat	alte Regelung; stetige Senkung	positiv; allerdings kein Ausgleich der Ausgaben für Kinder
	<i>Mutterschaftsgeld:</i> 100% Lohnersatz für 16 Wochen	alte Regelung; Verlängerung der Bezugsdauer Ende der 1980er	positiv: hohe Ersatzrate, relativ lange Bezugsdauer
	<i>Zuschuss zu Kinderbetreuungskosten:</i> bis zu zwei Drittel (teils Übernahme durch Arbeitgeber, teils durch Steuernachlässe)	neue Regelung (2005); seit 2007 gesetzliche Verpflichtung für Arbeitgeber, 1/6 der Kosten zu übernehmen	positiv: Beteiligung von Staat und AG an Kosten bei zwei berufstätigen Elternteilen bzw. Teilnahme an Arbeitsmarktmaßnahmen
	<i>Steuerermäßigungen</i> bei (1) Unterhaltung von Kindern (2) Inanspruchnahme von Elternurlaub	neue Regelung (Steuerreform 2001); vorher starker Bias in Richtung des Ernährersmodells	positiv: trotz individualisiertem Steuersystem Vorteile für Familien; Anreize zur Erwerbstätigkeit
zeitwerte Anrechte	<i>Arbeitszeitminderung/-steigerung:</i> ohne Angaben von Gründen	neue Regelung (seit 2000); quasi Erweiterung des Elternurlaubs	positiv; besonders Option der Steigerung bei zunehmendem Kindesalter
	<i>Lebensarbeitszeitkonten:</i> steuerfreies Sparen vom Bruttogehalt zur Finanzierung von Auszeiten	neue Regelung (seit 2006)	positiv: flexible und individuelle Gestaltung von Betreuungspflichten für beide Elternteile negativ: individuelle Verantwortung für finanzielle Absicherung
Realtransfers	<i>Kinderbetreuung:</i> komplett der Privatwirtschaft und Stiftungen übergeben	Seit Ende der 1990er zunehmender Rückzug des Staates	positiv: Wahlfreiheit der Eltern negativ: hohe Preise, eher „Betreuen“ statt „Erziehen“

Quelle: eigene Zusammenstellung.

Im Zusammenhang mit den Bemühungen um die Umverteilung der Arbeit (sowohl zwischen Männern und Frauen als auch zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen) stellte der Emanzipationsrat im Jahr 1996 schließlich das „Zweimal-Drei-Viertel-Modell“ vor, in dem Männer und Frauen etwa vier Tage pro Woche einer bezahlten Beschäftigung nach-

18 Dieser stand nur Angestellten des Öffentlichen Dienstes und einer Minderheit der Beschäftigten zu, die von einer entsprechende Tarifvertragsregelung profitierten (Knijn 2008:164).

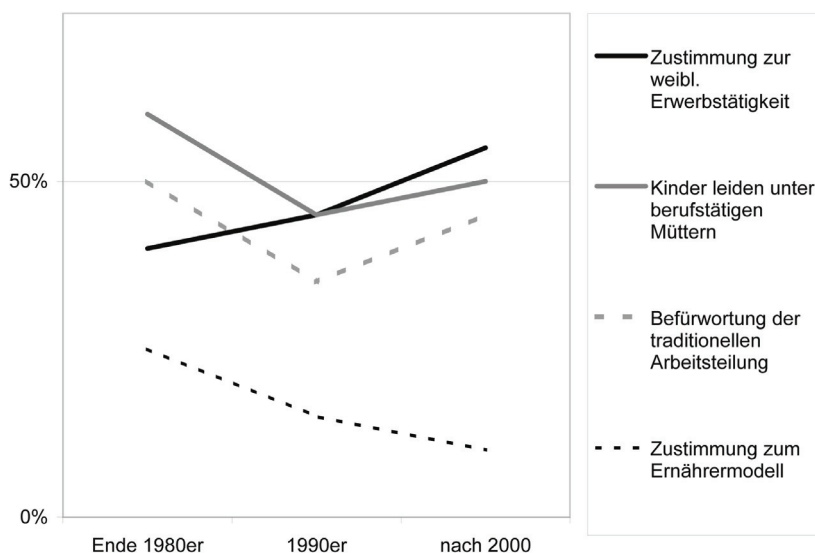
gehen, die Verantwortung für unbezahlte Haushaltstätigkeiten (vor allem Kinderbetreuung) unter sich aufteilen und – in begrenztem Umfang – auf öffentliche Betreuungsmöglichkeiten zurückgreifen. Einen ähnlichen Zweck verfolgte auch das „Kombinationsszenario“, das 1998 von der sozial-liberalen Regierung sogar als offizielle Politik übernommen und durch weitere Verbesserung der Stellung von Teilzeitbeschäftigten begleitet wurde (Knijn 2002: 186; Peper/Phlippen 2003: 7f.; Plantenga et al. 1999: 102f.).

Die Förderung der Teilzeitarbeit scheint somit die zentrale Strategie der niederländischen Politik zu sein, um Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Seit Januar 2006 wird den Beschäftigten außerdem im Rahmen der „Lebensarbeitszeitregelung“ ein großer Spielraum zugestanden, entsprechend ihren Bedürfnissen individuelle „Lebenslauf-Arrangements“ (Peper/Phlippen 2003: 13) zu treffen. Seitdem sind fast alle Regelungen von Arbeitsmarktauszeiten bezüglich Betreuungsaufgaben gestrichen und müssen/ können individuell geplant und finanziert werden. Dadurch entstehen einerseits Anreize für Frauen (aber auch für Männer), dem Arbeitsmarkt aufgrund Kinderbetreuung möglichst kurz fernzubleiben; andererseits wird das Aufziehen von Kindern zu einem „persönlichen Risiko“, das besonders für einkommensschwache Familien eine große Bürde darstellt (Knijn 2008: 165). Das weitgehend individualisierte Steuerrecht, der marktwirtschaftliche Ansatz der Kinderbetreuung und die zunehmende Flexibilisierung der Arbeit bestätigen den seit den 1970er Jahren zu beobachtenden Trend, dass die vormals sehr konservativ geprägte Sozialpolitik in den Niederlanden inzwischen vielfältige Elemente der sozialdemokratischen und liberalen Wohlfahrtsregime aufgenommen hat und somit heute eine Mischform darstellt (vgl. auch Knijn 2008; van Oorschot 2008).

Die Geschlechterkultur: Der Wandel der normativen Leitbilder

Die geschlechterkulturellen Vorstellungen und ihre Ausbildung im Zeitverlauf sind in den Niederlanden nicht immer eindeutig und konsistent (vgl. dazu auch Knijn 2008: 156f.). Erstaunlich ist, dass erst seit der Jahrtausendwende eine Mehrheit den Indikatoren zur weiblichen Erwerbstätigkeit zustimmt (Abbildung 6). Demgegenüber sank allerdings der Anteil der Befürworter des reinen Ernährersmodells im Beobachtungszeitraum von einem Minderheitswert weiter ab auf ein Zehntel. Seit Ende der 1990er Jahre scheint es zudem wieder mehr Niederländer zu geben, die die traditionelle Arbeitsteilung befürworten und befürchten, Kinder litten unter berufstätigen Müttern.

Abbildung 6: Grafischer Überblick über die Entwicklung der niederländischen Geschlechterkultur, Ende der 1980er bis Anfang des 3. Jahrtausends



Hinweis: Linienverlauf entsteht durch Mittelwert der Zustimmungswerte der entsprechend zugeordneten Indikatoren (1988 + 1990 = Ende 1980er; 1994 + 1999 = 1990er; 2002 + 2006 = nach 2000), vgl. Übersicht A1 im Anhang; Werte auf 0,05 gerundet.

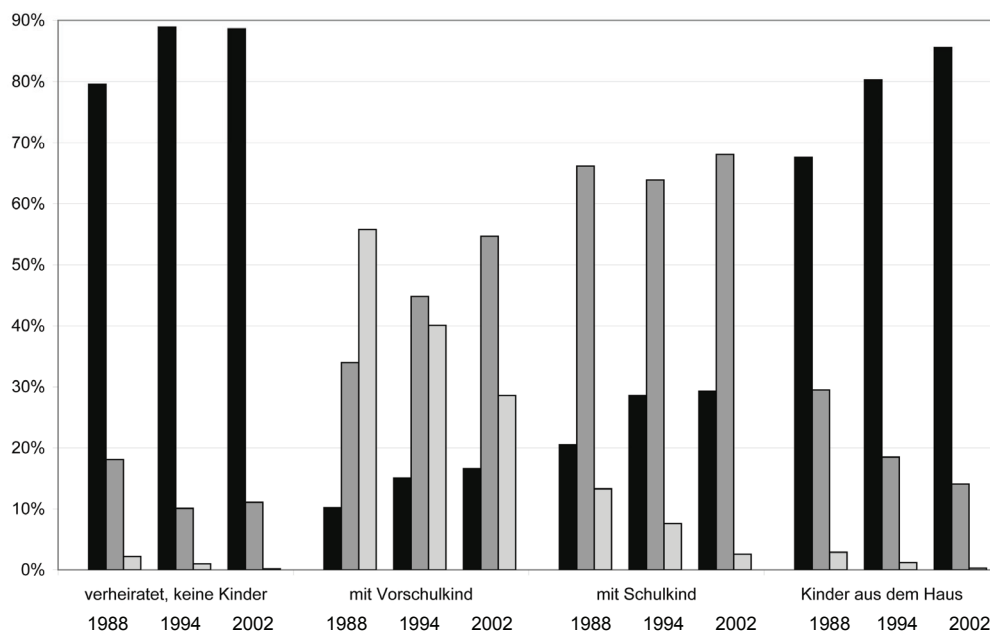
Quelle: ISSP 1988, 1994, 2002; EVS 1990, 1999; EB 42, 65.1; jeweils 25-65jährige, eigene Auswertung und Darstellung.

Allerdings kann hier möglicherweise ein genauerer Blick auf die Verteilung der Erwartungen an mütterliche Erwerbstätigkeit in Abhängigkeit vom Familienzyklus Klarheit bringen (Abbildung 7). Wie in Deutschland wird demzufolge Vollzeit-erwerbstätigkeit für Frauen im ersten Familienabschnitt (d.h. ohne Kinder) bereits seit Ende der 1980er von mindestens 80% der niederländischen Bevölkerung als die beste Alternative angesehen. Wieder zeigt sich jedoch ein fundamentaler Wandel der Verteilung, sobald ein Kind geboren ist. In den vier bis fünf darauf folgenden Jahren¹⁹ war Vollzeit-erwerbstätigkeit auch 2002 noch die am seltensten befürwortete Option, während die der vollständigen Erwerbspause allmählich von der Ausübung einer Teilzeitbeschäftigung verdrängt wurde.

Ähnlich wie in Deutschland ist in den Niederlanden Vollzeit-erwerbstätigkeit von Frauen also nur solange gesellschaftlich akzeptiert, als sie keine familiären Verpflichtungen haben. Auch noch zu Beginn des dritten Jahrtausends halten Niederländer es für am besten, wenn die Mutter nach der Geburt eines Kindes das Ausmaß ihrer Erwerbstätigkeit verringert. Dabei spielt die vollständige Aufgabe des Berufs jedoch höchstens bei Vorschulkindern noch eine nennenswerte Rolle und die Verteilung der Präferenzmodelle ähnelt damit eher der Situation in Ostdeutschland.

¹⁹ Anders als in Deutschland und Dänemark beginnt die Schulpflicht in den Niederlanden nicht mit dem sechsten, sondern bereits mit dem fünften Lebensjahr und es können auch schon Vierjährige eingeschult werden.

Abbildung 7: Gewünschtes Erwerbsverhalten von Frauen ohne Kinder, mit Kleinkindern, mit Schulkindern und mit erwachsenen Kindern in den Niederlanden, 1988-2002



Quelle: ISSP 1988, 1994, 2002; 25-65jährige; eigene Auswertungen.

Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Wandlungsprozesse

Das niederländische Geschlechter-Arrangement hat sich in den letzten Jahrzehnten durch die rasant steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen auffällig verändert. Zwar praktizieren noch etwa ein Drittel aller Familien das reine Ernährermodell, fast die Hälfte der Familien bevorzugt allerdings inzwischen das 1,5-Verdienermodell, und zwar derart, dass die Mutter unmittelbar nach Ablauf der Mutterschutzzeit für eine reduzierte Stundenzahl an ihren Arbeitsplatz zurückkehrt. Auf struktureller Seite werden Teilzeitarbeit und flexible Beschäftigungsformen gefördert. Dies geschieht durch vielfältige Angebote für beide Partner, die nicht (immer) zweckgebunden sind; dennoch sind es hauptsächlich Frauen, die flexibel und in Teilzeit berufstätig sind, um parallel Kinderbetreuungsaufgaben wahrnehmen zu können.

Trotz der Unstimmigkeiten bezüglich der Frauenerwerbstätigkeit auf der geschlechterkulturellen Ebene gehe ich davon aus, dass die Niederländer im Allgemeinen eine relativ moderne Einstellung haben, was (ununterbrochene) Berufstätigkeit von Müttern betrifft. Allerdings hat die Betreuung eines Kindes von der eigenen Mutter ebenfalls noch einen hohen Stellenwert, daher soll externe Betreuung möglichst nur stunden- oder tagesweise in Anspruch genommen werden; hier spielen allerdings auch die hohen Kosten der inzwischen komplett privatisierten Betreuungsstätten eine Rolle, sowie der hohe bürokratische Aufwand bei der Beantragung von Zuschüssen (vgl. Knijn 2008).

Mit Blick auf die parallele Entwicklung von Geschlechterkultur und Geschlechterordnung nehme ich damit an, dass die Reformen zugunsten der Teilzeitbeschäftigung

(verstärkt in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre) den niederländischen Müttern entgegen kamen; sie beugten sozusagen einem Konflikt zwischen gesellschaftlich etablierten Normen bezüglich Mutterschaft und dem steigenden Bedürfnis nach Erwerbstätigkeit von Frauen vor, indem sie eine Beschäftigungsform etablierten, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichte oder zumindest stark erleichterte.²⁰

Fallstudie 3: Dänemark

Die soziale Praxis: Das Geschlechter-Arrangement

Die Erwerbstätigkeit der dänischen Frauen ist bereits seit den frühen 1980er Jahren eine Selbstverständlichkeit: Ihre Beschäftigungsquote ist seitdem konstant hoch und schwankt um 70%; im Jahr 2005 führte Dänemark diesbezüglich sogar die Rangliste der damals 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union an (Statistics Denmark 2007: 117f.). Eine weitere Besonderheit der dänischen Erwerbsmuster ist die sinkende Entwicklung der Teilzeitarbeit in der weiblichen Bevölkerung: im Jahr 2005 arbeiteten nur noch 22% der erwerbstätigen Däninnen weniger als 30 Stunden pro Woche. Auch in der dänischen Bevölkerung sind damit mehr Frauen als Männer in Teilzeit beschäftigt, allerdings mit konvergierendem Trend. Die durchschnittliche Arbeitszeit dänischer Frauen liegt seit dem Jahr 2000 bei etwa 32 bis 33 Wochenstunden.²¹ Daneben fällt auf, dass die Hälfte von ihnen im öffentlichen Dienst arbeitet (Statistics Denmark 2007: 127).

Auch Mutterschaft hat kaum Einfluss auf ihre Erwerbstätigkeit, denn die Beschäftigungsquote von Müttern mit Kindern unter 12 Jahren betrug im Jahr 2003 herausragende 80%²² (Roostgaard 2006: 95). Dies liegt hauptsächlich daran, dass Frauen nach der Geburt eines Kindes innerhalb weniger Monate wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehren – überwiegend zu Vollzeitbedingungen – und ihr Kind einer Tagesbetreuungsstätte anvertrauen. So nahmen die frisch gebackenen dänischen Mütter im Jahr 2005 durchschnittlich etwa neun Monate (271 Tage) des Elternurlaubs in Anspruch; Väter blieben dagegen nur 22 Tage zuhause. Es sind also trotz allem überwiegend die Frauen, die ihre Erwerbstätigkeit unterbrechen. Das Geschlechter-Arrangement in Dänemark ähnelt damit sehr stark dem Zweiverdienermodell, wenn auch noch blasse Spuren einer traditionellen Rollenverteilung in Form der längeren Inanspruchnahme der Freistellungszeiten durch Frauen zu sehen sind.

Die Geschlechterordnung: Familienpolitische Interventionen

In Dänemark wird Familienpolitik nicht so ausdrücklich formuliert wie in Deutschland, da man den vielfältigen Lebensformen neutral gegenüber treten will. Die entsprechenden Regelungen sind wie die dänische Sozialpolitik im Allgemeinen stark von den Vorstellungen der Individualität, Gleichheit und Solidarität geprägt. Nach der raschen Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt im Zuge des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates in den

20 Visser (2002) schränkte in diesem Zusammenhang jedoch ein, dass Teilzeitarbeit unter den niederländischen Müttern hauptsächlich deshalb so verbreitet sei, weil es an öffentlicher Unterstützung mangle und eine eingeschränkte Berufstätigkeit somit nur die zweitbeste Option sei (Visser 2002: 34).

21 Männer dagegen arbeiteten im gleichen Zeitraum zwischen 38 und 39 Wochenstunden (Quelle: AKU7, Statbank Denmark: www.statbank.dk)

22 Über den Anteil der Teilzeitbeschäftigung darunter sind keine Daten verfügbar.

1960er Jahren bildeten sich zudem bald Frauenbewegungen, die eine vergleichsweise frühe Reaktion auf politischer Ebene erreichten. Somit profitierten die Däninnen bereits in den 1970er und 1980er Jahren von der öffentlichen Bearbeitung der Gleichstellungsfragen (Fuhrmann 2005: 69, 73). In den frühen 1980er Jahren wurde im Rahmen dessen die Mutterschutzzeit auf 24 Wochen verlängert, von denen die letzten zehn erstmals auch vom Vater genommen werden konnten; außerdem erhielten junge Väter zwei Wochen Zusatzurlaub nach der Geburt, und zwar mit nahezu vollständigem Einkommensersatz (Fuhrmann 2005: 46-55; Pruzan 1994: 49-52). Im Jahr 1987 wurde schließlich auch ein Kindergeld eingeführt, dessen Höhe jedoch – anders als z.B. in den Niederlanden – mit zunehmendem Alter des Kindes sinkt.

Als die Arbeitslosigkeit Ende der 1980er rapide zu steigen begann, versuchte man der Krise zunächst mit klassischen Mitteln zu begegnen und führte daher ab 1993 großzügige Freistellungsregelungen ein. Ab Januar 1994 konnten sich somit Eltern von Kindern bis acht Jahren wegen Kinderbetreuung beurlauben lassen und erhielten einen Lohnausgleich, der dank kommunaler Zuschläge nicht selten 90% erreichte. Sofort nach Einführung des Programms explodierte das Interesse quasi, allerdings war die überwältigende Mehrheit aller Beurlaubten Frauen, so dass es innerhalb kurzer Zeit besonders im Öffentlichen Dienst zu Personalengpässen kam und daraufhin die kommunalen Zuschüsse wieder gestrichen wurden. Nachdem Mitte der 1990er Jahre das Wirtschaftswachstum einsetzte, wurden die Freistellungsregelungen weiter gekürzt und/oder finanziell unattraktiv gemacht. Im Öffentlichen Dienst blieben die Beurlaubungsmöglichkeiten allerdings relativ großzügig, so dass sich der Frauenanteil dort weiter erhöhte und sich somit die berufliche Segregation in Dänemark festigte (Fuhrmann 2005: 59; Pruzan 1994: 45f.).²³ Da nun im Aufschwung wieder alle Arbeitskräfte gebraucht wurden, bemühte sich die dänische Regierung um den weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, so dass im Jahr 2002 das Ziel der vollständigen Deckung beinahe erreicht war. Die Reform der Urlaubsansprüche aufgrund von Elternschaft, die im Frühling 2002 in Kraft trat, hob die Unterscheidung zwischen Mutterschutzzeit, Vaterschafts- und Mutterschaftsurlaub etc. auf und bedeutete im Vergleich zur alten Regelung zwar einen höheren finanziellen Ausgleich, aber eine kürzere Dauer. Seitdem können Eltern also nur noch etwa ein Jahr zuhause bleiben, währenddessen jedoch bis zu 100% ihres vorherigen Gehalts beziehen. Verlängerungen sind nur noch um einige Wochen möglich und bei niedrigerer Ersatzrate; außerdem wurde die Flexibilität der Inanspruchnahme erhöht und die Rückkehrmöglichkeit auf Teilzeitbasis eingeführt (Roostgaard 2006: 95ff.).

23 Diese Entwicklung könnte auch die oben erwähnte Tatsache erklären, dass Frauen im Allgemeinen längeren Elternurlaub nehmen als Männer, da sie tendenziell günstigere Bedingungen genießen.

Tabelle 3: Überblick über die dänische Familienpolitik (Stand: Dezember 2007)

	Ausgestaltung	Entwicklung	Einfluss auf Vereinbarkeit von Familie und Beruf
Geldleistungen	<i>Kindergeld:</i> €110 – €155 pro Monat	alte Regelung; stetige Erhöhung	positiv; nur partieller Ausgleich für tatsächliche Kosten
	<i>Mutterschaftsgeld:</i> 100% Lohnersatz für 18 Wochen	alte Regelung; konstant	positiv: hohe Ersatzrate, sehr lange Bezugsdauer
	<i>Elterngeld:</i> bis zu 100% Lohnersatz für ca. 11 Monate nach Geburt	neue Regelung; Reform 2002: höherer Betrag, kürzere Bezugsdauer	positiv: hohe Ersatzrate, Anreiz zur frühen Rückkehr in den Beruf, für beide Eltern
	<i>Steuerrecht:</i> Ehegattenvorteil	alte Regelung	negativ: setzt Anreiz zum 1,5-Verdiener-/Ernährermodell
	<i>Kinderbetreuungsbeihilfe:</i> bis zu 70% der Kosten öffentlicher Betreuung bei Nicht-Inanspruchnahme derselben	neue Regelung (2002/2003) ²⁴	negativ: Anreiz zur Heimbetreuung, aber auch positiv: finanzielle Beihilfe für private Betreuungsangebote
zeitwerte Anrechte	<i>Vaterschaftsurlaub:</i> 2 Wochen bei 100% Lohnersatz	alte Regelung	positiv: relativ lang, allerdings innerhalb Mutterschutzzeit
	<i>Elternurlaub:</i> 32 Wochen für beide Eltern ab 14. Lebenswoche des Kindes	neue Regelung (Reform 2002): kürzere Dauer	positiv: Flexibilität, Aufschub- und Teilzeitmöglichkeit
Realtransfers	<i>Kinderbetreuungsangebot:</i> vielfältig, stark subventioniert (zu mind. 70%), hohe Deckung	alte Regelung, stetiger Ausbau	positiv: macht frühe Rückkehr zur Vollzeiterwerbstätigkeit möglich, pädagogische Komponente

Quelle: eigene Zusammenstellung.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass das umfassende Kinderbetreuungssystem eine zentrale Rolle bei der Vereinbarung von Familie und Beruf in Dänemark spielt, denn Freistellungs- und Teilzeitregelungen sind mittlerweile eher knapp ausgestaltet. Dies entspricht der Strategie der dänischen Sozialpolitik, eine möglichst umfassende Einbindung der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt zu erreichen, u.a. um die Nachfrage der boomenden Wirtschaft bedienen und den hohen Standard der steuerfinanzierten öffentlichen Dienstleistungen aufrechterhalten zu können.

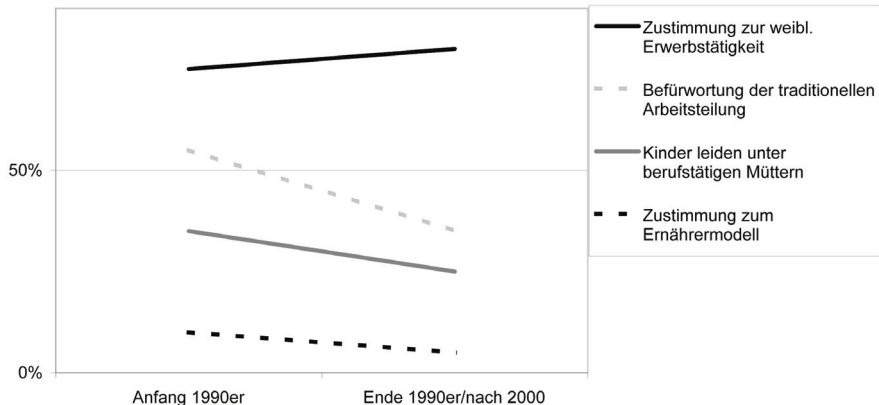
Die Geschlechterkultur: Der Wandel der normativen Leitbilder

Die geschlechterkulturellen Vorstellungen der Dänen scheinen zunächst sehr modern und egalitär: Abbildung 8 zeigt, dass das Ernährermodell bereits zu Beginn der 1990er Jahre in Dänemark nur noch von einer kleinen Minderheit vertreten wurde, die seitdem noch weiter schrumpfte. Im Gegenzug gewinnt die allgemeine Zustimmung weiblicher Erwerbstätigkeit, die traditionell weit verbreitet ist, weiter an Befürwortern. Interessant ist in dieser Hinsicht allerdings, dass auch 2003 noch nur 58% der Dänen der Meinung waren, Frauen und Män-

24 Seit 2002 können die Gemeinden Zuschüsse gewähren, falls Eltern ihre Kinder selbst betreuen und somit keinen öffentlich finanzierten Betreuungsplatz beanspruchen; seit 2003 kann dieser Zuschuss auch in Fällen gewährt werden, in denen Eltern eine dritte Person zur Kinderbetreuung beschäftigen oder einen privaten Anbieter wählen (Quelle: Ministerium für Inneres und Gesundheit, <http://www.im.dk>).

ner sollten tatsächlich die gleiche Wochenstundenzahl arbeiten (EB 59.0). Auf den ersten Blick scheint das Zweiverdienermodell in der dänischen Gesellschaft somit spätestens seit Ende der 1980er kulturell deutlich gestützt zu werden; teilweise ist bei den verschiedenen Indikatoren sogar noch eine weitere Entwicklung in diese Richtung erkennbar.

Abbildung 8: Grafischer Überblick über die Entwicklung der dänischen Geschlechterkultur, Ende der 1980er bis Anfang des 3. Jahrtausends²⁵



Hinweis: Linienvorlauf entsteht durch Mittelwert der Zustimmungswerte der entsprechend zugeordneten Indikatoren (1990 + 1994 = Anfang 1990er; 1999 + 2002 + 2006 = Ende 1990er/nach 2000), vgl. Übersicht A1 im Anhang; Werte auf 0,05 gerundet.

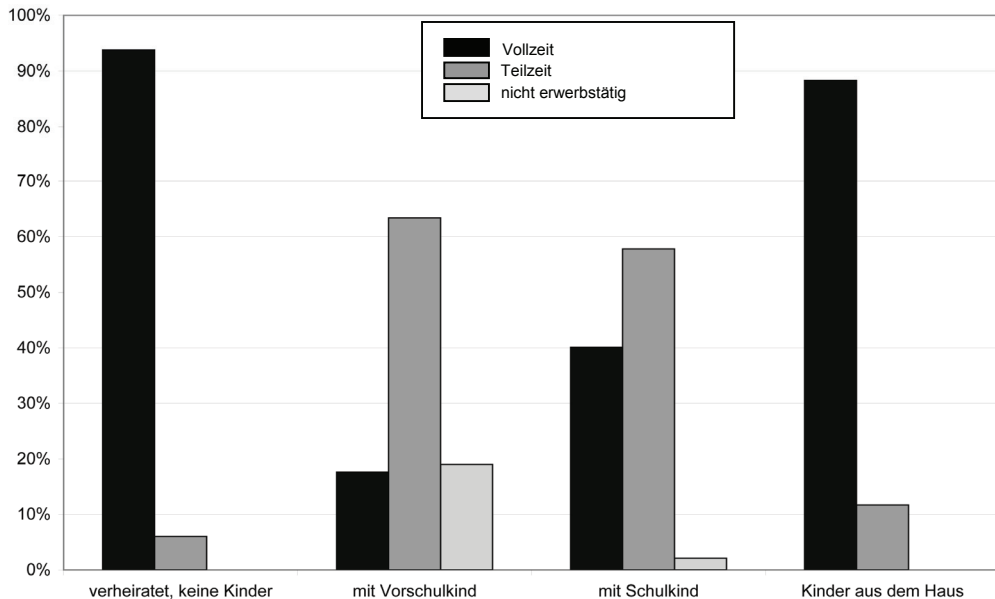
Quelle: ISSP 2002; EVS 1990, 1999; EB 34.1, 42, 65.1; jeweils 25-65jährige, eigene Auswertung und Darstellung.

Allerdings fällt beim Blick auf Abbildung 9 die für ein skandinavisches Land ungewöhnlich hohe Präferenz für Mütter in Teilzeitbeschäftigungen auf. Auch in Dänemark offenbarten sich demnach auffällige Unterschiede bezüglich der Vorstellungen von mütterlicher Erwerbstätigkeit je nach Vorhandensein von Kindern im Haushalt und deren Alter. Sogar Mütter von größeren Kindern sollten demnach noch eher Teilzeit als Vollzeit arbeiten, während Vollzeitmutterchaft im Befragungsjahr 2002 nur für die Familienphase mit Kleinkindern einen nennenswerten Wert von knapp einem Fünftel erreicht. Die Dänen vertreten also ebenso wie die Deutschen und die Niederländer mehrheitlich die Ansicht, eine Frau sollte nach Geburt eines Kindes beruflich zurücktreten. Insgesamt ist in der dänischen Geschlechterkultur durchaus eine Entwicklung in den Vorstellungen der Dänen hinsichtlich der Rollen von Frauen erkennbar, allerdings haben sich eher bereits Anfang

25 Da Dänemark erst ab 1998 am ISSP teilnimmt, liegen für das hier verwendete Familien- und Geschlechtermodul nur Daten für die 2002er Welle vor; aus diesem Grund wurden als Eckpunkte im Zeitverlauf auch nur jeweils Anfang der 1990er Jahre und Ende der 1990er/nach 2000 angegeben. Für die Abbildung der Präferenzen für mütterliche Erwerbstätigkeit wird für die 1990er Jahre auf das Eurobarometer 34.1 aus dem Jahr 1994 zurückgegriffen; allerdings werden dort nur Frauen befragt, und zwar nach dem bevorzugten Familienarrangement für ihr eigenes Leben.

der 1990er Jahre bestehende Tendenzen gefestigt als neue Leitbilder (in Form von wechselnden Mehrheiten) gebildet.

Abbildung 9: Gewünschtes Erwerbsverhalten von Frauen ohne Kinder, mit Kleinkindern, mit Schulkindern und mit erwachsenen Kindern in Dänemark, 2002



Quelle: ISSP 2002; 25-65jährige; eigene Auswertungen.

Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Wandlungsprozesse

Die Beschäftigungsformen der dänischen Frauen haben sich seit Anfang der 1980er kaum verändert: Dänemark ist europaweit führend, was die Beschäftigungsquoten von Frauen und auch Müttern betrifft; zwischen beiden Gruppen gibt es kaum Unterschiede, Teilzeitarbeit spielt eine untergeordnete und weiter sinkende Rolle. Demgegenüber ist umso verwunderlicher, dass noch 2002 eine Mehrheit der Befragten dieser Beschäftigungsform für Mütter von Klein- und Schulkindern den Vorrang gibt. Erstaunlich ist diese Präferenz zudem, wenn man bedenkt, dass sich die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von dänischen Frauen mit etwa 32 Stunden sowieso schon nahe an der OECD-Teilzeitgrenze bewegt.²⁶

Grundsätzlich stellt sich die dänische Geschlechterkultur nahe dem Zweiverdienermodell dar, allerdings nicht so progressiv, wie es die soziale Praxis vermuten lassen wür-

26 Dieser Wunsch nach geringerer Arbeitszeit wird auch von einer gesamteuropäischen Umfrage aus dem Jahr 1998 bestätigt. Dänemark lag damals im Trend der skandinavischen Staaten, in denen zwei Vollzeitverhältnisse zwar häufig praktiziert, aber weniger gewünscht werden, wobei Paare die Arbeitszeitreduktion häufiger für die Frau als für den Mann verlangen (Bielenski et al. 2001: 3-5).

de; denn die Vollzeitpräferenz für Mütter ist kaum stärker verbreitet als in den Niederlanden und Ostdeutschland. Dänen wollen offensichtlich, dass Frauen in den Arbeitsmarkt integriert sind, allerdings wollen sie auch, dass sie nach der Geburt eines Kindes weniger als Vollzeit arbeiten. Die restriktiven Beurlaubungsregelungen, die nur eine relativ kurze Freistellungszeit bei Elternschaft vorsehen, standen dem allerdings lange im Wege.²⁷ Diese These wird von der immensen Inanspruchnahme der erweiterten Möglichkeiten in den 1990ern unterstützt, als Frauen sich plötzlich reihenweise beurlauben ließen, um mehr Zeit mit ihrem Kind verbringen zu können. Nachdem das jedoch ökonomisch unattraktiver wurde, ging auch das Interesse zurück. Diese Entwicklung wiederum könnte einen Hinweis darauf geben, wieso so viele der Dänen, insbesondere der Däninnen, trotz der Teilzeitpräferenz in Vollzeit arbeiten. Denn durch das universalistische Sozialsystem ist die Steuerbelastung relativ hoch, was zwei Einkommen für eine dänische Familie häufig notwendig macht. Das umfassende und kostengünstige Betreuungssystem macht zwei arbeitszeitintensive Beschäftigungen schließlich auch praktisch umsetzbar.

Mit Blick auf die theoretische Grundlage des Zusammenspiels von Geschlechterordnung und Geschlechterkultur argumentiere ich somit, dass die egalitäre Ausrichtung der Sozialpolitik einen so großen Einfluss auf die Handlungsentscheidungen der Dänen ausübt, dass diese ihre Präferenzen in Bezug auf die eigentlich bevorzugte Organisation ihres Familienlebens (die ja wie oben gezeigt eher dem 1,5-Verdienermodell entspricht) oft nicht umsetzen können. Der Kompromiss zwischen Geschlechterkultur und Geschlechterordnung ähnelt schließlich stark dem Zweiverdienermodell. Angesichts der zunehmenden Erleichterung von Teilzeitbeschäftigung in den letzten Jahren könnten sich diese Präferenzen allerdings möglicherweise und in der Zukunft deutlicher in der sozialen Praxis durchsetzen, d.h. die Däninnen könnten ihren Wunsch (und auch den ihrer Partner), mehr Zeit mit ihren Kleinkindern zu verbringen, tatsächlich umsetzen.

4. Länderübergreifender Prozessvergleich

In den vorherigen Kapiteln wurden Deutschland, die Niederlande und Dänemark einer Analyse hinsichtlich der jeweiligen Ausgestaltung von Geschlechter-Arrangement, Geschlechterordnung und Geschlechterkultur seit den 1980er Jahren unterzogen. Aufbauend auf dem theoretischen Konzept von Birgit Pfau-Effinger (1996, 2000) sollte mit Hilfe der analytischen Trennung der drei Bereiche untersucht werden, welche Auswirkungen die Wandlungsprozesse bezüglich der geschlechterkulturellen Vorstellungen in Gesellschaften einerseits und der institutionellen Rahmenbedingungen andererseits auf die Form der Erwerbsbeteiligung von Frauen haben.

Was das *Geschlechter-Arrangement* betrifft, so fallen vor allem in den eher konservativen Ländern Deutschland und Niederlande deutliche Veränderungen in den letzten Jahren auf: Die Beschäftigungsquoten der Frauen sind rapide gestiegen, liegen jedoch auch heute noch unter der dänischen; letztere konnte ihr bereits Anfang der 1980er hohes Niveau sogar noch steigern. Während die deutschen und niederländischen Frauen jedoch hauptsächlich von der Ausweitung der Teilzeitstellen profitierten, hat diese Beschäfti-

27 Rückkehr auf Teilzeitbasis ist erst seit 2002 möglich.

gungsform in Dänemark an Bedeutung verloren. Unabhängig von Mutterschaft arbeiten die meisten Däninnen Vollzeit, während die Unterschiede im Erwerbsverhalten zwischen Müttern und Nichtmüttern in den Niederlanden und Ostdeutschland mäßig und am größten in Westdeutschland sind.

Hinsichtlich der *Geschlechterordnung* hat sich in Deutschland erst nach der Jahrtausendwende ein spürbarer Richtungswechsel von der Förderung des Ernährermodells zur Unterstützung eines 1,5-Verdienermodells vollzogen; dieses wird in den Niederlanden seit den 1990er Jahren in Form eines „zweimal drei Viertel“-Modells beworben. In Dänemark hat das egalitäre Zweiverdienermodell traditionellerweise einen hohen Stellenwert, wird jedoch seit wenigen Jahren durch gelockerte Regelungen zur Teilzeitbeschäftigung und zur häuslichen Kinderbetreuung aufgeweicht. Insgesamt lässt sich sagen, dass alle drei Länder in den letzten Jahren ihre sozialpolitischen Angebote flexibilisiert und somit die Wahlfreiheit von Eltern erhöht haben.

Die *Geschlechterkulturen* unterscheiden sich allerdings deutlich: Während die Deutschen in den alten Bundesländern seit den 1980ern einen auffälligen Wandlungsprozess durchlebt und sich erst in den 1990er Jahren das Ideal der teilzeiterwerbstätigen Mutter durchgesetzt hat, ist dies in den neuen Bundesländern und in den Niederlanden bereits seit Anfang der 1990er die beliebteste Familienform. Zudem ist die Befürwortung einer längeren Erwerbspause von Müttern aus Erziehungsgründen ebenso wie der traditionellen Familienrollen überall rückläufig; letztere werden allerdings in Westdeutschland und den Niederlanden noch von relativ großen Minderheiten vertreten. Erstaunlicherweise ist die Vorliebe für Teilzeitbeschäftigungen von Müttern in Dänemark ebenfalls stark ausgeprägt. Damit ähnelt die dänische Geschlechterkultur weitgehend der ostdeutschen; beide haben sich im Beobachtungszeitraum nur wenig verändert und zeigen eine eindeutige Präferenz für das 1,5-Verdienermodell, allerdings mit sichtbarer Tendenz zum Zweiverdienermodell.

Interessant ist hier, dass Dänen und Ostdeutsche bei ähnlich gearteten Familienleitbildern mit jeweils sehr unterschiedlichen sozialpolitischen Rahmenbedingungen konfrontiert sind bzw. waren. Während die Handlungsentscheidungen der erstgenannten stark von der politischen Ausrichtung an einer Familie mit zwei vollzeiterwerbstätigen Erwachsenen geleitet werden, sahen sich die Bürger der ehemaligen DDR nach einem abrupten Systemwechsel in einen stark am Ernährermodell orientierten Sozialstaat versetzt. Beide Staaten scheinen den vorherrschenden Präferenzen in ihren Gesellschaften allerdings in den letzten Jahren entgegen zu kommen – ob bewusst oder unbewusst und explizit mit dieser Zielsetzung oder eher als Nebenprodukt, sei dabei dahin gestellt. Dies gilt gleichermaßen für die Niederlande.

Übergreifend lässt sich feststellen: In den letzten Jahren und Jahrzehnten gab es in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden tatsächlich Diskrepanzen zwischen Geschlechterordnung und Geschlechterkultur; niemals jedoch war die Kluft übermäßig weit, was darauf hindeutet, dass deren Beziehung durch kontinuierliche Wechselwirkungen und Anpassungsprozesse charakterisiert und die Trennung daher nur theoretisch möglich ist. Die jeweilige Gegenüberstellung der beiden Ebenen deckte allerdings auf, dass eben dieses theoretische Konzept durchaus geeignet ist, um die Entwicklung des Geschlechter-Arrangements zu erklären; Kultur darf neben Struktur nicht vernachlässigt werden, wenn die Ausbildung der praktizierten Familienmodelle erklärt werden soll. Beides deckt sich

nicht zwangsläufig und die jeweiligen Ausprägungen führen im Zusammenspiel zu länderspezifischen Geschlechter-Arrangements. Das Gewicht der kulturellen Vorstellungen offenbart sich beispielsweise im Zusammenhang mit den Beurlaubungszeiten nach der Geburt eines Kindes: Die Freistellungszeit war Mitte der 1980er in Westdeutschland und Dänemark mit einer Dauer von sechs bis zehn Monaten relativ gleich kurz. Allerdings kehrten in Dänemark, dem Land mit der kürzeren gesetzlichen Babypause, die meisten Frauen nach deren Ablauf an ihren Arbeitsplatz zurück, und zwar überwiegend zu Vollzeitbedingungen, während die deutschen Mütter ihre Erwerbstätigkeit zum Großteil aufgaben. Selbstverständlich sind bei der Suche nach entsprechenden Erklärungen vielfältige weitere länderspezifische Bedingungen zu berücksichtigen, z.B. bezüglich der Möglichkeiten, eine Familie mit nur einem Einkommen zu ernähren oder eine Betreuungsperson für das Kind während der Arbeitszeit zu finden. Die höhere Verfügbarkeit von Tagesbetreuungsplätzen für Kinder jeden Alters wird auch heute noch häufig als eine (institutionell begründete) Ursache genannt, wieso Dänen Familie und Beruf besser vereinbaren können als Deutsche. Allerdings ist auch hier der Einfluss der kulturellen Vorstellungen nicht zu leugnen: Je nachdem, wie die Rolle der Frauen in einer Gesellschaft konzipiert ist, werden sie in einem geringeren oder höheren Maße als verantwortlich für die Erziehung und Betreuung ihrer eigenen Kinder betrachtet. Im zweiten Fall, also bei Stigmatisierung als „Rabennutter“, wenn man ein Kind aus beruflichen Gründen nicht selbst betreut und erzieht, wird erst gar kein Bedarf für öffentliche oder private Kinderbetreuungsangebote entstehen; ein mit öffentlichen Mitteln forcierter Ausbau wäre somit sinnlos, besonders wenn die ökonomischen Bedingungen für Alleinverdienerfamilien günstig sind.

Ein weiteres Beispiel sind die Unterschiede in den Teilzeitraten: Trotz einer ähnlich weit verbreiteten Vorliebe für diese Erwerbsform ist die entsprechende Quote im Jahr 2001 unter den Niederländerinnen fast dreimal so hoch wie unter den Däninnen. Die Ursache liegt wohl hauptsächlich in der abweichenden institutionellen Zielsetzung, die in den Niederlanden eine Ausweitung und in Dänemark eine Einschränkung derartiger Beschäftigungsverhältnisse beinhaltete. Dieses Ergebnis würde die z.B. von Esping-Andersen (1990) vertretene einflussreiche Rolle der wohlfahrtsstaatlichen Orientierung eines Landes unterstützen. Deren Bedeutung wurde allerdings von Pfau-Effinger (1996, 2000) nicht geleugnet, sondern im Gegenteil als Bestandteil der Geschlechterordnung in das theoretische Rahmenkonzept integriert.

5. Schlussbemerkung

Der Bezugspunkt der vorliegenden Analyse war das Verhalten von Frauen, das vom Blickwinkel der rechtlichen und wirtschaftlichen Möglichkeiten einerseits und der gesellschaftlichen Erwartungen an ihre Rolle in der Familie andererseits beobachtet wurde. Da der Weg vom Ernährermodell zum Zweiverdienermodell dabei als Leitfaden diente, wurde implizit vorausgesetzt, dass sich die Erwerbsformen und Lebensläufe der Frauen zunehmend an die der Männer angleichen würden; denn am Endpunkt der Skala standen zwei gleichwertige, vollzeitbeschäftigte Familienernährer.

Dieser Zielpunkt und auch die Entwicklung dorthin sind allerdings nicht unumstritten. So kam beispielsweise Esping-Andersen (2002) zu dem Schluss, dass der „Vermännli-

chung“ weiblicher Lebensverläufe in der Realität Grenzen gesetzt sind, da das Ziel einer gleichberechtigten Partnerschaft von Mann und Frau nicht allein dadurch zu erreichen sei, dass Frauen den Männern nacheifern, sondern dass sich beide Parteien verändern und ihre Positionen gegenseitig annähern (Esping-Andersen 2002: 95). Eine Analyse wie die hier vorliegende, die sich mit der Entwicklung vom Ernährer- zum Zweiverdienermodell in verschiedenen Nationalgesellschaften beschäftigt, muss somit differenziert betrachtet werden. Es muss bewusst sein, dass zwei kontinuierlich und in Vollzeit erwerbstätige Erwachsene in einem Familienhaushalt nicht das normative Endziel, sondern der Endpunkt einer idealtypisch konstruierten Skala sind, der in der Realität vermutlich nie erreicht wird. Zudem wirft die zunehmende faktische Verbreitung des Zweiverdienermodells diverse soziale Probleme auf²⁸ und stellt damit Individuen als auch Wohlfahrtsstaaten vor neue Herausforderungen.

Literatur

- Beckers, I. (2004). *Nine out of ten women go back to work after having a baby*. CBS Web magazine, 6. Dezember 2004. <http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/dossiers/vrouwen-en-mannen/publicaties/artikelen/archief/2004/2004-1605-wm.htm>, <09.11.2007>.
- Bielenski, H., Bosch, G. & Wagner, A. (2001). *Beschäftigung und Arbeitszeit in Europa*. Dublin: Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. <http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2001/58/de/1/ef0158de.pdf>, <08.12.2007>.
- Brekel, J. C. van den & Dirk J. van de Kaa, D. J. (1994). Den Niederlanden. Aspekte der Familienpolitik vor dem Hintergrund des Zweiten Demographischen Übergangs. In: W. Dumon (Hrsg.), *Veränderungen der Familienpolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union*. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, DG V, S. 253-284.
- Bundesministerium für Familie und Senioren (BMFS) (Hrsg.) (1991). *Leitsätze und Empfehlungen zur Familienpolitik im vereinigten Deutschland: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen beim Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit*. Stuttgart: Kohlhammer.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2005). *Gender-Datenreport – 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland*. München, November 2005, 2. Fassung. <http://www.bmfsfj.de/bmfsfj/generator/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument,property=pdf,bereich=genderreport,sprache=de,rwb=true.pdf>, <02.01.2009>.
- Dingeldey, I. (2002). Das deutsche System der Ehegattenbesteuerung im europäischen Vergleich. *WSI-Mitteilungen* 3/2002, S. 154-160.
- Drobnič, S. & Blossfeld, H.-P. (2001). Careers of couples and trends in inequality. In: H.-P. Blossfeld & S. Drobnič (Eds), *Careers of couples in contemporary societies. From male breadwinner to dual earner families*. New York: Oxford University Press, pp. 371-386.
- Esping-Andersen, G. (1990). *The three worlds of welfare capitalism*. Cambridge: Polity Press.
- Esping-Andersen, G. (2002). A new gender contract. In: G. Esping-Andersen with D. Gallie, A. Hemerijck & J. Miles, *Why we need a new welfare state*. New York: Oxford University Press, pp. 68-95.
- Fuhrmann, N. (2005). *Geschlechterpolitik im Prozess der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland (GG). 1949 (zuletzt geändert am 26. Juli 2002).

28 z.B. steigende soziale Ungleichheit durch Zunahme von Zweiverdienerpaaren insbesondere in den oberen Gesellschaftsschichten (vgl. Drobnič und Blossfeld 2001).

- Heidenreich, H.-J., Böhm, K., Laue, E., Breiholz, H., Duschek, K.-J. & Nöthen, M. (Hrsg.) (2004). *Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2003*. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt (Presseexemplar).
- Holst, E. & Maier, F. 1998. Normalarbeitsverhältnis und Geschlechterordnung. *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 31 (3), S. 506-518.
- Knijn, T. (2002). Was kommt als Nächstes? Dilemmas in einer Zeit nach dem Familienernährermodell. *WSI-Mitteilungen* 3/2002, S. 184-189.
- Knijn, T. (2008). Private responsibility and some support. Family policies in the Netherlands. In: I. Ostner & C. Schmitt (Eds), *Family policies in the context of family change. The Nordic countries in comparative perspective*. Wiesbaden: VS Verlag, pp. 155-173.
- Lewis, J. (1992). Gender and the development of welfare regimes." *Journal of European Social Policy* 2, pp. 159-173.
- Lewis, J. (2001). The decline of the male breadwinner model: Implications for work and care". *Social Politics* 2, pp. 152-169.
- Lewis, J. & Ostner, I. (1994). *Gender and the evolution of European social policies*. Bremen: Zentrum für Sozialpolitik der Universität Bremen (Arbeitspapier Nr. 4).
- Lück, D. (2006). The impact of gender role attitudes on women's life courses. In: H.-P. Blossfeld & H. Hofmeister (Eds), *Globalization, uncertainty, and women's careers: An international comparison*. Cheltenham, UK & Northampton, MA: Edward Elgar.
- Lück, D. & Hofäcker, D. (2003). *Rejection and acceptance of the male breadwinner model: Which preferences do women have under which circumstances?* Bamberg: Universität Bamberg (GLOBALIFE Working Paper Nr. 60).
- Lück, D. & Hofäcker, D. (2008). The values of work and care among women in modern societies. In: W. van Oorschot, M. Opielka & B. Pfau-Effinger (Eds), *Culture and Welfare State. Values and Social Policy in Comparative Perspective*. Cheltenham, UK & Northampton, MA: Edward Elgar.
- Marold, J. (2008). *Zwischen Kind und Karriere. Familienpolitische und kulturelle Rahmenbedingungen für die Berufstätigkeit von Müttern in Deutschland, Dänemark und den Niederlanden*. Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller.
- Ministerie van Jeugd en Gezin (2007). *Every opportunity for every child. Youth and family programme 2007-2011. Shortened version*. http://www.jeugdengezin.nl/includes/dl/openbestand.asp?File=/images/every-opportunity-for-every-child_tcm21-152389.pdf, <30.03.2009>.
- OECD Factbook 2008: www.sourceoecd.org/factbook, <2.1.2009>.
- Oorschot, W. van (2008). Von kollektiver Solidarität zur individuellen Verantwortung: Der niederländische Wohlfahrtsstaat. In: K. Schubert, S. Hegelich & U. Bazant (Eds), *Europäische Wohlfahrtsysteme: Ein Handbuch*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 465-482.
- Orloff, A. S. (1993). Gender and the social rights of citizenship: The comparative analysis of gender relations and Welfare States. *American Sociological Review* 58 (4), pp. 303-328.
- Peper, B. & Phlippen, S. (2003). *Changes in the Work-Family Field in the Netherlands 1945-2003*. Unpublished essay for the Looking Backwards to Go Forward project.
- Pfau-Effinger, B. (1996). Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Theoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 48, S. 462-492.
- Pfau-Effinger, B. (2000). *Kultur und Frauenerwerbstätigkeit in Europa. Theorie und Empirie des internationalen Vergleichs*. Opladen: Leske + Budrich.
- Pfau-Effinger, B. (2005). Wandel der Geschlechterkultur und Geschlechterpolitiken in konservativen Wohlfahrtsstaaten – Deutschland, Österreich und Schweiz. *gender...politik ...online*. http://web.fu-berlin.de/gpo/pdf/tagungen/wandel_geschl_pfau_effinger.pdf, <09.10.2007>.
- Plantenga, J., Schippers, J. & Siegers, J. (1999). Towards an equal division of paid and unpaid work: the case of the Netherlands. *Journal of European Social Policy* 9 (2), S. 99-110.
- Pruzan, V. (1994). Familienpolitik in Dänemark: Zu Individualisierung und symmetrischer Familienstruktur. In: W. Dumon (Hrsg.). *Veränderungen der Familienpolitik in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union*. Brüssel: Kommission der Europäischen Gemeinschaften, DG V, S. 39-62.

- Roostgaard, T. (2006). Denmark. In: P. Moss & M. O'Brien (Eds), *International review of leave policies and related research 2006*. London: Department of Trade and Industry (Employment Relations Research Series No. 57), pp. 95-99. <http://www.dti.gov.uk/files/file31948.pdf>, <25.11.2007>.
- Sainsbury, D. (1994). Women's and men's social rights: Gendering dimensions of welfare states. In: D. Sainsbury (Ed.), *Gendering welfare states*. London: Sage Publications, pp. 150-169.
- Siaroff, A. (1994). Work, welfare and gender equality: A new typology. In: D. Sainsbury, Diane (Hg.), *Gendering welfare states*. London: Sage Publications, pp. 82-100.
- Statistics Denmark (2007). *Statistical yearbook 2007*. Copenhagen: Statistics Denmark. <http://www.dst.dk/yearbook>, <27.11.2007>.
- Statistisches Bundesamt. (2006). Ausgaben für Kinder 2003: 550 Euro monatlich. *Pressemitteilung Nr. 314 vom 01.08.2006*. http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2006/08/PD06__314_632.psml, <15.11.2007>.
- Tyroller, S. (2005). *Erfolgreich und trotzdem problematisch: Kinderbetreuung in den Niederlanden*. Münster: Universität Münster (Dossier, Haus der Niederlande. Letztes Update: 20. Juni 2005). http://www.uni-muenster.de/HausDerNiederlande/Zentrum/Projekte/NiederlandeNet/Dossiers/einleitung_kinder.html, <22.11.2007>.
- Visser, J. (2002). The first part-time economy in the world: A model to be followed?" *Journal of European Social Policy* 12 (1), S. 23-42.
- Wendt, C. & Maucher, M. (2000). *Mütter zwischen Kinderbetreuung und Erwerbstätigkeit. Institutionelle Hilfen und Hürden bei einem beruflichen Wiedereinstieg nach einer Kinderpause*. Mannheim: MZES (Arbeitspapier des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung, Nr. 18, 2000).
- Wingen, M. (1997). *Familienpolitik. Grundlagen und aktuelle Probleme*. Stuttgart: Lucius & Lucius.

Eingereicht am/Submitted on: 29.05.2008

Angenommen am/Accepted on: 23.03.2009

Anschrift der Autorin/Address of the author:

Julia Marold, Diplom-Soziologin
 Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (ifb)
 Heinrichsdamm 4
 96047 Bamberg

Email: julia.marold@ifb.uni-bamberg.de

Forum

Karsten Hank

Generationenbeziehungen im alternden Europa: Analysepotenziale und Befunde des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe¹

Intergenerational relations in an ageing Europe: Research potential and findings from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe

Zusammenfassung

Anhand exemplarischer Analysen auf Basis von Mikrodaten des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE) will der vorliegende Beitrag eine Bestandsaufnahme der Generationenbeziehungen im heutigen – alternden – Europa versuchen und gleichzeitig das Forschungspotenzial des inzwischen als Längsschnittdatensatz verfügbaren SHARE demonstrieren. Die hier präsentierten Befunde zeigen, *erstens*, dass überall auf dem Kontinent lebendige Beziehungen zwischen den Generationen bestehen und reflektieren, *zweitens*, die vielfältigen Möglichkeiten des SHARE für die interdisziplinäre und international vergleichende Erforschung der Dynamik von Generationenbeziehungen.

Schlagwörter: Generationenbeziehungen; Alterung, SHARE

Abstract

Building on exemplary analyses using micro-data from the Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe (SHARE), this paper aims to provide an account of intergenerational relations in contemporary – ageing – Europe and to demonstrate the research potential of SHARE, which is now available as a longitudinal dataset. The findings presented here suggest, *firstly*, high levels of family solidarity across Europe and reflect, *secondly*, the manifold opportunities which SHARE provides for interdisciplinary and cross-nationally comparative research investigating the dynamics of intergenerational relations.

Key words: Intergenerational relations; ageing; SHARE

Einleitung

Neben den bekannten drei Säulen der Altersvorsorge – gesetzliche, private und betriebliche Rente – bildet die Familie *das* zentrale Element der individuellen Absicherung, nicht nur im Alter, sondern im gesamten Lebensverlauf. Der Generationenvertrag der Familie geht dabei weit über eine rein materielle Unterstützung ihrer Mitglieder durch ein Versi-

1 Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Vortrag des Autors bei der Konferenz ‚Bedingungen und Potentiale intergenerationaler Beziehungen‘ am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden, 19.-20. Juni 2008.

chertenkollektiv hinaus (z.B. Kohli 1999). Umso schwerer wiegt die häufig geäußerte Besorgnis, dass familiäre Netzwerke zukünftig nur noch unzureichend, falls überhaupt, den ihnen traditionell zugeschriebenen Aufgaben nachkommen könnten (z.B. Popenoe 1993). Dies nehmen wir zum Anlass, anhand von drei exemplarischen Analysen auf Basis von Mikrodaten des *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* (SHARE; vgl. Börsch-Supan et al. 2005) eine Bestandsaufnahme der Generationenbeziehungen im heutigen – alternden – Europa zu versuchen und gleichzeitig das Forschungspotenzial des inzwischen als Längsschnittdatensatz verfügbaren SHARE zu demonstrieren (vgl. hierzu auch Börsch-Supan et al. 2008: Kapitel 5).

Den konzeptuellen Rahmen des vorliegenden Beitrags bildet das von Vern L. Bengtson und Kollegen entwickelte *Modell familiärer Solidarität* (z.B. Bengtson 2001). Dieses Modell berücksichtigt, dass die Beziehungen zwischen Familienmitgliedern facettenreicher und komplexer sind, als die in der öffentlichen Diskussion dominierenden und stark polarisierenden Vorstellungen von der ‚Bilderbuchfamilie‘ einerseits oder dem ‚Verfall der Familie‘ andererseits suggerieren (siehe auch Lüscher/Pillemer 1998). Bengtson unterscheidet sechs Dimensionen intergenerationaler Solidarität: (1) *Strukturelle Solidarität* bezeichnet die Gelegenheitsstruktur für Austausch zwischen den Generationen, wie sie sich etwa in der Wohnentfernung zwischen Eltern und Kindern widerspiegelt. (2) *Assoziative Solidarität* bezieht sich auf die Häufigkeit und Muster der Interaktion zwischen Familienmitgliedern, z.B. die Kontakthäufigkeit oder gemeinsame Unternehmungen. (3) *Funktionale Solidarität* beschreibt den Austausch von Ressourcen zwischen den Generationen und schließt sowohl finanzielle Transfers als auch praktische Hilfe ein. (4) *Affektive Solidarität* umfasst das Ausmaß und die Reziprozität der positiven Gefühle zwischen den Familienangehörigen. (5) *Konsensuelle Solidarität* bezeichnet den Grad der Übereinstimmung der Einstellungen, Ansichten und Meinungen der Familienmitglieder. (6) *Normative Solidarität* beschreibt die Stärke, mit der man sich an familiäre Rollen und Verpflichtungen gebunden fühlt. Eine wesentliche Erkenntnis Bengtsons auf Grundlage seines Modells ist, dass die Beziehung zwischen den Generationen nicht im Hinblick auf jede der genannten Dimensionen ‚gut‘ sein muss, um die Funktionsfähigkeit der Familie zu gewährleisten.

Im weiteren Verlauf dieses Beitrages werden wir uns einer näheren Betrachtung der strukturellen, assoziativen und funktionalen Dimension familiärer Solidarität in Europa widmen und auf diese beschränken. Zunächst soll jedoch die empirische Basis dieser Betrachtung eingeführt und das Potenzial der SHARE-Daten für international vergleichende Analysen intergenerationaler Beziehungen vorgestellt werden.

Der Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe

Der weltweite Prozess der Bevölkerungsalterung kann nur dann erfolgreich wissenschaftlich begleitet werden, wenn die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine empirisch fundierte Analyse seiner jeweils stark kontextabhängigen individuellen und gesellschaftlichen Dynamiken und Konsequenzen erfüllt sind. Daher wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe nationaler (z.B. Marmot et al. 2003; Tesch-Römer et al. 2006) und international vergleichend angelegter Projekte (z.B. Lowenstein/Ogg 2003; Ruckdeschel et al.

2006) initiiert, deren Ziel es war bzw. ist, eine tragfähige Mikrodatenbasis für die (sozialwissenschaftliche) Altersforschung aufzubauen. Der 2004 erstmals erhobene *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* (SHARE; siehe Börsch-Supan et al. 2008; 2009) nimmt hier eine Sonderrolle ein, da mit ihm erstmals eine multidisziplinäre, international vergleichende und längsschnittliche Datenbasis zur Lebenssituation älterer Menschen in Europa vorliegt.²

Das Themenspektrum des SHARE umfasst gleichermaßen die gesundheitliche, wirtschaftliche und soziale Lage von derzeit mehr als 30.000 Befragten, die eine repräsentative Stichprobe der Bevölkerung im Alter von 50 und mehr Jahren in Privathaushalten darstellen (Details zur Stichprobe finden sich in Tabelle 1). Die erste Erhebungswelle 2004-05 wurde in zunächst elf Ländern (Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Niederlande, Italien, Österreich, Schweden, Schweiz und Spanien) erhoben, die das kulturelle, wirtschaftliche, soziale und institutionelle Spektrum Europas von Skandinavien bis zum Mittelmeer breit abdecken. Weitere Daten wurden 2005-06 in Israel erhoben (vgl. Litwin et al., 2008, für eine aktuelle Analyse intergenerativer Transfers auf Basis der israelischen und deutschen SHARE-Stichproben). Im Rahmen der zweiten Erhebungswelle 2006-07, die in den vorgenannten Ländern als Wiederholungsbefragung durchgeführt wurde, konnten erstmals auch in zwei ehemals sozialistische Ländern – Polen und Tschechien – SHARE-Daten gesammelt werden. Eine dritte Erhebungswelle, die als Retrospektivbefragung angelegt ist, wird 2008-09 mit allen Befragten, die bislang an der Studie teilgenommen haben, durchgeführt. Die langfristige Weiterentwicklung des SHARE, hin zu einer nachhaltigen Forschungsinfrastruktur auch über das Jahr 2010 hinaus, wird sich im Rahmen des *European Strategy Forum on Research Infrastructures* vollziehen, für das SHARE als eines von nur fünf sozialwissenschaftlichen Projekten ausgewählt wurde (aktuelle Informationen zum Projekt finden sich unter <http://www.share-project.org>).

2 The 2004 SHARE data collection was primarily funded by the European Commission through the 5th framework programme (project QLK6-CT-2001- 00360 in the thematic programme Quality of Life). Additional funding came from the US National Institute on Aging (U01 AG09740-13S2, P01 AG005842, P01 AG08291, P30 AG12815, Y1-AG-4553-01 and OGHA 04-064). Data collection for Wave 1 was nationally funded in Austria (through the Austrian Science Foundation, FWF), Belgium (through the Belgian Science Policy Office), France (through CNAM, CNAV, COR, Drees, Dares, Caisse des Dépôts et Consignations, and the Commissariat Général du Plan) and Switzerland (through BBW/OFES/UFES). The SHARE data collection in Israel was funded by the US National Institute on Aging (R21 AG025169), by the German-Israeli Foundation for Scientific Research and Development (G.I.F.), and by the National Insurance Institute of Israel. Further support by the European Commission through the 6th framework program (projects SHARE-I3, RII-CT- 2006-062193, and COMPARE, CIT5-CT-2005-028857) is gratefully acknowledged.

Tabelle 1: SHARE (Wellen 1-2) – Stichprobengröße nach Land, Geschlecht und Alter

Land	Welle 1 (2004-05)							Welle 2 (2006-07) ^a						
	Gesamt	♂	♀	< 50	50-64	65-74	75+	Gesamt	♂	♀	< 50	50-64	65-74	75+
Österreich	1.893	782	1.111	44	949	544	356	1.389	568	821	23	614	464	288
Belgien	3.827	1.739	2.088	178	1.991	986	672	3.206	1.452	1.754	107	1.692	752	655
Dänemark	1.707	771	936	92	916	369	330	2.627	1.183	1.444	106	1.460	598	463
Frankreich	3.193	1.386	1.807	155	1.648	759	631	2.999	1.281	1.718	122	1.538	722	617
Deutschland	3.008	1.380	1.628	65	1.569	886	486	2.685	1.231	1.545	57	1.354	835	439
Griechenland	2.898	1.244	1.654	229	1.458	712	499	3.359	1.452	1.907	200	1.756	830	573
Israel	2.598	1.139	1.459	142	1.416	690	347	--	--	--	--	--	--	--
Italien	2.559	1.132	1.427	51	1.342	785	381	2.989	1.347	1.642	78	1.438	950	523
Niederlande	2.979	1.368	1.611	102	1.693	713	459	2.570	1.168	1.402	54	1.513	614	389
Spanien	2.396	994	1.402	42	1.079	701	573	2.346	1.042	1.304	59	1.048	663	576
Schweden	3.053	1.414	1.639	56	1.589	816	592	2.678	1.217	1.461	36	1.330	756	556
Schweiz	1.004	462	542	42	505	251	204	1.493	656	837	47	808	355	283
Polen	--	--	--	--	--	--	--	2.466	1.075	1.391	55	1.396	593	422
Tschechien	--	--	--	--	--	--	--	2.841	1.193	1.648	102	1.613	681	445
Gesamt	31.115	13.811	17.304	1.198	16.155	8.212	5.530	33.648	14.865	18.783	1.046	17.560	8.813	6.229

^a Längsschnitt- und Aufstockungsstichprobe.

Quelle: SHARE 2004 (Release 2.0.1) und SHARE 2006 (pre-release).

Im Hinblick auf die Untersuchung familiärer Beziehungen bieten die Daten des SHARE eine Fülle von Analysemöglichkeiten. So erlaubt die Befragung beider Partner in einem Haushalt zunächst die ‚horizontale‘ Analyse von Interaktionsprozessen auf der Ebene *ei-ner* Generation innerhalb der Familie (z.B. Hank/Jürges 2007). Der vielfältige Fragenkatalog vor allem zu den Austauschbeziehungen zwischen Eltern und Kindern ermöglicht es zudem, familiäre Solidarität zwischen *zwei* Generationen detailliert zu untersuchen (z.B. Brandt et al. 2009; Hank 2007; Künemund/Vogel 2006). Und schließlich erlaubt die Erhebung grundlegender Informationen über die Enkelkinder der Befragten, Familienbeziehungen sogar über *drei* Generationen hinweg zu betrachten (z.B. Hank/Buber 2009). Das hier angedeutete Forschungspotenzial wird noch ergänzt durch die Verfügbarkeit umfangreicher Informationen über die wirtschaftliche und gesundheitliche Lage der Befragten, die Möglichkeit des internationalen – und damit interkulturellen (vgl. Yi/Farrell 2006) – Vergleichs, sowie die Perspektive längsschnittlicher Analysen, mit denen bald auch die Dynamik der Generationenbeziehungen abgebildet werden kann.

Räumliche Nähe und Kontakthäufigkeit zwischen Eltern und Kindern

Räumliche Nähe und (regelmäßige) Kontakte bilden eine wichtige Voraussetzung für Unterstützung innerhalb der Familie (vgl. Hank 2007; Kohli et al. 2005). Untersucht man das regionale Muster der Wohnentfernung und der Kontakthäufigkeit zwischen Eltern, die das 50. Lebensjahr überschritten haben, und ihren (erwachsenen) Kindern zeigt sich, dass im Wesentlichen zwei Ländergruppen unterschieden werden können (Abb. 1). Erstens, die ‚nordischen‘ und mitteleuropäischen Länder, in denen zwischen knapp 50% (Deutschland, Frankreich, Österreich, Schweiz) und gut 60% (Dänemark, Niederlande, Schweden) der Eltern mindestens ein Kind haben, das maximal 25 km entfernt (aber nicht im elterli-

chen Haushalt) lebt. Ein ähnlich hoher Anteil (54-62%) von Eltern in diesen Ländern hat mindestens einmal wöchentlich (aber seltener als täglich) Kontakt zu einem Kind. Dem stehen, zweitens, die Mittelmeerländer (Griechenland, Italien, Spanien) gegenüber, in denen das Zusammenleben unter einem Dach (55-63%) und tägliche Kontakte (57-61%) am weitesten verbreitet sind.

Dieses Muster könnte auf eine regional unterschiedliche Verteilung relevanter individueller Merkmale der Eltern und Kinder, also die Zusammensetzung der Bevölkerung, zurückzuführen sein. Doch auch wenn man etwa den möglichen Einfluss des Familienstandes, des Erwerbsstatus‘ oder des Gesundheitszustandes in multivariaten Regressionsmodellen berücksichtigt (Details hier nicht gezeigt; siehe Hank 2007), findet sich ein signifikantes Nord-Süd-Gefälle der geographischen und sozialen Nähe zwischen den Generationen. Zwar wirken die genannten individuellen Merkmale im Allgemeinen unabhängig vom jeweiligen regionalen Kontext sehr ähnlich, es können allerdings auch länderspezifische Effekte, z.B. des Alters der Eltern und der Kinder, beobachtet werden. Hierfür dürften sowohl unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Institutionen (etwa bei der Pflege älterer Menschen), als auch Unterschiede in sozialen Normen verantwortlich sein.

Jenseits aller Unterschiede zeigen sich jedoch eine Vielzahl von Gemeinsamkeiten: in allen untersuchten Ländern – und über alle Altersklassen hinweg – leben 85% der beobachteten Eltern-Kind-Paare nicht mehr als 25 km voneinander entfernt, und der Anteil der Eltern, die seltener als wöchentlichen Kontakt zu einem ihrer Kinder haben, bewegt sich in Schweden und Spanien mit jeweils 7% auf einem ähnlich niedrigen Niveau. Die Voraussetzungen dafür, dass sich die Generationen gegenseitig unterstützen können, scheinen also – zumindest soweit sie sich in den Dimensionen struktureller und assoziativer Solidarität widerspiegeln – in ganz Europa gegeben zu sein.

Finanzielle Transfers und instrumentelle Hilfe zwischen den Generationen

Nicht nur im Kindesalter sondern auch in späteren Lebensphasen braucht die jüngere Generation die Unterstützung ihrer Eltern. Doch auch diese werden im Alter hilfsbedürftig – und es sind dann, neben dem eigenen Partner, vor allem die Kinder gefragt (vgl. hierzu insbesondere Haberkern/Szydlik 2008; Ogg/Renaut 2006). Die SHARE-Daten belegen ein hohes Maß an Wechselseitigkeit der Unterstützung zwischen den Generationen, wobei es sich als interessant erweist, zwischen verschiedenen Arten funktionaler Solidarität zu unterscheiden: finanziellen Transfers und instrumenteller Hilfe (z.B. Albertini et al. 2007; Attias-Donfut et al. 2005).

Finanzielle Transfers – die in den SHARE-Daten ab einem Betrag von 250 € innerhalb der letzten 12 Monate erfasst sind – gehen ganz überwiegend von der Eltern- und die Kindergeneration (Abb. 2a). Durchschnittlich unterstützt etwa ein Viertel der Eltern in der Generation 50+ ihre Kinder finanziell. Die höchsten Anteile finden sich mit etwa 30% in den skandinavischen Ländern (Dänemark und Schweden), während die Mittelmeerländer Italien (16%) und Spanien (9%) deutlich unter dem Durchschnitt liegen. Der Umfang der Leistungen nimmt zwar mit dem Alter der Eltern ab, aber auch im höheren Lebensalter

lässt sich netto ein positiver monetärer Transfer an die jüngere Generation beobachten. Lediglich in Griechenland findet sich mit 8% ein nennens-werter Anteil von Eltern, die durch ihre Kinder finanziell unterstützt werden.

Ein ausgewogeneres Bild ergibt sich bei der Betrachtung *instrumenteller Hilfe* (Abb. 2b), worunter Hilfe beim Waschen, Ankleiden oder Essen, im Haushalt oder bei finanziellen Angelegenheiten sowie Behördengängen gefasst wird. In den skandinavischen Ländern (mit jeweils ca. 20%) sowie in den Niederlanden und der Schweiz (mit jeweils um 12%) sind die Anteile der Eltern, die ihren Kindern helfen genauso hoch wie die Anteile jener, die Hilfe geben. In den anderen Ländern liegt der Anteil der instrumentelle Hilfe empfangenden Eltern jedoch deutlich – z.T. um das Doppelte – über jenem der selbst Helfenden. Berücksichtigt man den Zeitaufwand der Hilfe ergibt sich hier netto ein positiver Transfer von den Kindern an die Elterngeneration. Diese Balance verändert sich jedoch wieder, wenn man die Leistungen der älteren Generation im Bereich der Enkelkinderbetreuung mit berücksichtigt.

Die Rolle der Großeltern bei der Betreuung ihrer Enkelkinder

Die Betreuung von Enkelkindern ist eine der wichtigsten Formen intergenerationaler Unterstützung, da sie gleich drei Generationen einer Familie betrifft und eine wichtige Ressource z.B. für die Erwerbstätigkeit von Müttern darstellt (vgl. Dimova/Wolff 2006; Hank/Buber 2009; siehe auch Ette/Ruckdeschel 2007). Durchschnittlich fast 60% der Großmütter und fast die Hälfte der Großväter betreuen im Laufe eines Jahres zumindest gelegentlich ein Enkelkind (Abb. 3a). Ähnlich wie bei der instrumentellen Hilfe finden sich auch hier die höchsten Anteile in den nördlichen Ländern Europas (65% Großmütter; 60% Großväter), während die südeuropäischen Länder wieder unter-durchschnittliche Werte aufweisen (50% Großmütter; 40% Großväter).

Dieses Muster steht in scheinbarem Widerspruch zu der weit verbreiteten Vorstellung der ‚starken‘ Familie in Südeuropa (wie sie sich ja auch im engen Zusammenleben und hohen Kontaktdichte von Eltern und Kindern widerspiegelt). Betrachtet man jedoch die Häufigkeit der Betreuung dreht sich die Rangfolge der Länder praktisch vollständig um (Abb. 3b): die deutlich höchsten Anteile regelmäßig betreuender Großeltern finden sich mit ca. 40% in Griechenland und Italien, während in den skandinavischen Ländern nur etwa halb so viele Großeltern mindestens wöchentlich eines ihrer Enkelkinder betreuen.

Eine *erste* denkbare Erklärung dieses Ergebnisses könnte ein kulturell bedingtes methodisches Artefakt sein: Nord- und Südeuropäer verstehen die Frage, ob sie ein Enkelkind betreuen, möglicherweise anders. Während es im Mittelmeerraum so selbstverständlich ist, gelegentlich auf die Enkel aufzupassen, dass es in einer Befragung erst dann erwähnt wird, wenn es sich um ein regelmäßiges Betreuungsarrangement handelt, geben Skandinavier jede Gelegenheit an, bei der sie sich um ihre Kindeskinde gekümmert haben.

Eine *zweite* – substanzielle – Interpretation weist auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Enkelkinderbetreuung, dem Angebot an öffentlicher Kinderbetreuung und Frauenerwerbstätigkeit hin. So erfordert das gut ausgebaute System öffentlicher Kinderbetreuung in Skandinavien trotz hoher Müttererwerbstätigkeit keine regelmäßige Betreu-

ung durch die Großeltern, die aber dann von großer Bedeutung sind, wenn es darum geht in Ausnahmefällen (z.B. Überstunden im Beruf) ‚einzuspringen‘. In Südeuropa kümmert sich die große Mehrheit der Mütter hingegen Vollzeit um die Kinder, so dass die Hilfe der Großeltern in der Regel nicht gebraucht wird. Die vergleichsweise geringe Zahl erwerbstätiger Mütter ist hier allerdings auf regelmäßige familiäre Unterstützung bei der Betreuung ihrer Kinder angewiesen, da es institutionelle Betreuungsmöglichkeiten kaum gibt. An diesem Beispiel wird das komplexe Zusammenspiel zwischen familiärer Solidarität und staatlicher Sozialpolitik sehr deutlich: ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat macht die Familie nicht überflüssig, sondern verändert lediglich ihre Aufgaben.

Resümee

Die hier präsentierten Befunde auf Basis des *Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe* zeigen, dass, trotz der historisch gewachsenen und bis heute fortdauernden Vielfalt von Familien in Europa (Reher 1998), überall auf dem Kontinent lebendige Beziehungen zwischen den Generationen bestehen: im Allgemeinen leben Eltern und erwachsene Kinder in erreichbarer Nähe (wenngleich nicht immer im selben Haushalt), haben häufige Kontakte (wenngleich nicht immer täglich) und unterstützen sich auf vielfältige Weise im Alltag (wenngleich in unterschiedlicher Form und Intensität). All dies ist – trotz vielbeschworener Individualisierung und Globalisierung – im heutigen Europa bei weitem die Regel und nicht die Ausnahme.

Die Familie überlebt den gesellschaftlichen Wandel, weil sie selbst ein dynamisches und anpassungsfähiges Gebilde ist (z.B. Peuckert 2008). Die Auflösung der Einheit von Arbeitsplatz und Haushalt in der Folge der Industrialisierung des späten 19. Jahrhunderts hat zu einer dramatischen Veränderung (aber eben nicht Auflösung!) des Familienlebens geführt – und auch den in Deutschland sich etwa zeitgleich vollziehenden ersten demographischen Übergang, bei dem innerhalb kurzer Zeit die Geburtenziffern von 4,5 auf 2,5 Kinder pro Frau sanken, hat die Familie überlebt. Das ‚golden age of marriage‘ der 1950er und 1960er Jahre, das durch eine fast durchweg frühe Familiengründung gekennzeichnet war, stellt in der langfristigen historischen Entwicklung eher eine Ausnahme dar – bildet aber dennoch den Referenzpunkt heutiger Krisenszenarios. Ein wesentliches Ziel dieses Beitrags war es, diese durch Versachlichung zu entschärfen.

Dazu gehört aber auch, deutlich darauf hinzuweisen, dass die demographische Alterung für Familie und Gesellschaft nicht folgenlos bleiben wird (vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit 2005). Gerade dort, wo die Familienbande heute noch besonders eng sind, werden sich langfristig niedrige Geburtenziffern – und insbesondere die Kinderlosigkeit – als Herausforderung darstellen, der Familie und Wohlfahrtsstaat nur in *gemeinsamer Verantwortung* erfolgreich werden begegnen können.

Literatur

- Albertini, M., Kohli, M. & Vogel, C. (2007). Intergenerational transfers of time and money in European families: Common patterns – different regimes? *Journal of European Social Policy*, 17 (4), pp. 319-334.
- Attias Donfut, C., Ogg, J. & Wolff, F.-C. (2005). European patterns of intergenerational financial and time transfers. *European Journal of Ageing*, 2 (3), pp. 161-173.
- Bengtson, V. (2001). Beyond the nuclear family: The increasing importance of multigenerational bonds. *Journal of Marriage and Family*, 63 (1), pp. 1-16.
- Börsch-Supan, A., Brugiavini, A., Jürges, H., Kapteyn, A., Mackenbach, J., Siegrist, J., & Weber, G. (Hrsg.) (2008). *Health, ageing and retirement in Europe (2004-2007) – Starting the longitudinal dimension*. Mannheim: MEA.
- Börsch-Supan, A., Hank, K. & Jürges, H. (2005). A new comprehensive and international view on ageing: Introducing the 'Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe'. *European Journal of Ageing*, 2 (4), pp. 245-253.
- Börsch-Supan, A., Hank, K., Jürges, H. & Schröder, M. (Hrsg.) (2009). 50+ in Deutschland und Europa – Ergebnisse des Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. Wiesbaden: VS Verlag.
- Brandt, M., Haberkern, K. & Szydlik, M. (2009, im Erscheinen). Help and care between generations in Europe. *European Sociological Review*.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (Hrsg.) (2005). *Alterung und Familienpolitik*. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats, Dokumentation Nr. 548.
- Dimova, R. & Wolff, F.-C. (2006). *Do downward private transfers enhance maternal labor supply? Evidence from around Europe*. Bonn: Institut zur Zukunft der Arbeit (Discussion Paper No. 2469).
- Ette, A. & Ruckdeschel, K. (2007). Die Oma macht den Unterschied! Der Einfluss institutioneller und informeller Unterstützung für Eltern auf ihre weiteren Kinderwünsche. *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft*, 32 (1-2), S. 51-72.
- Haberkern, K. & Szydlik, M. (2008). Pflege der Eltern – Ein europäischer Vergleich, *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 60 (1), S. 78-101.
- Hank, K. (2007). Proximity and contacts between older parents and their children: A European comparison. *Journal of Marriage and Family*, 69 (1), pp. 157-173.
- Hank, K. & Buber, I. (2009). Grandparents caring for their grandchildren: Findings from the 2004 Survey of Health, Ageing and Retirement in Europe. *Journal of Family Issues*, 30 (1), pp. 53-73.
- Hank, K. & Jürges, H. (2007). Gender and the division of household labor in older couples: A European perspective. *Journal of Family Issues*, 28 (3), pp. 399-421.
- Kohli, M. (1999). Private and public transfers between generations: Linking the family and the state, *European Societies*, 1 (1), pp. 81-104.
- Kohli, M., Künemund, H. & Lüdicke, J. (2005). Family structure, proximity and contact. In: A Börsch-Supan et al. (Eds), *Health, ageing and retirement in Europe – First results from SHARE*, Mannheim: MEA, pp. 164-170.
- Künemund, H. & Vogel, C. (2006). Öffentliche und private Transfers und Unterstützungsleistungen im Alter – „crowding out“ oder „crowding in“? *Zeitschrift für Familienforschung*, 18 (3), S. 269-289.
- Litwin, H., Vogel, C., Künemund, H. & Kohli, M. (2008). The balance of intergenerational exchange: correlates of net transfers in Germany and Israel. *European Journal of Ageing*, 5 (2), pp. 91-102.
- Lowenstein, A. & Ogg, J. (Eds) (2003). Old age and autonomy: The role of service systems and intergenerational solidarity Final Report. Haifa: University of Haifa.
- Lüscher, K. & Pillemer, K. (1998). Intergenerational ambivalence. A new approach to the study of parent-child relations in later life. *Journal of Marriage and the Family*, 60 (2), pp. 413-425.
- Marmot, M., Banks, J., Blundell, R., Lessof, C. & Nazroo, J. (Eds) (2003). *Health, wealth and lifestyles of the older population in England. The 2002 English Longitudinal Study of Ageing*. London: IFS.
- Ogg, J. & Renaut, S. (2006). The support of parents in old age by those born during 1945-1954: A European perspective. *Ageing & Society*, 26 (5), pp. 723-743.

- Peuckert, R. (2008). *Familienformen im sozialen Wandel* (7., vollst. überarb. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag.
- Popenoe, D. (1993). American family decline, 1960–1990: A review and appraisal. *Journal of Marriage and the Family*, 55 (3), pp. 527-542.
- Reher, D. S. (1998). Family ties in Western Europe: Persistent contrasts. *Population and Development Review*, 24 (2), pp. 203-234.
- Ruckdeschel, K., Ette, A., Hullen, G. & Leven, I. (2006). *Generations and Gender Survey. Dokumentation der ersten Welle der Hauptbefragung in Deutschland*. Wiesbaden: BiB (Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Heft 121a).
- Tesch-Römer, C., Engstler, H., & Wurm, S. (Hrsg.) (2006). *Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Yi, C. & Farrell, M. (2006). Globalization and the intergenerational relation: Cross-cultural perspectives on support and interaction patterns. *Journal of Family Issues*, 27 (8), pp. 1035-1041.

Eingereicht am/Submitted on: 14.08.2008

Angenommen am/Accepted on: 12.11.2008

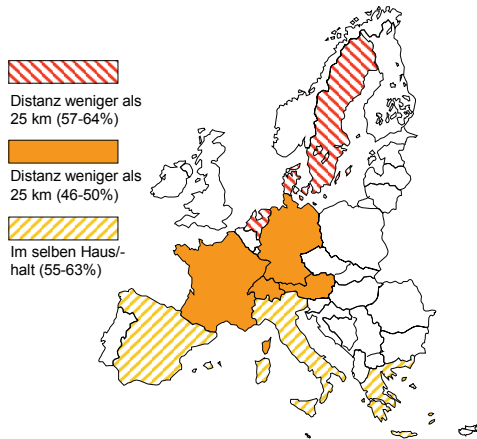
Anschrift des Autors/Address of the author:

PD Dr. Karsten Hank
Mannheim Research Institute
for the Economics of Ageing (MEA)
Universität Mannheim, L 13, 17
D-68131 Mannheim
E-mail: hank@mea.uni-mannheim.de

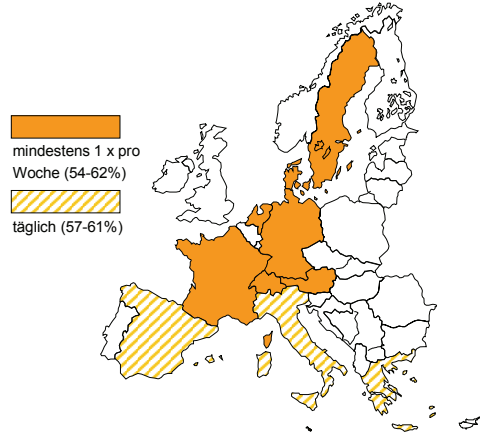
Anhang

Abbildung 1: Geographisches Muster der räumlichen Nähe und Kontakthäufigkeit zwischen Eltern und (erwachsenen) Kindern in Europa

(a) Entfernung zum nächsten Kind
(häufigster Wert)



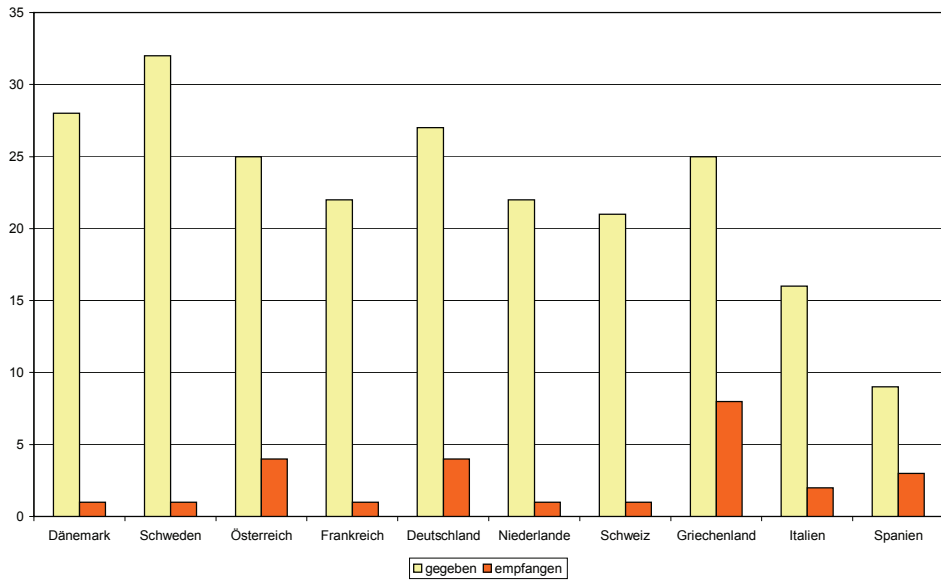
(b) Kontakte zum meistkontaktierten Kind
(häufigster Wert)



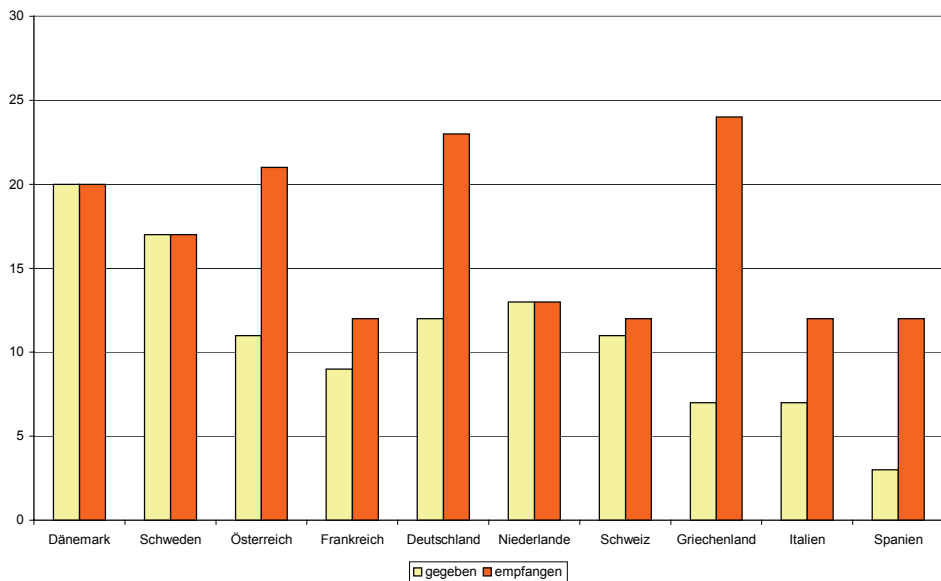
Quelle: SHARE 2004, Berechnungen aus Hank (2007), eigene Darstellung.

Abbildung 2: Finanzielle Transfers und instrumentelle Hilfe zwischen Eltern und Kindern in Europa

- (a) Anteil der Eltern, die in den vergangenen 12 Monaten *250 € oder mehr* mit ihren Kindern ausgetauscht haben (Prozentangaben)



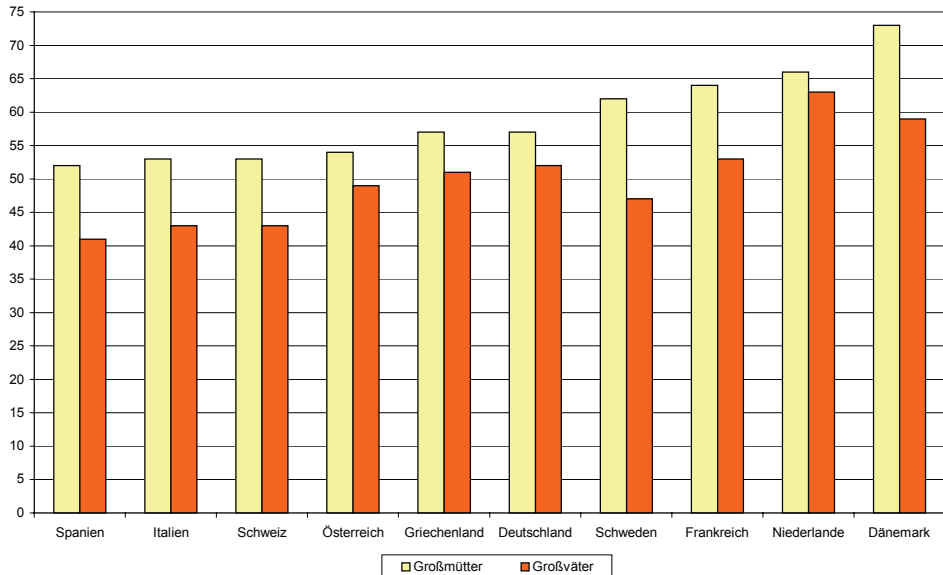
- (b) Anteil der Eltern, die in den vergangenen 12 Monaten *instrumentelle Hilfeleistungen* mit ihren Kindern ausgetauscht haben (Prozentangaben)



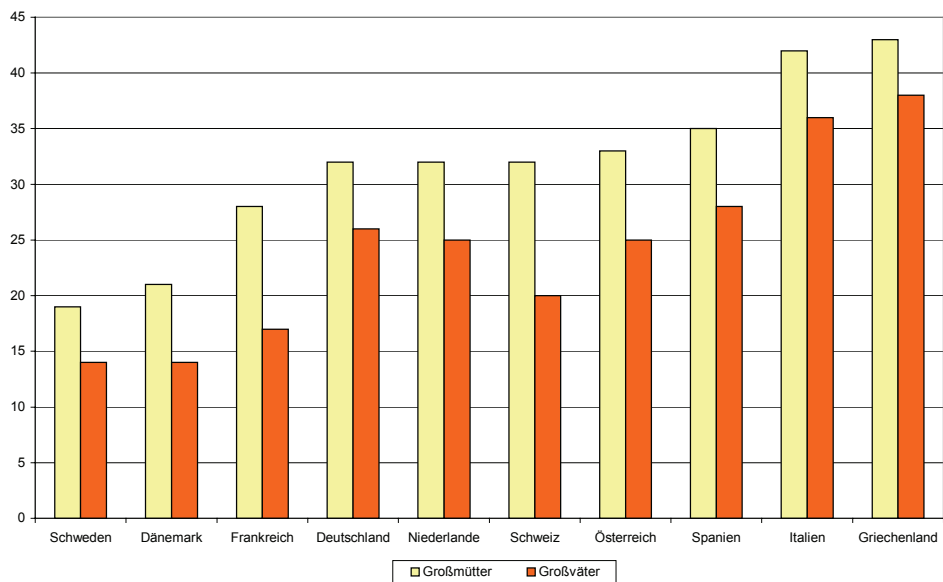
Quelle: SHARE 2004, Berechnungen aus Albertini et al. (2007), eigene Darstellung.

Abbildung 3: Betreuung von Enkelkindern durch Großmütter und Großväter in Europa

(a) Anteil der Großmütter und Großväter die in den vergangenen 12 Monaten Enkelkinder betreut haben (Prozentangaben)



(b) Anteil der Großmütter und Großväter die in den vergangenen 12 Monaten mindestens *wöchentlich* Enkelkinder betreut haben (Prozentangaben)



Quelle: SHARE 2004, Berechnungen aus Hank/Buber (2009), eigene Darstellung.

Das Staatsinstitut für Familienforschung an der Universität Bamberg (*ifb*) berichtet an dieser Stelle in loser Folge über aktuelle Forschungsprojekte, neue Forschungsvorhaben, Tagungen und Veröffentlichungen.

Zwischen Wunsch und Wirklichkeit

Unter diesem Titel führt das *ifb* eine qualitative von der DFG geförderte Untersuchung durch, die Paare beim Übergang zur ersten Elternschaft begleitet. In diesem Kontext wurden Eltern während der Schwangerschaft zu ihren Vorstellungen und Plänen bezüglich der künftigen Aufgabenteilung interviewt. Beide Partner sollten – unabhängig voneinander – schildern, wie sie sich die Aufgaben in den Bereichen Haushalt, Berufstätigkeit und Betreuungs- und Erziehungsaufgaben teilen wollen und welche Gründe für diese Überlegungen maßgeblich sind. Dieselben Paare wurden rund ein halbes Jahr nach dem Übergang zur Elternschaft ein zweites Mal befragt, um nun die tatsächlich realisierte Aufgabenteilung in Erfahrung zu bringen und die Mechanismen nachzuvollziehen, die zu dieser Aufgabenteilung geführt haben. Schließlich ist bisherigen Befunden zufolge die Aufgabenteilung in der kinderlosen Phase eher partnerschaftlich, verändert sich aber mit dem Übergang zur Elternschaft häufig stark in Richtung traditioneller Muster.

Das Ziel dieser Studie ist es, durch die Analyse qualitativer Längsschnittdaten besser verstehen und erklären zu können, wie und warum sich die Arbeitsteilung im Zuge des Übergangs zur Elternschaft traditionalisiert und wie diese Veränderung von beiden Partnern gedeutet wird. Schließlich ist heute noch weitgehend unklar, wie es zu der beschriebenen Trendwende kommt und welche subjektiven Erklärungs- und Deutungsprozesse diese Änderungen motivieren und rationalisieren.

Ausgangspunkt für die Veränderungen ist der Umstand, dass durch den Übergang zur Elternschaft neue Aufgaben auf die Paare zukommen und der Alltag oft völlig umorganisiert wird. Vor diesem Hintergrund stehen die folgenden, konkreten Fragen im Mittel-

punkt der Auswertungen: Wie und warum verändern sich die Anforderungen an die Hausarbeit und die Verteilung der Aufgaben nach der Geburt des ersten Kindes? Welche Muster der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden von den Paaren vor der Geburt antizipiert und schließlich praktiziert? Daneben soll auch der Aspekt der Wertschätzung und der Bedeutung der einzelnen Tätigkeiten im Beziehungsalltag sowie im Spektrum der Alltagsaktivitäten erfasst werden.

In einem ersten Schritt werden die Veränderungen der Aufgabenteilung zwischen den Partnern im Zuge der Geburt eines Kindes möglichst exakt beschrieben. Darauf aufbauend steht in einem zweiten Schritt die Erklärung dieser Veränderung an: Woran sind die Erwartungen bezüglich der Arbeitsteilung gekoppelt? Spielen geschlechtsspezifische Stereotype eine Rolle? Welchen Einfluss haben Erlebnisse bzw. Erfahrungen aus der Herkunftsfamilie und Sozialisation? Welche Rolle spielt das soziale Umfeld, d.h. Eltern und Schwiegereltern, Arbeitskollegen, Freunde und Bekannte? Wie unterscheiden sich die Paare hinsichtlich ihrer Partnerschaftsgeschichte, ihrer Ressourcenkonstellationen und ihrer Einstellungen? Welchen Einfluss haben diese Faktoren auf die Dynamik der Aufgabenteilung im Haushalt? Wie deuten die Paare die Veränderung in Richtung „Traditionalisierung“ und wie arrangieren sie sich damit? Wie gehen die Paare mit dem Widerspruch um, dass sie zwar egalitäre Vorstellungen haben, die Alltagspraxis aber zunehmend durch Traditionalisierung gekennzeichnet ist? Gibt es durch diese Veränderungen Konflikte zwischen den Partnern und falls ja, welche Konfliktlösungsstrategien werden verwendet?

Durch die Beantwortung dieser Fragen werden die einschlägigen Theorien zur Erklärung der Dynamik innerfamiliärer Arbeitsteilung (z.B. Familienökonomie, Verhandlungstheorie oder Doing Gender) mit den erhobenen Daten konfrontiert. Auf der Basis dieser qualitativen Daten sollen die konkreten Begründungen und Argumentationen der Paare mit den idealtypischen Mechanismen abgeglichen werden, um Übereinstimmungen und Unstimmigkeiten zwischen Theorie und Empirie zu identifizieren und besser verstehen zu können.

Neue Projekte am *ifb*

Im Jahr 2009 hat das Institut einige neue Projektarbeiten begonnen. Dazu zählt die wissenschaftliche Begleitung der „Hofer Schulbegleitung“, ein Projekt, das Kinder von der ersten Klasse an in ihrer schulischen und sozialen Entwicklung fördern soll. Es richtet sich insbesondere an Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund, von alleinerziehenden Eltern oder aus materiell benachteiligten Familien. Andere Unterstützungsleistungen erhalten Familien, in denen ein Elternteil verstorben ist. Entsprechende Angebote halten Projekte der Nicolaidis-Stiftung in München vor, deren Arbeit im Rahmen einer wissenschaftlichen Begleitung untersucht wird. Weiterhin wird eine Elternbefragung zur Nutzung und Einschätzung des bayerischen Landeserziehungsgeldes konzipiert und durchgeführt.

Ankündigung

Die Beiträge des 3. *Europäischen Fachkongresses Familienforschung* mit dem Titel „Vielfalt der europäischen Familie“ werden in einem Sammelband veröffentlicht, der im April 2009 erscheinen wird. Der Band umfasst 28 Artikel, welche die Themenbereiche Familienbilder, Geschlechtsrollen in der Familie, Globalisierung und Herausforderung für die Familie, familiäre Entwicklungsverläufe und Dynamik der Familie in Europa aus unterschiedlichen Disziplinen diskutieren.

Aktuelle Veröffentlichungen:

Eggen Bernd: Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder. *Eine Expertise auf der Basis des Mikrozensus 2006*. *ifb*-Materialien 1-2009.